

Monatsbericht des BMF September 2011





Monatsbericht des BMF September 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Übersichten und Termine	4
Übersichten und Termine	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2011	14
Termine, Publikationen	31
Analysen und Perichte	22
Analysen und benefite	
Die Umsetzung des ersten Europäischen Semesters	34
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2010	60
Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern	66
Haushaltssituation des Bundes und der Länder	77
Ein Frühwarnsystem für spekulative Preisblasen an den Immobilienmärkten	83
Statistiken und Dokumentationen	92
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	94
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa steht vor großen Herausforderungen mit Blick auf die hohe Staatsverschuldung in einigen Mitgliedstaaten, die zum Teil mit mangelndem Vertrauen in die langfristige Wachstumskraft dieser Länder einhergeht. Für dauerhafte Stabilität und Stärke brauchen wir sowohl wirksamere Verschuldungsregeln als auch eine verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitiken. Dem dient die Einführung des sogenannten Europäischen Semesters, das die haushaltsund wirtschaftspolitische Überwachung auf EU-Ebene verbindet und deren Ergebnisse enger mit den Entscheidungsprozessen in den Mitgliedstaaten verknüpft. In diesem Jahr wurde das Europäische Semester zum ersten Mal durchgeführt. Ein Artikel des vorliegenden Monatsberichts fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen und gibt einen Überblick über die vom Rat verabschiedeten Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

Auch im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist die effiziente Kooperation zwischen den staatlichen Ebenen eine Daueraufgabe. Die im Grundgesetz festgelegte Finanzverfassung gibt keine Gesamtsteuerung der Finanzverwaltung auf Bundesebene vor. Vielmehr agieren die Steuerbehörden der Länder beim Gesetzesvollzug weitgehend souverän. Andererseits existieren vielfältige Abhängigkeiten zwischen den föderalen Ebenen. So teilen sich beispielsweise Bund, Länder und Gemeinden das Aufkommen der Gemeinschaftsteuern, was wiederum eine enge Kooperation auf dem Gebiet des Steuervollzugs erfordert. Im Rahmen der Föderalismusreform wurde deshalb als Planungs- und Steuerungsinstrument ein System bilateral festzulegender Zielvereinbarungen zwischen Bund und Ländern gesetzlich verankert. Auf der Grundlage eines gemeinsam abgestimmten Kennzahlensystems werden diese Zielvereinbarungen im Rahmen eines



Bund-Länder-Verwaltungscontrollings überwacht. Mit dem Abschluss der Zielvereinbarungen für 2011 wurde ein wichtiger erster Schritt getan.

Der Durchsetzung eines effektiven Steuervollzugs dient auch die Betriebsprüfung. Da die Steuergesetze keine Einzelfallregelungen enthalten, ist gerade den unternehmerisch tätigen Steuerpflichtigen bei der Steuererklärung ein erheblicher Auslegungsspielraum gegeben. Die Betriebsprüfung sorgt dafür, dass die der Besteuerung zugrundeliegenden Sachverhalte zur Gewährleistung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und nicht zuletzt auch im Interesse des Fiskus bundesweit konsistent interpretiert werden. Dies geht, wie die Ergebnisse der Betriebsprüfung 2010 zeigen, mit erheblichen Steuermehreinnahmen einher. Die Betriebsprüfer erzielten im Rahmen von Außenprüfungen bei über 200 000 Betrieben insgesamt ein steuerliches Mehrergebnis von 16,8 Mrd. €.

Indikatoren zur Beurteilung der öffentlichen Haushalte zeigen, dass sich der Bund in einer schwierigeren Haushaltssituation als die Länder befindet. So weist der Bund im Vergleich zur Ländergesamtheit nicht nur seit Jahren höhere Finanzierungsdefizite auf, sondern er hat auch größere Lasten aus der Verschuldung der Vergangenheit zu tragen. Dennoch hat der Bund vielfach finanzielle Zugeständnisse gegenüber den Ländern und Gemeinden gemacht und damit deren Haushalte in bedeutendem Umfang

□ Editorial

entlastet. Die notwendige gesamtstaatliche Konsolidierung kann aber keinesfalls vom Bund allein erbracht werden. Es handelt sich vielmehr um eine Aufgabe in der gemeinsamen Verantwortung aller staatlichen Ebenen.

Spekulative Preisblasen an den Immobilienmärkten waren oft der Ausgangspunkt von Finanzkrisen. Im Auftrag des BMF hat das DIW untersucht, wie ein Frühwarnsystem zur Erkennung spekulativer Blasen an den Vermögensmärkten konstruiert werden könnte. Mit Hilfe eines solchen Frühwarnsystems könnten problematische Preisentwicklungen rechtzeitig sichtbar und somit auch ein politisches Gegensteuern eher und besser möglich werden.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2011	29
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

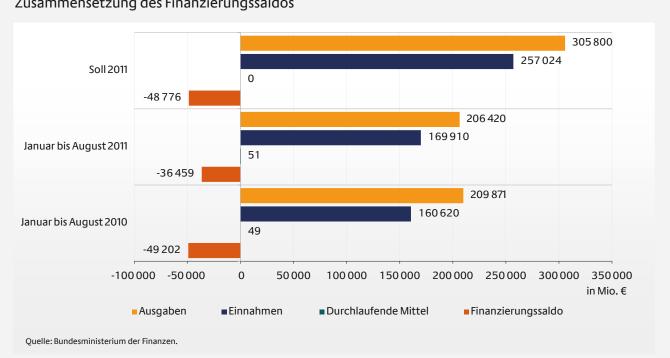
Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August 2011 bewegten sich mit 206,4 Mrd. € um 3,5 Mrd. € (-1,6%) unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Hauptursächlich hierfür ist der Rückgang der Ausgaben des Bundeshaushalts im Bereich

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2010	Soll 2011	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis August 2011
Ausgaben (Mrd. €)	303,7	305,8	206,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,6
Einnahmen (Mrd. €)	259,3	257,0	169,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+5,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	226,2	229,2	153,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+10,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-44,3	-48,8	-36,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	0,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-44,0	-48,4	-36,9

¹Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	t	So	II	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	10	20	11	Januar bis August 2010	Januar bis August 2011	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio.€	Anteil in %	in M	io.€	in%
Allgemeine Dienste	54 227	17,9	55 490	18,1	35 193	35 066	-0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	1,9	6 149	2,0	3 882	3 671	-5,
Verteidigung	31 707	10,4	32 147	10,5	20 695	20 468	-1,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	2,1	6376	2,1	3 997	4 2 9 5	+7,
Finanzverwaltung	3 727	1,2	4166	1,4	2 402	2 420	+0,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	4,9	16 933	5,5	8 683	9 701	+11,
BAföG	1 382	0,5	1 544	0,5	967	1 110	+14,
Forschung und Entwicklung	8 940	2,9	9 471	3,1	4674	5 0 3 9	+7,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	53,8	160 005	52,3	114 196	109 380	-4,
Sozialversicherung	78 046	25,7	77 655	25,4	57 562	57 229	-0,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	2,6	13 446	4,4	7 766	5 252	-32,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	11,8	34 190	11,2	24 002	22 148	-7,
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	7,3	20 400	6,7	15 265	13 349	-12,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	1,1	3 600	1,2	2 195	3 244	+47,
Wohngeld	881	0,3	679	0,2	602	534	-11,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	1,5	4389	1,4	3 111	3 2 3 4	+4,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	0,6	1 748	0,6	1 374	1 241	-9,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	0,4	1 580	0,5	666	762	+14,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	0,7	2 098	0,7	1 072	1 146	+6,
Wohnungswesen	1 356	0,4	1 353	0,4	879	974	+10,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	1,9	6 497	2,1	3 465	3 464	-0,
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	0,3	740	0,2	358	385	+7,
Kohlenbergbau	1319	0,4	1 350	0,4	1 3 1 9	1 3 3 8	+1,
Gewährleistungen	805	0,3	1 770	0,6	477	546	+14,
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3,9	11 735	3,8	6 571	6 625	+0,
Straßen (ohne GVFG)	6341	2,1	5 9 2 6	1,9	3 163	3 077	-2,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	5,3	15 999	5,2	10 102	10 486	+3,
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	1,7	5 283	1,7	3 281	3 156	-3,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	1,4	3 877	1,3	2 372	2 334	-1,
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	11,3	35 462	11,6	29 923	29 791	-0,
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	29 109	29 217	+0,
Ausgaben zusammen	303 658	100,0	305 800	100,0	209 871	206 420	-1,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

der sozialen Sicherung, der auf die positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist.

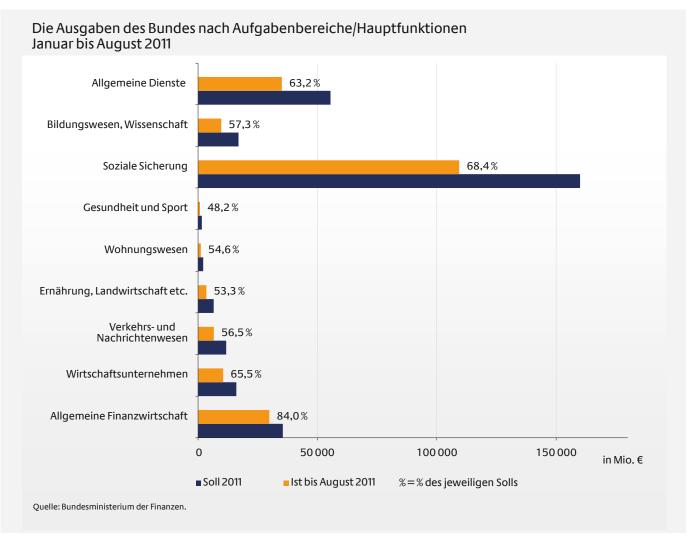
Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 169,9 Mrd. € bis einschließlich August um 9,3 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+5,8 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Vorjahresvergleich um 13,9 Mrd. € (+10,0 %) an. Sie beliefen sich auf 153,3 Mrd. €. Hier wirkten Einnahmesteigerungen bei den Steuern vom Umsatz, der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag, der Lohnsteuer und den reinen Bundessteuern positiv. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 16,6 Mrd. € um – 21,8 % unter dem Ergebnis bis

einschließlich August 2010, was insbesondere mit den einmaligen Erlösen aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen im Vorjahr zu begründen ist.

Finanzierungssaldo

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo Ende August in Höhe von – 36,5 Mrd. € lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das Ergebnis der endgültigen Nettokreditaufnahme ziehen. Im Vollzug des Bundeshaushalts 2011 insgesamt besteht auch weiterhin ein Schätzrisiko. Jedoch besteht gegenüber den Annahmen bei der Aufstellung des Bundeshaushalts die Erwartung, dass sich die Neuverschuldung auf eine Größenordnung von rund 30 Mrd. € reduzieren wird.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

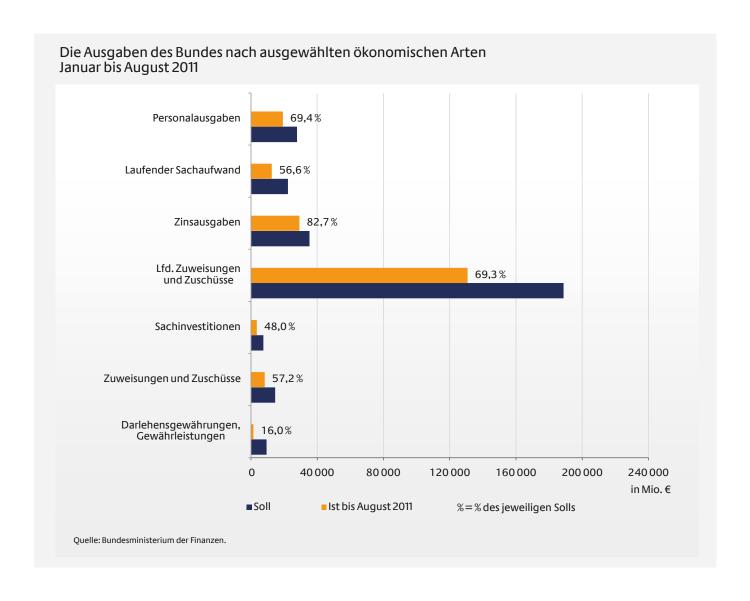
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls.	t	So	II	Ist - Entw	Unterjährige	
	201	10	20	11	Januar bis August 2010	Januar bis August 2011	Veränderung ggü. Vorjahi
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	io.€	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	91,4	274 627	89,8	195 457	192 262	-1,
Personalausgaben	28 196	9,3	27 799	9,1	19 456	19 294	-0,
Aktivbezüge	21 117	7,0	20 749	6,8	14426	14218	-1,
Versorgung	7 0 7 9	2,3	7 050	2,3	5 029	5 0 7 6	+0,
Laufender Sachaufwand	21 494	7,1	22 336	7,3	12 659	12 635	-0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	0,5	1 350	0,4	899	922	+2,
Militärische Beschaffungen	10 442	3,4	10 429	3,4	6011	5 787	-3,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	3,1	10 557	3,5	5 749	5 926	+3,
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	29 109	29 217	+0,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	64,0	188 756	61,7	133 922	130 806	-2,
an Verwaltungen	14114	4,6	15 094	4,9	9 3 8 9	10 647	+13
an andere Bereiche	180 263	59,4	173 662	56,8	124694	120 278	-3
darunter:							
Unternehmen	24212	8,0	25 056	8,2	15 479	16 023	+3
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	9,8	28 159	9,2	20 370	18 434	-9,
Sozialversicherungen	120 831	39,8	114657	37,5	85 419	82 379	-3
Sonstige Vermögensübertragungen	406	0,1	394	0,1	312	310	-0
Investive Ausgaben	26 077	8,6	32 330	10,6	14 414	14 159	-1,
Finanzierungshilfen	18 417	6,1	24 831	8,1	10 622	10 557	-0,
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	4,9	14581	4,8	8 420	8 335	-1,
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	0,9	9 444	3,1	1 457	1 515	+4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	0,3	806	0,3	745	708	-5
Sachinvestitionen	7 660	2,5	7 499	2,5	3 792	3 601	-5
Baumaßnahmen	6 242	2,1	6014	2,0	3 103	3 054	-1,
Erwerb von beweglichen Sachen	916	0,3	910	0,3	450	419	-6
Grunderwerb	503	0,2	576	0,2	239	128	-46
Globalansätze	0	0,0	-1 158	-0,4	0	0	
Ausgaben insgesamt	303 658	100,0	305 800	100,0	209 871	206 420	-1,

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich August 2011 sind 16,6 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 7,9 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 2,8 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



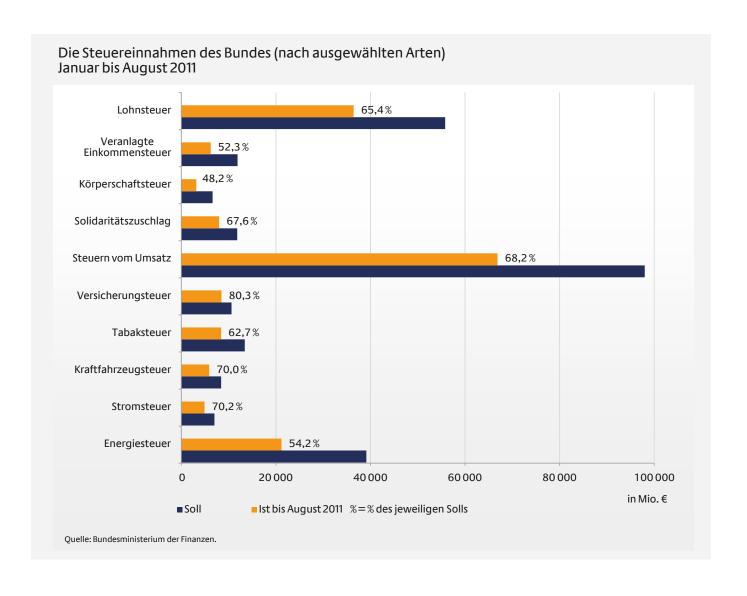
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	t T	So	I	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	201	0	201	1	Januar bis August 2010	Januar bis August 2011	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	226 189	87,2	229 164	89,2	139 419	153 323	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	70,0	184 183	71,7	113 458	123 846	+9,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	32,5	84791	33,0	50 343	56 136	+11,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	21,1	55 781	21,7	33 410	36 458	+9,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	5,1	11921	4,6	6 283	6 2 3 3	-0,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	2,5	6 8 9 5	2,7	5 262	7 498	+42,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	3 832	1,5	3 569	1,4	2 900	2 756	-5,
Körperschaftsteuer	6 021	2,3	6 625	2,6	2 489	3 191	+28,
Steuern vom Umsatz	95 860	37,0	97 985	38,1	62 452	66 869	+7,
Gewerbesteuerumlage	1 287	0,5	1 407	0,5	662	841	+27,
Energiesteuer	39 838	15,4	39 142	15,2	20 707	21 208	+2
Tabaksteuer	13 492	5,2	13 440	5,2	8 222	8 430	+2,
Solidaritätszuschlag	11 713	4,5	11 850	4,6	7 298	8 0 1 4	+9,
Versicherungsteuer	10 284	4,0	10620	4,1	8 126	8 524	+4,
Stromsteuer	6 171	2,4	7 0 3 0	2,7	4 074	4932	+21,
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	3,3	8 445	3,3	5 951	5 913	-0,
Kernbrennstoffsteuer	-	-	2 300	0,9	-	550	
Branntweinabgaben	1 993	0,8	1 963	0,8	1 289	1 394	+8,
Kaffeesteuer	1 002	0,4	1 030	0,4	660	679	+2,
Luftverkehrsteuer	-	-	1 000	0,4	-	530	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-5,0	-12 159	-4,7	-6 348	-6 104	-3,
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-7,0	-21 870	-8,5	-11 765	-12 311	+4,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-0,7	-2 300	-0,9	-1 226	-1 201	-2,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 877	-2,7	-6980	-2,7	-4 585	-4653	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,5	-8 992	-3,5	-6 744	-6744	+0,
II. Sonstige Einnahmen	33 105	12,8	27 860	10,8	21 201	16 588	-21,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	1,7	5 5 6 5	2,2	4119	3 655	-11,
Zinseinnahmen	385	0,1	512	0,2	255	301	+18,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	1,7	4247	1,7	3 337	3 075	-7,
Einnahmen zusammen	259 293	100,0	257 024	100,0	160 620	169 910	+5

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM AUGUST 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im August 2011 im Vorjahresvergleich um + 4,0 % und damit verhaltener gestiegen als in den Vormonaten. Der Bund erzielte aufgrund geringerer EU-Abführungen mit + 7,9 % einen etwas stärkeren Zuwachs.

Zu diesem Ergebnis trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern mit einem Aufkommenszuwachs von +4,5 % bei. Aber auch die Bundessteuern legten um +3,4 % und die Ländersteuern um +3,3 % zu.

Das kumulierte Aufkommen von Januar bis August 2011 überschritt das Vorjahresniveau insgesamt um +8.8% (Bund: +10.4%).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer übertrafen das Vorjahresniveau um + 11,1%. Die Lohnsteuer brutto erhöhte sich dabei im Berichtsmonat August 2011 um + 6,2%. Dieser Zuwachs spiegelt die nach wie vor positive Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. Der deutlich stärkere Zuwachs des Kassenaufkommens hat seine Ursache in geringeren Auszahlungen von Kindergeld (-1,2%) und Altersvorsorgezulage (-53,1%). Bei der Altersvorsorgezulage machten sich neben dem Trend zur Verlagerung der Auszahlungen auf den Mai-Termin auch erhebliche Rückforderungen von Leistungen an nicht zulagenberechtigte Empfänger bemerkbar.

Beim Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer hat sich im Vergleich zum Vorjahr wenig verändert. Während das Bruttoaufkommen um 26 Mio. € (+ 3,2%) höher ausfiel, lag das Kassenaufkommen vor allem aufgrund etwas höherer Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer um 78 Mio. € unter dem Ergebnis vom August 2010.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im

Berichtsmonat August 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 150 Mio. € verschlechtert. Ursächlich sind insbesondere geringere Nachzahlungen für zurückliegende Jahre, wobei allerdings die Vorjahresbasis aufgrund von hohen Betriebsprüfungsergebnissen ungewöhnlich hoch war.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde das Vorjahresniveau mit +13,1% deutlich übertroffen. Dabei ist aber anzumerken, dass der August bei dieser Steuer kein aufkommensstarker Monat ist und der absolute Zuwachs daher lediglich 44 Mio. € beträgt.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist weiter im Aufwind. Der Weg aus der Talsohle setzt sich mit einem Aufkommenszuwachs von + 6,2 % beschleunigt fort.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat August 2011 das entsprechende Vorjahresniveau um + 2,6 %. Während die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um + 11,0 % nochmals recht kräftig anstiegen, lag das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer mit - 0,2 % knapp unter dem Basiswert.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im August 2011 einen Zuwachs um + 3,4 %. Hierzu trugen insbesondere die Entwicklungen bei der Stromsteuer (+ 14,6 %), bei der Versicherungsteuer (+ 8,0 %), beim Solidaritätszuschlag (+ 7,9 %) und bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 6,0 %) bei. Bei der Kernbrennstoffsteuer wurden Einnahmen in Höhe von 99,1 Mio. € erzielt (kumuliert jetzt 549,9 Mio. €). Die Energiesteuer musste insgesamt Einbußen von - 5,3 % hinnehmen. Dabei stand den Mehreinnahmen bei der Energiesteuer auf Erdgas (+ 6,2 %) ein Rückgang bei der Energiesteuer auf Heizöl

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁴	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 750	+11,1	89812	+10,0	134 400	+5,1
veranlagte Einkommensteuer	- 709	Х	14664	-0,8	28 200	-9,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	377	+13,1	14995	+42,5	16 605	+27,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlaq)	599	+6,2	6 263	-5,0	8 122	-6,7
Körperschaftsteuer	- 106	Х	6383	+28,2	13 460	+11,8
Steuern vom Umsatz	16 033	+2,6	125 037	+6,5	187 500	+4,1
Gewerbesteuerumlage	178	-23,6	2 030	+24,6	3 460	+11,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	72	-57,2	1 760	+21,2	3 026	+7,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	27 195	+4,5	260 944	+9,2	394 773	+4,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 181	-5,3	21 208	+2,4	40 050	+0,5
Tabaksteuer	1 195	-1,1	8 430	+2,5	13 440	-0,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	175	+10,1	1 393	+8,2	2 000	+0,5
Versicherungsteuer	1 087	+8,0	8 524	+4,9	10920	+6,2
Stromsteuer	581	+14,6	4932	+21,0	6 980	+13,1
Kraftfahrzeugsteuer	686	+6,0	5 9 1 3	-0,6	8 400	-1,0
Luftverkehrsteuer	96	Х	530	Х	940	Х
Kernbrennstoffsteuer	99	Х	550	Х	1 700	Х
Solidaritätszuschlag	685	+7,9	8 014	+9,8	12 150	+3,7
übrige Bundessteuern	111	-5,8	996	+3,3	1 461	+0,8
Bundessteuern insgesamt	7 895	+3,4	60 490	+6,8	98 041	+4,9
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	356	-20,5	3 006	+4,9	4 670	+6,0
Grunderwerbsteuer	566	+18,5	4 057	+20,6	5 905	+11,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	140	+36,4	975	+4,9	1 415	+0,2
Biersteuer	62	-15,2	470	-3,6	690	-3,2
Sonstige Ländersteuern	17	+438,8	269	+18,1	350	+7,1
Ländersteuern insgesamt	1 140	+3,3	8 776	+11,5	13 030	+7,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	333	-12,4	2918	+4,5	4 5 4 0	+3,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	150	-4,9	1 201	-2,1	1910	+4,0
BSP-Eigenmittel	1 001	-22,6	12311	+4,6	20 170	+11,1
EU-Eigenmittel insgesamt	1 483	-18,9	16 430	+4,1	26 620	+9,2
Bund ³	17 767	+7,9	153 732	+10,4	237 385	+5,1
Länder ³	15 414	+2,0	144 048	+7,8	217 272	+3,4
EU	1 483	-18,9	16 430	+4,1	26 620	+9,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 898	+9,3	18 919	+7,5	29 107	+2,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 562	+4,0	333 129	+8,8	510 384	+4,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^{\}rm 2}$ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2011.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM AUGUST 2011

(-37,4%) und aus der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs (-4,9%) gegenüber. Auch die Tabaksteuer unterschritt das Niveau des Vorjahres um -1,1%.

Bei der Luftverkehrsteuer (95,6 Mio. €; kumuliert Januar bis August 529,9 Mio. €) setzt sich der Aufwärtstrend fort. Dabei ist zu beachten, dass - wie bei vielen anderen Steuern auch – die Abführung der in einem Monat entstandenen Steuer durch die Steuerpflichtigen erst im Folgemonat erfolgt. Das bedeutet, dass in den genannten Kasseneinnahmen für den Zeitraum Januar bis August 2011 die im aufkommensstarken Reisemonat August entstandene Luftverkehrsteuer noch nicht enthalten ist.

Die reinen Ländersteuern konnten im Berichtsmonat ihr Volumen um + 3,3 % ausdehnen. Die Grunderwerbsteuer (+ 18,5 %) und die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 36,4 %) verzeichneten kräftige Zuwächse. Der Anstieg bei der Feuerschutzsteuer von 3,0 Mio. € auf 18,8 Mio. € ist kassentechnisch bedingt. Die Erbschaftsteuer (- 20,5 %) und die Biersteuer (-15,2 %) mussten Aufkommenseinbußen hinnehmen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im August durchschnittlich 4,09 % (4,57 % im Juli).

Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende August 2,17 % (2,61 % Ende Juli).

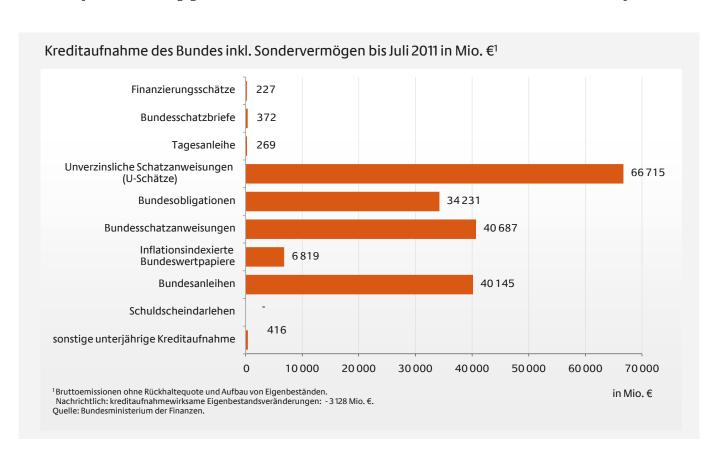
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – sanken Ende August auf 1,54 % (1,61 % Ende Juli).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 8. September 2011 beschlossen, die seit Juli 2011 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,50 %, 2,25 % beziehungsweise 0,75 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 5 785 Punkte am 31. August (7 159 Punkte am 31. Juli). Der Euro Stoxx 50 sank von 2 670 Punkten am 31. Juli auf 2 302 Punkte am 31. August.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juli 2011 bei 2,0 % nach 1,9 % im Juni und 2,3 % im Mai. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Mai bis Juli 2011 betrug 2,1 % nach 2,0 % im Dreimonatszeitraum von April



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

bis Juni 2011 (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

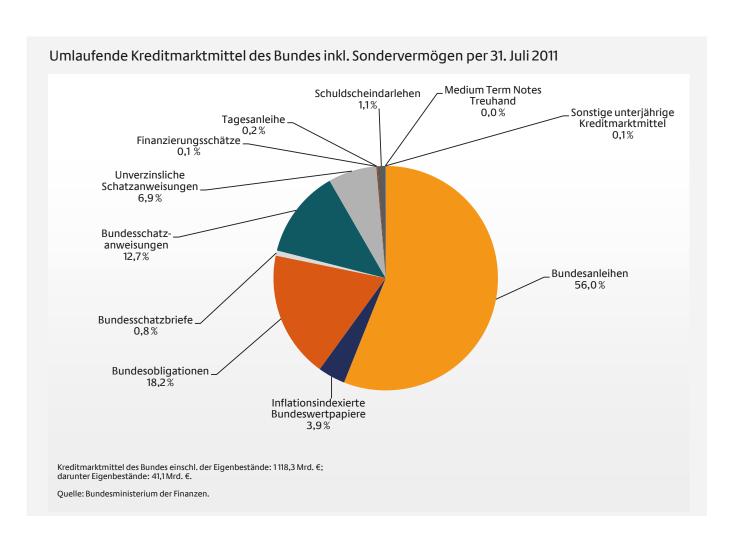
Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juli 1,9 % nach 2,2 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,17 % im Juli gegenüber 0,18 % im Juni.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen betrug bis einschließlich Juli 2011 insgesamt 189,93 Mrd. €. Davon wurden 179,47 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	23,3	-	-	-	-	-	24,0						47,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-						19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-						30,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	9,0						74,7
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1						0,6
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0						0,4
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-						-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-	-	0,1						0,2
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-	0,3	-						1,2
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1	26,4	33,2						173,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1	0,7	13,4						32,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

(ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,13 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011" dargestellt. Bis einschließlich Juli 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 173,57 Mrd. € und die Zinszahlungen 32,32 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 189,90 Mrd. €, des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 8,12 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,01 Mrd. € eingesetzt. Zusätzlich führte der Finanzmarktstabilisierungsfonds seine Tilgungen in Höhe von 8,10 Mrd. € an den Bundeshaushalt und die Sondervermögen ab.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137347 WKN 113734	Aufstockung	6. Juli 2011	2 Jahre / fällig 14. Juni 2013 Zinslaufbeginn 13. Mai 2011 erster Zinstermin 14. Juni 2012	5 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135440 WKN 113544	Aufstockung	13. Juli 2011	10 Jahre / fällig 4. Juli 2021 Zinslaufbeginn 29. April 2011 erster Zinstermin 4. Juli 2012	4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	20. Juli 2011	30 Jahre / fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN113735	Neuemission	17. August 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	ca.7 Mrd.€	ca.7Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN 113545	Neuemission	24. August 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	ca. 6 Mrd. €	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN 113735	Aufstockung	14. September 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	ca. 6 Mrd. €	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN113545	Aufstockung	21. September 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	ca. 5 Mrd. €	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Neuemission	28. September 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	ca. 6 Mrd. €	ca. 6 Mrd. €
			3. Quartal 2011 insgesamt	ca. 41 Mrd. €	ca. 39 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115897 WKN 111589	Neuemission	11. Juli 2011	6 Monate fällig 11. Januar 2012	5 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115905 WKN 111590	Neuemission	25. Juli 2011	12 Monate fällig 25. Juli 2012	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115913 WKN 111591	Neuemission	8. August 2011	6 Monate fällig 15. Februar 2012	ca. 5 Mrd. €	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115921 WKN 111592	Neuemission	29. August 2011	12 Monate fällig 29. August 2012	ca.3 Mrd.€	ca.3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115939 WKN 111593	Neuemission	12. September 2011	6 Monate fällig 14. März 2012	ca. 5 Mrd. €	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115947 WKN 111594	Neuemission	26. September 2011	12 Monate fällig 26. September 2012	ca. 3 Mrd. €	ca.3 Mrd.€
			3. Quartal 2011 insgesamt	ca. 24 Mrd. €	ca. 21 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundeswert papiere				2 -3 Mrd. €	2-3 Mrd.€
			3. Quartal 2011 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 - 3 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Deutschland setzte sich zu Beginn der 2. Jahreshälfte fort.
- Die Industrie ist zwar schwungvoll in das 3. Quartal gestartet. Die Stimmungsindikatoren deuten jedoch auf eine bevorstehende Abschwächung der industriellen Dynamik hin.
- Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter verbessert.
- Der Verbraucherpreisindex ist im August erneut um 2,4 % angestiegen.

Nachdem die deutsche Wirtschaft im 2. Quartal 2011 nahezu eine Wachstumspause einlegte, deutet das aktuelle Indikatorenbild darauf hin, dass sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Deutschland zu Beginn der 2. Jahreshälfte fortgesetzt hat. Insbesondere das Expansionstempo in der Industrie hat sich nach deutlicher Abschwächung zum Ende des 2. Quartals – wieder erhöht. Jedoch ist mit Blick auf die vorlaufenden Konjunkturindikatoren im weiteren Jahresverlauf für die Gesamtwirtschaft mit einem eher moderaten Wachstumstempo zu rechnen. So sind die ifo-Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft seit März dieses Jahres rückläufig und haben sich im August über alle Wirtschaftsbereiche hinweg spürbar eingetrübt.

Im 2. Quartal 2011 fiel die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit 0,1% in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vorquartal für viele Beobachter unerwartet schwach aus. Allerdings war mit einer gewissen technischen Reaktion zu rechnen gewesen, nachdem die gesamtwirtschaftliche Aktivität zum Jahresbeginn kräftig gestiegen war (+1,3%). Sowohl das 1. Quartal als auch das 2. Quartal waren durch Sondereffekte beeinflusst. Die Halbjahresbetrachtung zeigt, dass sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo bereits in der 1. Jahreshälfte 2011 etwas verringert hat. So fiel der BIP-Anstieg mit +1,6% gegenüber der Vorperiode etwas

geringer aus als noch im 2. Halbjahr 2010 (+2.0%).

Die ausführlichen Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2011 zeigen, dass die Inlandsnachfrage im Frühsommer nur leicht zunahm. Insgesamt lieferte die inländische Verwendung in der Vorguartalsbetrachtung einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten. Stützend wirkten dabei ein spürbarer Lageraufbau und ein Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen (+1,7%). Dagegen waren der private Konsum (-0,7%) und die Bauinvestitionen (-0,9%) rückläufig. Bei den Bauinvestitionen war ein Rückpralleffekt auf den überaus starken Anstieg im 1. Vierteljahr zu erwarten gewesen. Im 1. Halbjahr 2011 fiel die Zunahme der Bauinvestitionen im Vergleich zum 2. Halbjahr 2010 jedoch sehr hoch aus (+5,1%). Die Nettoexporte wirkten im 2. Quartal rein rechnerisch dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung (-0,3 Prozentpunkte). Zwar hat die Exportdynamik im 2. Vierteljahr leicht zugenommen, aber der Anstieg der Importe fiel wesentlich kräftiger aus als der der Exporte.

Zu Beginn des 3. Quartals hat die Exportentwicklung an Dynamik verloren. So gingen die nominalen Warenexporte im Juli in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vormonat zum zweiten Mal in Folge

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zurück. Im Zweimonatsvergleich (Juni/Juli gegenüber April/Mai) zeigt sich nunmehr eine Seitwärtsbewegung. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis im Zeitraum Januar bis Juli 2011 deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (+ 14,0 %). Dabei war die Zunahme der Exporte in den Nicht-Euroraum der EU (+ 16,5 %) deutlich höher als in Drittländer (+ 14,8 %) und in den Euroraum (+ 12,0 %).

Im Verlauf des 2. Halbjahres 2011 ist insgesamt mit einer eher moderaten Exportdynamik zu rechnen. So dürften die außenwirtschaftlichen Impulse infolge einer Verlangsamung des Expansionstempos der Weltwirtschaft weiter abnehmen. Dafür sprechen die nicht so günstigen Wirtschaftsdaten aus den USA sowie die eher schwache Entwicklung im Euroraum. Auch bei den Schwellenländern zeichnet sich eine Verlangsamung des Wachstumstempos ab. Die insgesamt erwartete schwächere weltwirtschaftliche Dynamik spiegelt sich auch in einigen vorlaufenden Indikatoren wider. So trübte sich das ifo-Weltwirtschaftsklima im 3. Quartal ein. Dabei ist der Klimaindikator für Westeuropa erstmals seit Anfang 2009 gesunken. Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben sich laut ifo-Umfrage bereits seit Februar dieses Jahres verschlechtert. Zwar ist die Auslandslandsnachfrage im Zweimonatsvergleich noch deutlich aufwärtsgerichtet. Im Dreimonatsvergleich zeigt sich jedoch eine deutliche Abflachung der Aufwärtstendenz der Auftragseingänge aus dem Ausland.

Die nominalen Warenimporte nahmen im Juli gegenüber dem Vormonat nur geringfügig ab. Im Zweimonatsdurchschnitt setzt sich damit der Aufwärtstrend fort. Jedoch zeigt sich auch hier eine leichte Abschwächung des Wachstumstempos. Die aufwärtsgerichteten nominalen Warenimporte spiegeln zum einen den Anstieg der Importpreise – insbesondere für Energieträger – wider. Zum anderen sind sie auch ein Indiz für eine insgesamt günstige Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage. Ein weiteres Zeichen hierfür ist

der Anstieg der Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz. Sie erhöhten sich im Zeitraum Januar bis August 2011 um 6,5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Die Industrieindikatoren für den Monat Juli deuten darauf hin, dass das Verarbeitende Gewerbe schwungvoll in das 3. Quartal gestartet ist. So wurde die Industrieproduktion gegenüber Juni kräftig gesteigert, wozu insbesondere eine dynamische Produktionstätigkeit im Kfz-Bereich beitrug. Im Zweimonatsdurchschnitt ist die industrielle Erzeugung deutlich aufwärtsgerichtet. Zwar dürfte der industrielle Aufwärtstrend aufgrund eines Ferientageeffekts im Juli etwas überzeichnet sein. Dennoch zeigt die Produktionsausweitung über alle Gütergruppen hinweg, dass sich die Aufwärtsbewegung in der Industrie zur Jahresmitte auf breiter Basis fortgesetzt hat.

Auch der Umsatz in der Industrie konnte im Juli gegenüber dem Vormonat gesteigert werden. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich, dass die industrielle Umsatzentwicklung klar aufwärtsgerichtet ist. Dahinter steht sowohl eine Zunahme der Inlands- als auch der Auslandsumsätze. Insbesondere eine positive Entwicklung im Investitionsgüterbereich trug zu dem deutlichen Umsatzplus bei.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe war im Juli – nach drei monatlichen Anstiegen in Folge – erstmals wieder rückläufig. Dies war alleine auf ein verringertes ausländisches Bestellvolumen im Investitionsgüterbereich zurückzuführen. Da das Auftragsplus im Vormonat aufgrund eines überdurchschnittlichen Volumens an Großaufträgen hier besonders hoch ausgefallen war, dürfte der aktuelle Rückgang hauptsächlich als Gegeneffekt zu interpretieren sein. Dagegen nahmen die Auftragseingänge aus dem Inland im Juli deutlich zu. Der Dreimonatsvergleich zeigt über alle drei Gütergruppen hinweg einen deutlichen Aufwärtstrend des industriellen Bestellvolumens.

Mit Blick auf die Stimmungsindikatoren erweist sich der überaus günstige Einstieg der

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

		2010	Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd.€		Vorpe	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	4.Q.10	1.Q.11	2.Q.11	4.Q.10	1.Q.11	2.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106	+3,7	+0,5	+1,3	+0,1	+3,8	+5,0	+2,8
jeweilige Preise	2 477	+4,3	+0,6	+1,4	+0,6	+4,1	+5,3	+3,7
Einkommen								
Volkseinkommen	1 898	+5,1	+1,4	+1,5	-0,4	+4,2	+4,8	+3,4
Arbeitnehmerentgelte	1 263	+2,5	+1,0	+1,7	+1,5	+3,3	+4,3	+5,1
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	635	+10,5	+2,1	+1,2	-4,3	+6,3	+5,6	-0,3
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 576	+2,9	+1,0	+0,7	+0,6	+3,9	+3,4	+3,4
Bruttolöhne ugehälter	1.027	+2,7	+0,9	+1,9	+1,7	+3,2	+4,7	+5,5
Sparen der privaten Haushalte	181	+4,5	+0,4	+0,5	+0,6	+4,3	-0,4	+0,9
		2010			Veränderung ir	n% gegenüb	er	
Außenhandel / Umsätze / Produktion /	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjah	r
Auftragseingänge	bzw. Index	in %	Jun 11	Jul 11	Zweimonats- durchschnitt	Jun 11	Jul 11	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-0,3	-8,0		-2,0	-2,7		+7,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	952	+18,5	-1,2	-1,8	-0,0	+3,1	+4,4	+3,7
Waren-Importe	797	+20,0	+0,3	-0,3	+2,0	+6,0	+9,9	+7,9
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹	103,9	+10,2	-1,0	+4,0	+1,5	+6,6	+10,1	+8,3
Industrie ²	104,6	+11,6	-1,1	+4,5	+1,8	+7,8	+12,0	+9,9
Bauhauptgewerbe	108,4	+0,2	-3,7	+3,2	-2,2	+3,4	+5,4	+4,4
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe ¹ Industrie (Index 2005 = 100) ²	102,7	+10,6	+0,2	+4,0	+1,6	+6,5	+11,1	+8,8
Inland	99,0	+6,3	+0,4	+3,9	+2,0	+6,3	+11,0	+8,6
Ausland	107,2	+15,7	-0,2	+4,0	+1,2	+6,6	+11,3	+8,9
Auftragseingang	101,2	113,1	0,2	1 4,0	11,2	10,0	111,5	10,5
(Index 2005 = 100)								
Industrie 12	105,7	+21,3	+1,8	-2,8	+1,1	+9,4	+8,7	+9,1
Inland	102,7	+16,0	-10,1	+3,6	-3,9	+5,5	+9,3	+7,4
Ausland	108,4	+25,9	+13,1	-7,4	+5,5	+12,6	+8,3	+10,5
Bauhauptgewerbe ³	96,7	+1,1	-6,4		-3,7	+3,6		+5,6
Umsätze im Handel								
(Index 2005=100) Einzelhandel	97,2	+1,3	+4,0	+0,3	+3,2	-2,3	-1,8	-2,1
(ohne Kfz und mit Tankstellen) Handel mit Kfz	88,9	-4,9	-2,1	+3,3	-0,9	-5,6	+0,9	-2,5

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Jun 11	Jul 11	Aug 11	Jun 11	Jul 11	Aug 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-7	-10	-8	-255	-247	-238
Erwerbstätige, Inland	40,55	+0,5	+46	+19		+544	+527	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+49			+684		
	2010		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005 = 100		ggü. Vorj. in%	Vorperiode			Vorjahr		
	Index		Jun 11	Jul 11	Aug 11	Jun 11	Jul 11	Aug 11
Importpreise	108,3	+7,8	-0,6	+0,8		+6,5	+7,5	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,1	+0,7		+5,6	+5,8	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,1	+0,4	+0,0	+2,3	+2,4	+2,4
ifo-Geschäftsklima			sais on bereinigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	Jul 11	Aug 11
Klima	+20,0	+22,8	+21,9	+20,4	+20,4	+20,9	+17,9	+10,0
Geschäftslage	+22,8	+28,1	+29,7	+29,6	+30,4	+34,0	+30,3	+24,2
Geschäftserwartungen	+17,2	+17,5	+14,4	+11,5	+10,9	+8,6	+6,2	-3,4

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus kalenderbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Industrie in das 3. Quartal in gewisser Weise als überraschend. So war die Beurteilung der Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Umfrage im Juli spürbar zurückhaltender ausgefallen als noch im Juni, und auch der Einkaufsmanagerindex hatte für den Quartalsauftakt auf ein ungünstigeres Produktionsergebnis hingedeutet. Im Rahmen dieser Umfrage wurde insbesondere auf ein spürbares Nachlassen der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern verwiesen. Auch vor dem Hintergrund der seit März 2011 anhaltenden Eintrübung der ifo-Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe erscheint eine Abschwächung der industriellen Dynamik für den weiteren Jahresverlauf damit weiterhin als wahrscheinlich. Angesichts der Aufwärtstendenz des industriellen Auftragseingangs insgesamt dürften vom Verarbeitenden Gewerbe in den Sommermonaten jedoch positive

Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft ausgehen.

Die Bauproduktion wurde im Juli deutlich gesteigert, womit der Produktionsrückgang im Juni jedoch nicht vollständig kompensiert werden konnte. Damit zeigt die Bauproduktion im Zweimonatsvergleich weiterhin einen Abwärtstrend. Die vorlaufenden Indikatoren deuten für den weiteren Jahresverlauf auf eine verhaltene Entwicklung im Baubereich hin. So erwartet die Mehrzahl der vom ifo-Institut befragten Unternehmen eine ungünstigere Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten. Darauf deutet auch der leichte Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im 2. Quartal hin. Im Hochbau gingen im gleichen Zeitraum nur wenig mehr Baugenehmigungen ein als im 1. Vierteljahr. Stützend wirkte hierbei die Zunahme der Baugenehmigungen für nichtöffentliche Bauherren, während

²Ohne Energie.

³Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Daten berechnet.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Baugenehmigungen für öffentliche Bauherren einen deutlichen Rückgang verzeichneten und jene für den Wohnungsbau nahezu stagnierten.

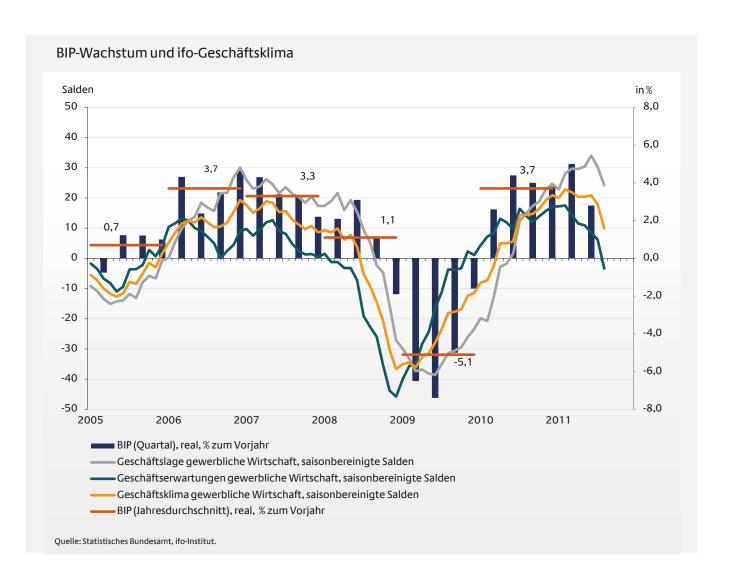
Der private Konsum dürfte sich – nach Rückgang im 2. Quartal - wieder etwas erholen. Dafür spricht eine Reihe von Indizien. So stabilisierten sich die saisonbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) zu Beginn des 3. Quartals. Zusammen mit dem Umsatzanstieg im Juni zeigt sich im Zweimonatsdurchschnitt ein Aufwärtstrend. Auch die Umsätze im Kfz-Handel stiegen im Juli gegenüber dem Vormonat spürbar an, nachdem diese im 2. Quartal die Umsatzentwicklung im Einzelhandel insgesamt deutlich gebremst hatten. Die Stimmungsindikatoren zeigen ein eher gemischtes Bild. So verbuchte der GfK-Indikator Konsumklima im August nur einen leichten Rückgang und befindet sich weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Hierzu dürften auch Einkommensverbesserungen beigetragen haben, die sich sowohl aus dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau als auch aus einem Anstieg der nominalen Nettolöhne und -gehälter im 1. Halbjahr von rund 2% (kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem 2. Halbjahr 2010) ergaben. Die erneute Zunahme der Anschaffungsneigung im August sowie die Abnahme der Sparneigung deuten aktuell auf eine rege Kaufbereitschaft der privaten Haushalte hin. Dies bestätigen auch die von Markit befragten 400 Einzelhandelsunternehmen, die für August deutlich bessere Geschäftsumsätze als im Vormonat erwarten. Dagegen hat sich die Stimmung der Einzelhändler laut Umfrage des ifo-Instituts im August spürbar verschlechtert. Die Einschätzungen zur Lage fielen den dritten Monat in Folge zurückhaltender aus als noch im Vormonat. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate wurden von der Mehrzahl der befragten Einzelhändler schlechter beurteilt als noch im Juli.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter verbessert. So ist die Zahl registrierter Arbeitsloser im August 2011 im Vergleich zum Vorjahr erneut gesunken. Mit 2,94 Millionen registrierten Personen ohne Arbeit wurde das Vorjahresniveau um 238 000 Personen unterschritten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,0 % und ging damit um 0,6 Prozentpunkte gegenüber August 2010 zurück. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im August leicht gegenüber dem Vormonat (-8 000 Personen). Der Rückgang fiel damit – wie bereits in den drei Monaten zuvor –wesentlich geringer aus als zu Beginn dieses Jahres.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Juli um 19 000 Personen gegenüber dem Vormonat an. Im 1. Halbjahr war noch ein monatsdurchschnittlicher Anstieg um 52 000 Personen zu verzeichnen gewesen. Die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten lag im Juli bei 41,1 Millionen Personen und überschritt damit den Vorjahresstand um rund eine halbe Millionen Personen. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit und die damit einhergehenden Einkommensverbesserungen schlagen sich zugleich in einem höheren Lohnsteueraufkommen nieder. So sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergelds und der Riester-Zulagen, im August um 6,2% gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Im Zeitraum Januar bis August belief sich das Plus gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 7,1%.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Juni 2011 gegenüber dem Vormonat - nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – saisonbereinigt um 49 000 Personen zu. Nach Ursprungswerten waren 684 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Jahr. Mehr als die Hälfte davon sind Vollzeitbeschäftigte. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 140 000 das größte Plus gegenüber dem Vorjahr. Aber auch im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen waren deutlich mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Juni 2010 (+116 000 Personen).

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Beschäftigungsverluste gab es hingegen insbesondere bei sonstigen Dienstleistungen und in der öffentlichen Verwaltung.

Die Arbeitskräftenachfrage ist weiterhin sehr hoch. Dies zeigt der umfassende Stellenindex BA-X, der im August ein neues Allzeithoch erreichte, nachdem er im Vormonat leicht zurückgegangen war. Auch die Einkaufsmanager und die vom ifo-Institut befragten Unternehmen gaben an, weiterhin ihr Personal aufstocken zu wollen, jedoch nicht mehr so umfangreich wie bisher.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland lag im August 2,4% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Damit war die Jahresteuerungsrate genauso hoch wie im Juli. Der Preisniveauanstieg war wie zuvor auch maßgeblich auf die Verteuerung von Energieprodukten zurückzuführen (+9,9 % gegenüber dem Vorjahr).

Neben Mineralölerzeugnissen war auch Haushaltsenergie deutlich teuerer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung von Energie betrug die Inflationsrate im August nur 1,4 %. Hierin enthalten ist eine Erhöhung des Preisniveaus von Nahrungsmitteln um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. Preise für Waren mit mittlerer Lebensdauer überschritten das Vorjahresniveau um 1,4 %, während die Preisentwicklung für langlebige Gebrauchsgüter stabil blieb.

Die derzeitige Verringerung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos lässt eine leichte Abschwächung des Preisdrucks bei

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

den Energie- und Rohölpreisen erwarten. Damit könnte im weiteren Jahresverlauf mit einer allmählichen Entspannung des Preisklimas zu rechnen sein. So geht auch die Europäische Zentralbank in ihrem jüngsten wirtschaftlichen Ausblick von einem nachlassenden Preisdruck im Euroraum aus. Auf nationaler Ebene zeigt die aktuelle GfK-Umfrage, dass die privaten Haushalte in Deutschland von einer Verringerung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe ausgehen. So waren die Preiserwartungen im August den dritten Monat in Folge rückläufig.

Allerdings ist der Preisniveauanstieg auf den vorgelagerten Produktionsstufen weiterhin sehr ausgeprägt. So überschritten die Importpreise im Juli das Vorjahresniveau um 7,5 %. Dabei war importierte Energie 28,2% teurer als vor einem Jahr. Insbesondere die Importpreise für Rohöl und Erdgas überschritten das Vorjahresniveau spürbar. Ohne Energie

gerechnet, lag der Preisanstieg bei 3,3 %. Der Import von Nicht-Eisen-Metallerzen verteuerte sich binnen Jahresfrist um 19,9 %. Bei chemischen Erzeugnissen stiegen vor allem die Preise für Düngemittel spürbar an (+37,4 %). Im Nahrungsmittelsektor lagen insbesondere die Importpreise für Getreide und Rohkaffee spürbar über ihrem entsprechenden Vorjahresniveau.

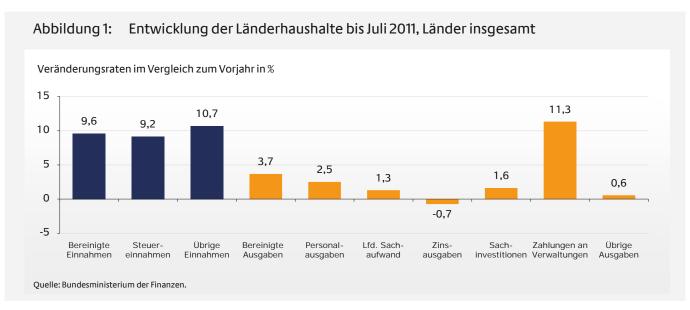
Der Index der Erzeugerpreise erhöhte sich im Juli im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 %. Dabei wurde die Jahresteuerungsrate wiederum gut zur Hälfte von Preisniveausteigerungen für Energieprodukte bestimmt (+10,6 %). Ohne die Berücksichtigung von Energie erhöhte sich das Erzeugerpreisniveau im Vorjahresvergleich um 3,8 %. Darüber hinaus stiegen Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter – insbesondere für Metalle – deutlich an. Auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel (+6,4 %) waren teurer als vor einem Jahr.

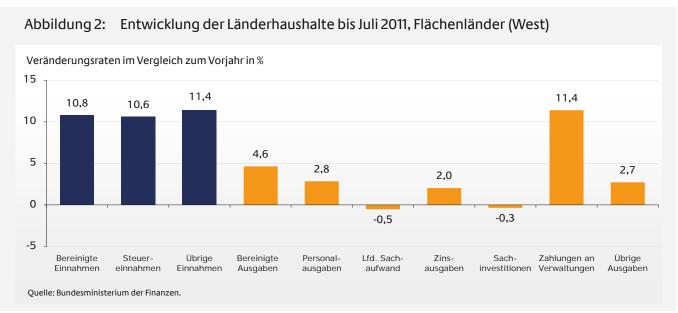
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2011

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2011

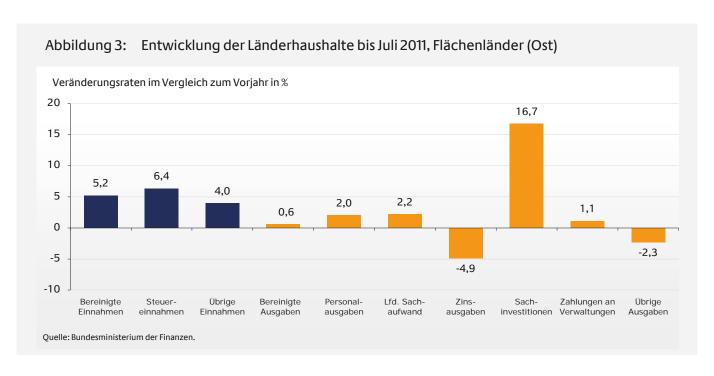
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juli 2011 vor.

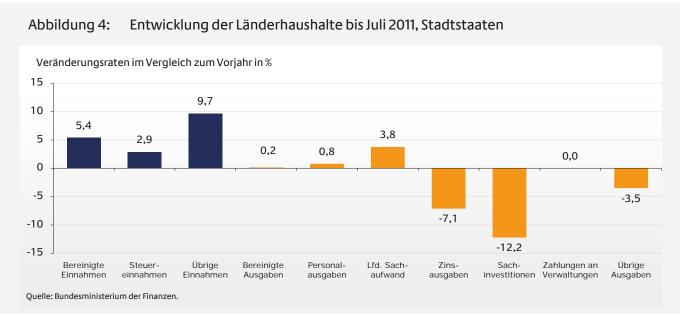
Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Berichtszeitraum um 9,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert, während die Ausgaben um 3,7 % anstiegen. Bei den Steuereinnahmen wurde ein Anstieg von 9,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnet. Damit setzt sich die positive Entwicklung der Länderhaushalte auch im Juli weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende Juli rund - 6,6 Mrd. € und fällt damit rund 8,2 Mrd. € niedriger aus als der entsprechende Vorjahreswert. Zurzeit planen die Länder ein Gesamtdefizit von rund -23,8 Mrd. € für das Jahr 2011.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2011





TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

22./23. September 2011	Treffen der G20-Finanz- und -Entwicklungsminister in Washington D.C.
24. September 2011	Lenkungsausschuss des IWF in Washington D.C.
24./25. September 2011	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
3./4. Oktober 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
14./15. Oktober 2011	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Paris
3./4. November 2011	G20-Gipfel in Cannes
7./8. November 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
29./30. November 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
17. November 2011	Stabilitätsrat
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen-Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011
Januar 2012	Dezember 2011	27. Januar 2012
Februar 2012	Januar 2012	23. Februar 2012
März 2012	Februar 2012	22. März 2012
April 2012	März 2012	20. April 2012
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
Juni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

□ Analysen und Berichte

Analysen und Berichte

Die Umsetzung des ersten Europäischen Semesters	34
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2010	
Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern	
Haushaltssituation des Bundes und der Länder	77
Ein Frühwarnsystem für spekulative Preisblasen an den Immobilienmärkten	83

Analysen und Berichte

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Die Umsetzung des ersten Europäischen Semesters

Bewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der Nationalen Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten

1	Das Europäische Semester – Zielsetzung und Verfahren	34
2	Die Bedeutung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der Nationalen	
	Reformprogramme	36
3	Kommissionsbewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der Nationalen	
	Reformprogramme 2011	36
4	Makroökonomische und finanzpolitische Entwicklung	37
4.1	Makroökonomische Entwicklung	37
4.2	Defizit und Schuldenstand	38
4.3	Zu den länderspezifischen Empfehlungen 2011	44

- Durch die diesjährige Einführung des Europäischen Semesters werden die finanz- und die wirtschaftspolitische Überwachung auf europäischer Ebene besser miteinander verknüpft.
- Der Europäische Rat hat im Juni länderspezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet, in denen die jeweiligen finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen adressiert werden.
- Die effektive Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Europäischen Union.

1 Das Europäische Semester – Zielsetzung und Verfahren

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat im Juni 2010 mit dem Beschluss der EU2020-Strategie auch die Einführung des Europäischen Semesters verabschiedet, mit dem die wirtschafts- und finanzpolitischen Überwachungsprozesse zeitlich synchronisiert werden. Beim Europäischen Semester handelt es sich um einen mit dem Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus, in dem die Koordinierungsprozesse im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (haushaltspolitische Überwachung) und der Strategie EU2020 aufeinander abgestimmt werden. Damit erhalten die EU-Mitgliedstaaten bereits im Vorfeld ihrer nationalen Haushaltsverfahren politische

Leitlinien und Empfehlungen. Die EU-Ebene kann auf diese Weise auf Entwicklungen in den Mitgliedstaaten reagieren, und die Mitgliedstaaten ihrerseits können bei ihrer Politik im folgenden Jahr die europäischen Perspektiven und Orientierungen einbeziehen.

In diesem Jahr wurde das Europäische Semester erstmalig durchgeführt. Es wurde im Januar 2011 mit der Vorlage des Jahreswachstumsberichts der Europäischen Kommission eingeleitet. Kernaussage des Kommissionsberichts war, dass die geplanten Reformen in den Mitgliedstaaten, wie sie der Kommission zuvor übermittelt wurden, nicht ausreichen werden, um die für 2020 gesetzten quantitativen Kernziele der EU2020-Strategie (Anhebung der Beschäftigungsquote, Steigerung der FuE-Innovationen, Verwirklichung der Klimaund Energieziele, Steigerung des Anteils der

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Hochschulabsolventen und Verringerung der Schulabbrecherquote sowie Bekämpfung von Armut) zu erreichen. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten daher auf, sich in ihren Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen (SKP) und Nationalen Reformprogrammen (NRP), die jeweils im Frühjahr vorzulegen sind, ambitioniertere Ziele zu setzen.

Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) schloss sich diesem Votum an und hat die Empfehlungen im März 2011 bestätigt. Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben erstellten die Mitgliedstaaten daraufhin ihre diesjährigen SKP und NRP und übermittelten

sie im April/Mai an die EU-Kommission.
Nach Auswertung der Berichte legte die
Kommission Anfang Juni länderspezifische
Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat vor,
die in verschiedenen EU-Gremien diskutiert
und schließlich im Juni zunächst vom ECOFIN
und abschließend vom Europäischen Rat
gebilligt wurden. Damit endete das erste
Europäische Semester. Die Mitgliedstaaten
sind nun gefordert, die an sie gerichteten
Empfehlungen umzusetzen. Im Januar
2012 beginnt dann das nächste Europäische
Semester, und die Mitgliedstaaten müssen
in ihren NRP und SKP 2012 berichten, welche
Fortschritte sie erzielt haben.

Abbildung 1: Zeitplan & Ablauf des Europäischen Semesters April Januar Februar März Mai Juli luni KOM verabschiedet Empfehl-Europäische ungen für die Einschätzungen des Rates zu den SKP und Kommission Jahreswachstumsbericht länderspezifische Empfehlungen Rat verabschiedet Einschätz-Ministerrat ungen zu den SKP und länderspezifische Empfehlungen Debatte & Orientierungen Europäisches **Parlament** Debatte & Orientierungen Europäischer Billigung der länderspezifischen Empfehlungen Jährlicher Wirtschafts- und Sozialgipfel: Rat Leitlinien für die Politik Verabschiedung der nationalen Mitgliedstaaten Reformprogramme (NRP) & Stabilitätsund Konvergenzprogramme (SKP) Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

2 Die Bedeutung der Stabilitätsund Konvergenzprogramme und der Nationalen Reformprogramme

In den SKP legen die Mitgliedstaaten u.a. Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen, zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. Rechtsgrundlage sind der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die mittlerweile 17 Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, legen Stabilitätsprogramme vor. Von den übrigen zehn EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht der EU-Währungsunion beigetreten sind, werden Konvergenzprogramme vorgelegt.

Die NRP bilden gewissermaßen das wirtschaftspolitische Gegenstück zur Darstellung der finanzpolitischen Strategie in den SKP. In den jährlichen NRP stellen die Mitgliedstaaten dar, mit welchen Reformmaßnahmen sie die EU2020-Ziele und die sogenannten Integrierten Leitlinien (Grundzüge der Wirtschaftspolitik und beschäftigungspolitische Leitlinien) national erreichen beziehungsweise umsetzen wollen und welche Fortschritte hierbei im letzten Berichtszeitraum erzielt wurden.

3 Kommissionsbewertung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und der Nationalen Reformprogramme 2011

Am 7. Juni 2011 legte die EU-Kommission ihre Bewertung der Stabilitäts- und

Konvergenzprogramme (SKP) und der Nationalen Reformprogramme (NRP) 2011 sowie länderspezifische Empfehlungen für die EU-Mitgliedstaaten vor. Rechtsgrundlagen bilden zum einen die Artikel 121 (2) und 148 (4) AEUV für die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Empfehlungen sowie die Verordnungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts für die finanzpolitischen Empfehlungen. Die länderspezifischen Empfehlungen sollen eine Hilfestellung der EU für die nationale Politik darstellen, bei gleichzeitiger Wahrung der nationalen Zuständigkeiten für die Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Die Empfehlungen beziehen sich auf die vier übergeordneten Bereiche öffentliche Finanzen, Arbeitsmarktpolitik, Produkt- und Dienstleistungsmärkte und Finanzsektor.

In ihrer allgemeinen Bewertung der Programme betont die Kommission, dass die von den Mitgliedstaaten eingereichten SKP und NRP eine gute Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung in Europa böten. Sie unterstreicht erneut, dass es keine allgemeingültigen Lösungen für die Herausforderungen in den Mitgliedstaaten gebe, sondern vielmehr für jedes Land getrennt die spezifischen Herausforderungen und der konkrete Handlungsbedarf zu definieren seien. Insgesamt hätten die Mitgliedstaaten angestrebt, die vereinbarten EU-Prioritäten in ihren Programmen zu berücksichtigen, allerdings fehle es einzelnen Programmen an Ehrgeiz und Präzision. Im Ergebnis reichten die mit den diesjährigen Berichten dargelegten nationalen Selbstverpflichtungen nicht aus, um die mit der EU2020-Strategie beschlossenen Kernziele auf EU-Ebene zu erreichen. Insbesondere seien zusätzliche Anstrengungen in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Energieeffizienz, (Hochschul-)Bildung und Armutsbekämpfung erforderlich.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

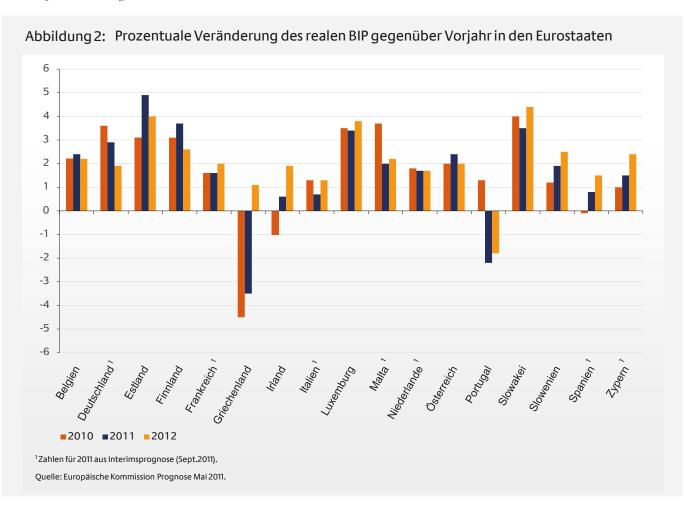
4 Makroökonomische und finanzpolitische Entwicklung

4.1 Makroökonomische Entwicklung

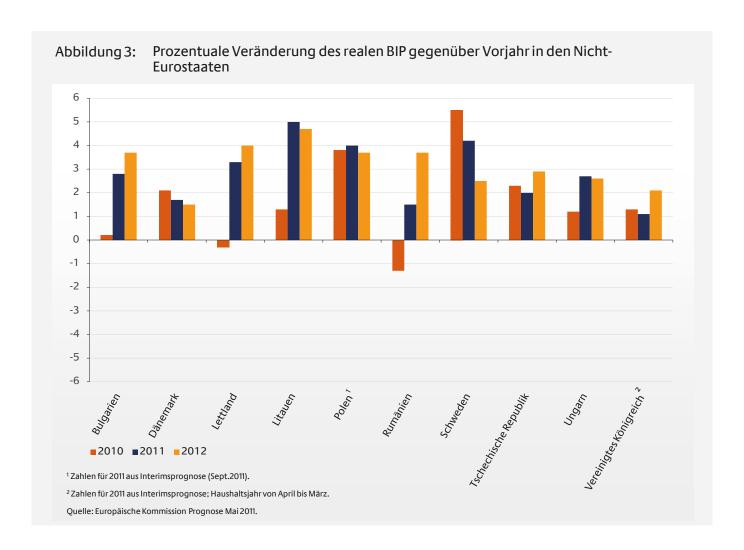
Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2010 (EU-27: 1,8%) hatte sich von dem starken Wachstumseinbruch im Vorjahr (EU-27: -3,1%) wieder rasch erholt und soll laut Interimsprognose¹ der EU-Kommission in diesem Jahr 1,7% betragen, 0,1% weniger

¹ Am 15. September 2011 veröffentlichte die EU-Kommission die Interimsprognose zum realen Bruttoinlandsprodukt und zur Konsumpreisinflation für das Jahr 2011 der Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Portugal und Großbritannien.

als im Frühjahr prognostiziert. Während in der ersten Jahreshälfte 2011 eine starke konjunkturelle Dynamik verzeichnet werden konnte, hat diese im weiteren Jahresverlauf deutlich abgenommen, was auf die globale Abschwächung der Konjunktur und auf die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Schuldenkrise zurückzuführen ist. Für die Euroländer ist laut Interimsprognose mit einem Wachstum von 1,6 % des BIP in diesem Jahr zu rechnen. Die Wachstumsprognose für Zypern muss nach der Sprengstoff-Katastrophe am 11. Juli 2011 revidiert werden. Statt mit einem Wachstum von 1.5 % des BIP ist nun laut der Zentralbank mit einem Nullwachstum im laufenden und einer Rezession im folgenden Jahr zu rechnen.



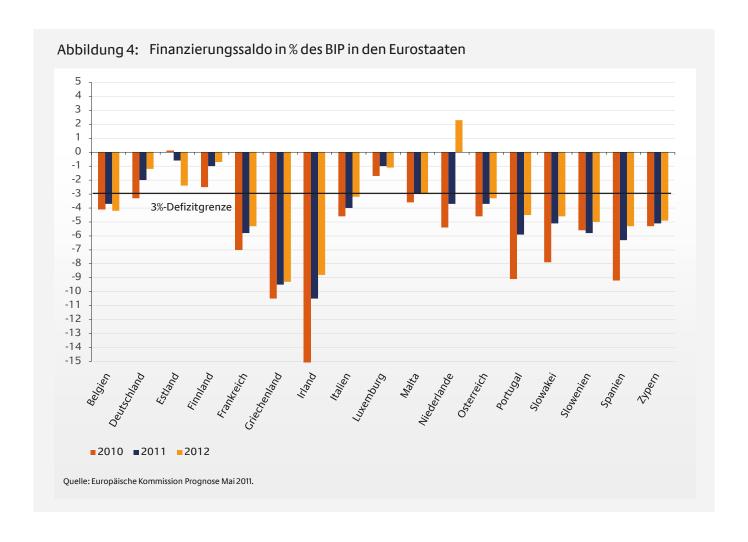
DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS



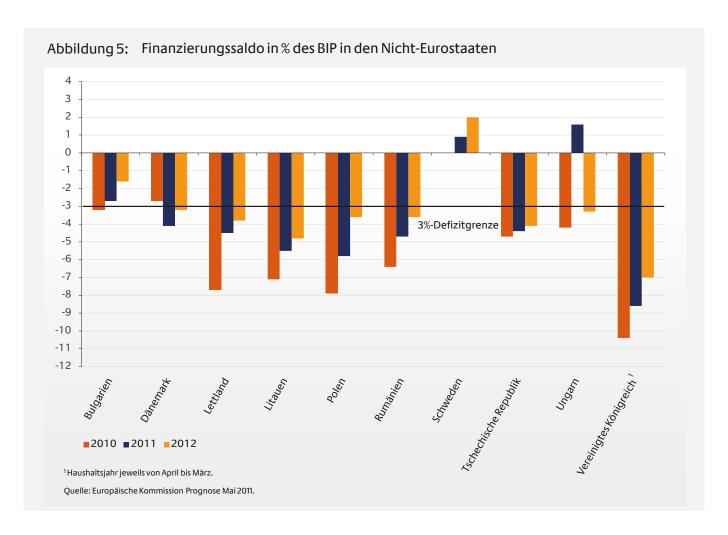
4.2 Defizit und Schuldenstand

Die Kommission prognostiziert für 2011 eine Erholung der öffentlichen Haushalte von der letzten scharfen Rezession. Bis auf einige wenige Mitgliedstaaten wie Estland (- 0,6 %) und Slowenien (- 5,8 %) innerhalb des Euroraums sowie Dänemark (- 4,1%) außerhalb können alle mit einer Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos rechnen. Folgende Staaten werden laut Frühjahrsprognose den Referenzwert des Maastricht-Vertrags einhalten: Deutschland (-2,0%), Estland (-0,6%), Finnland (-1,0%), Luxemburg (-1,0%), Malta (-3,0%) und Bulgarien (-2,7%). Für zwei Mitgliedstaaten wird sogar mit einem Überschuss gerechnet: Schweden (0,9%) und Ungarn (1,6%).

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

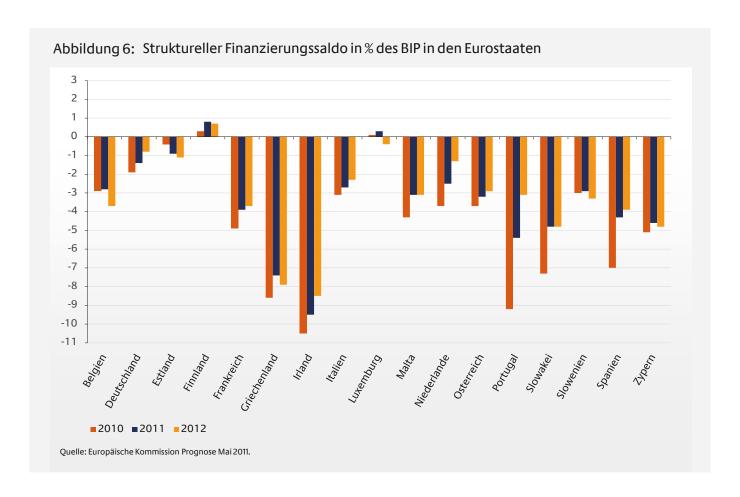


DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS



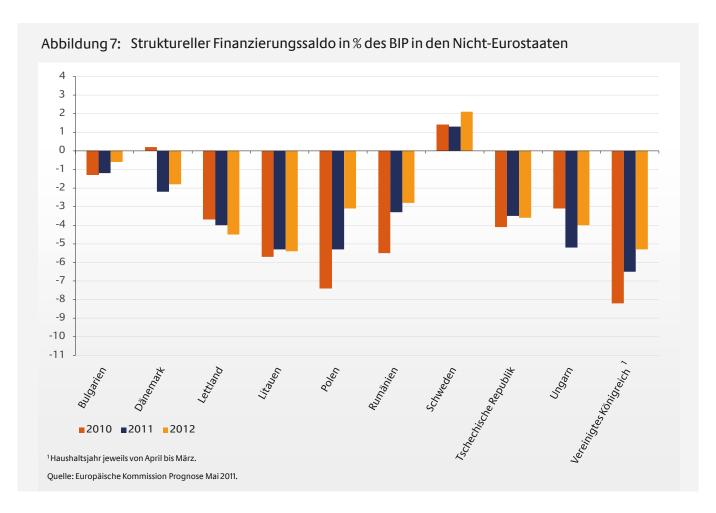
Die Kommission rechnet hinsichtlich des strukturellen Finanzierungssaldos (konjunkturbereinigter Saldo ohne einmalige Effekte) bei vier der zwölf Nicht-Eurostaaten mit einer Verschlechterung 2011 gegenüber 2010; hier Dänemark (-2,2%) und Ungarn (-5,2%) mit einem signifikanten sowie Lettland (-4,0%) mit einem leichten Defizitanstieg, während Schweden (1,3%) auch strukturell einen Überschuss erwarten kann.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS



Im Euroraum wird für alle Staaten außer Estland (- 0,9 %) eine Verbesserung prognostiziert, wobei für Finnland (0,8 %) und Luxemburg (0,3 %) positive Finanzierungssalden ausgewiesen werden. Das höchste strukturelle Finanzierungsdefizit verzeichnete 2010 Irland (-10,5 %), das laut Prognose auch 2011 die Spitzenposition beibehalten wird (-9,5 %).

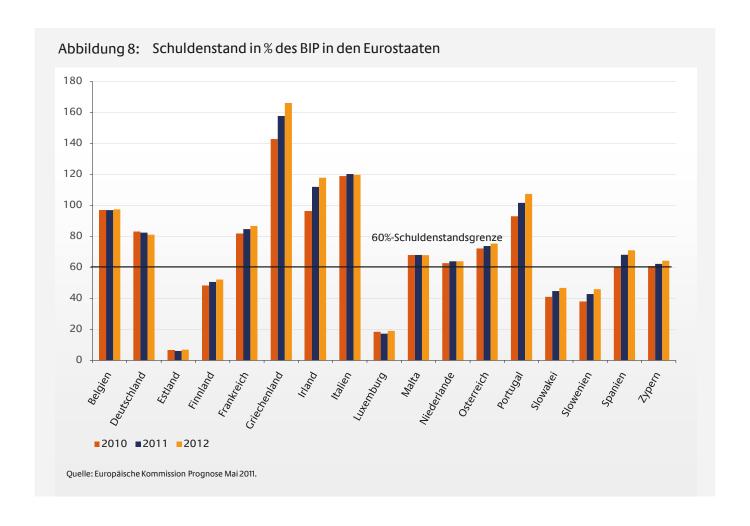
DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS



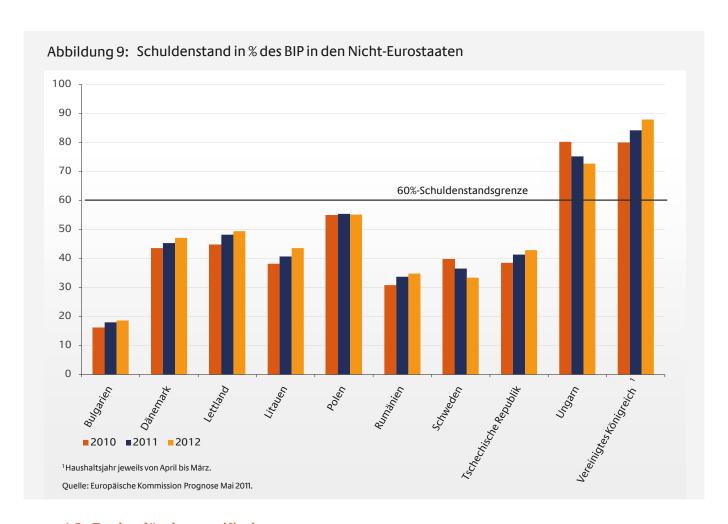
Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in fast allen Mitgliedstaaten an steigenden Schuldenständen zu erkennen. Nur vereinzelt rechnet die Kommission 2011 mit einem sinkenden Schuldenstand, hier für Deutschland (82,4%), Estland (6,1%) und Luxemburg (17,2%) innerhalb sowie Schweden (36,5%) und Ungarn (75,2%) außerhalb des Euroraums. Dabei liegt Ungarn zusammen mit dem Vereinigten Königreich bei den Nicht-Eurostaaten deutlich über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 60% des BIP, ersteres jedoch mit weiterhin

sinkender Tendenz. Im Euroraum liegt bei 12 von 17 Mitgliedstaaten der Schuldenstand über 60 %. Deutschland, Frankreich und Österreich wiesen 2010 bereits einen Schuldenstand zwischen 70 % und 80 % des BIP aus, wobei der Schuldenstand lediglich in Deutschland eine sinkende Tendenz zeigt. Belgiens Schuldenstand liegt nach wie vor über 90 %, mit steigender Tendenz. Die höchsten Schuldenstände mit teilweise weit über 100 % des BIP prognostiziert die Kommission für Portugal (101,7 %), Irland (112,0 %), Italien (120,3 %) und Griechenland (157,7 %).

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS



DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS



4.3 Zu den länderspezifischen Empfehlungen 2011

Belgien

Neben dem geplanten Defizitabbau muss sich Belgien zwei weiteren großen Herausforderungen stellen: der Senkung des hohen Schuldenstands sowie der Gewährleistung eines stabilen und gut funktionierenden Finanzsektors.

Der Rat empfiehlt Belgien im Zeitraum 2011 bis 2012:

 die wirtschaftliche Erholung für einen verstärkten Defizitabbau, insbesondere über die Ausgabenseite, zu nutzen; die Unterschreitung des Defizit-Referenzwerts von 3 % des BIP bis spätestens 2012 und die Zurückführung des strukturellen Defizits um mindestens 0,5 % des BIP jährlich.

- 2. die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, insbesondere durch Senkung alterungsbedingter Ausgaben, u. a. durch eine Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters.
- 3. die strukturellen Schwächen im Finanzsektor zu beseitigen, insbesondere die Bankenrestrukturierung zu vollenden.
- 4. das Lohnverhandlungs- und Lohnindexierungssystem zu reformieren, so dass Lohnsteigerungen stärker die Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit reflektieren.
- 5. die Erwerbsbeteiligung zu verbessern, insbesondere durch budgetneutrale

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Senkung der Abgabenlast für Geringverdiener und mit Dauer der Arbeitslosigkeit sinkende Transferleistungen; die Steuerlast von Arbeit auf den Verbrauch zu verlagern, das Steuersystem umweltfreundlicher zu gestalten und die Effektivität der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch gezielte Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer und schutzbedürftige Gruppen zu erhöhen.

6. durch Abbau von regulatorischen Hindernissen den Wettbewerb im Einzelhandel sowie im Energiebereich zu intensivieren.

Bulgarien

Die Wirtschaftskrise unterbrach eine Phase starken Wachstums, das jedoch bereits wieder eingesetzt hat. Das Defizit soll im laufenden Jahr wieder einen Wert unter der Referenzlinie des Maastricht-Vertrags erreichen (- 2,7 % des BIP). Der gesamtstaatliche Schuldenstand, der sowohl für 2011 als auch für 2012 eine steigende Tendenz aufweist, wird 2011 nach Estland und Luxemburg der niedrigste in der EU sein (18,0 % des BIP).

Der Rat empfiehlt Bulgarien im Zeitraum 2011 bis 2012:

- die Fortsetzung der effizienten Haushaltsführung mit dem Ziel, das Defizit weiter abzubauen, und die Festlegung von Maßnahmen für die Haushaltsstrategie 2012 bis 2014 mit dem Ziel, das mittelfristige Haushaltsziel zu erreichen.
- 2. eine Verbesserung der Budgetplanung und –umsetzung mit dem Ziel einer stärkeren Verlässlichkeit, inklusive der Schaffung bindender Fiskalregeln und einer definierten mittelfristigen Finanzplanung zur Verbesserung der Transparenz auf allen Verwaltungsebenen.
- 3. die weitere Umsetzung der laufenden Rentenreform,

- mit dem Ziel das tatsächliche Renteneintrittsalter zu erhöhen und die Lebensbeschäftigungszeiten zu verlängern.
- 4. im Einvernehmen mit den Sozialpartnern die Lohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung anzupassen.
- 5. die Armut weiter zu bekämpfen und die gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere sensibler Bevölkerungsgruppen, zu fördern; die Befähigungsprofile den Arbeitsmarktbedürfnissen anzupassen sowie die Bildungsreform voranzubringen und bis Mitte 2012 ein neues Hochschulgesetz zu verabschieden.
- 6. effizientere Verwaltungsstrukturen aufzubauen und Maßnahmen einzuführen, um die öffentliche Beschaffung besser zu kontrollieren.
- 7. die Abschaffung von Preiskontrollen sowie die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde für Strom und Gas zur Öffnung der Elektrizitäts- und Gasmärkte.

Dänemark

Die Haushaltsstrategie zielt darauf ab, das Defizit bis 2013 unter den Referenzwert von 3% zu senken sowie als geändertes mittelfristiges Ziel bis 2015 ein strukturelles Haushaltsdefizit von unter - 0,5 % des BIP zu erreichen. Bis 2020 will die dänische Regierung einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Die gesamtstaatliche Schuldenquote zeigt zwar eine steigende Tendenz, liegt aber weiterhin mit 45,3 % des BIP unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags.

Der Rat empfiehlt Dänemark im Zeitraum 2011 bis 2012:

 die Umsetzung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen 2011 und 2012 und eine Korrektur des übermäßigen

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Defizits bis 2013; die Ausgabenkontrolle zu stärken und verbindliche mehrjährige Ausgabenobergrenzen auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene im Einklang mit dem mittelfristigen Gesamthaushaltsziel einzuführen.

- 2. das System der freiwilligen Frühverrentung (VERP) wie geplant auslaufen zu lassen, das System der Berufsunfähigkeitsrente zu reformieren sowie
 Beschäftigungssubventionsprogramme (das "Flex-Job"-System) besser auf die schwächsten Gruppen auszurichten.
- die Reformen im Bildungssystem schneller umzusetzen; die Abbrecherquote im Bereich der Berufsausbildung zu verringern und die Zahl der verfügbaren Lehrstellen zu erhöhen.
- 4. den Abbau von Wettbewerbshindernissen fortzusetzen, insbesondere bei lokalen Dienstleistungen und im Einzelhandel.
- 5. die Stabilisierung des Immobilienmarkts weiter zu unterstützen und Präventivmaßnahmen zu treffen, um die mittelfristige Stabilität des Wohnungsmarkts und des Finanzsystems zu stärken.

Deutschland

Das durch die Krise entstandene Defizit von über 3% des BIP, das auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren und die zur Bekämpfung des Wirtschaftsabschwungs getroffenen diskretionären Maßnahmen zurückzuführen ist, soll bereits im laufenden Jahr wieder unter den Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 3% des BIP zurückgeführt werden (- 2,0%). Die Schuldenquote, die im Jahr 2010 aufgrund der Auslagerung von wertgeminderten Vermögenswerten zweier Banken in entsprechende "Bad Banks" um knapp 10 Prozentpunkte gestiegen war, wird voraussichtlich ab dem Jahr 2011 stetig

sinken und bis 2015 insgesamt 75,5 % des BIP erreichen. Laut der Interimsprognose der Kommission wird mit einem BIP-Wachstum im Jahr 2011 von 2,9 % gerechnet.

Der Rat empfiehlt Deutschland im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. die finanzpolitische Strategie des Stabilitätsprogramms umzusetzen und weitere Anstrengungen zur Erreichung des Mittelfristziels zu unternehmen; die Anwendung der Schuldenregel auf Länderebene zu vervollständigen und eine Überwachung und Sanktionierung der Schuldenregel sicherzustellen; den wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs fortzusetzen, insbesondere durch Sicherstellung angemessener Bildungsausgaben und durch eine weitere Erhöhung der Effizienz öffentlicher Ausgaben im Gesundheitsund Pflegesektor.
- die strukturellen Schwächen des Finanzsektors anzugehen, insbesondere durch Umstrukturierung der Landesbanken.
- 3. die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, durch verbesserten Zugang zum allgemeinen und beruflichen Bildungssystem, durch weitere budgetneutrale Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung und durch verbesserte Arbeitsanreize für Menschen mit geringen Einkommensperspektiven; die Zahl der Vollzeit-Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagsschulen auszubauen; die Prüfung der jüngsten Reformen zur Reduzierung negativer Steueranreize für Zweitverdiener und im Fall verbleibender Negativanreize weitere Maßnahmen zu ergreifen.
- 4. nicht gerechtfertigte Restriktionen in bestimmten Dienstleistungs- und Handwerksberufen abzubauen; den Wettbewerb in den Netzwerkindustrien zu verbessern, die Aufsichtsfunktion

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

der Bundesnetzagentur insbesondere im Schienenverkehr zu stärken; im Rahmen des angekündigten nationalen Energiekonzepts auf Kosteneffektivität zu achten und die effektive Unabhängigkeit von Energieproduktion und – verteilung sicherzustellen sowie die grenzüberschreitenden Verbindungen zu verbessern.

Estland

In den Jahren 2011 und 2012 wird mit einer leichten Verschlechterung des Haushaltsdefizits auf - 2,4 % des BIP gerechnet, bedingt durch einmalige Auswirkungen von Umweltinvestitionen im Zusammenhang von CO2-Gutschriften. Bis zum Jahr 2013 versucht die estnische Regierung, einen Überschuss für die gesamtstaatliche Haushaltsposition zu erzielen, indem sie die staatlichen Konsumausgaben stärker kontrolliert und damit die Effizienz der öffentlichen Ausgaben erhöht.

Der Rat empfiehlt Estland im Zeitraum von 2011 bis 2012:

- 1. bis spätestens 2013 einen strukturellen Überschuss zu erreichen und 2012 ein Defizit von höchstens 2,1% des BIP zuzulassen; die Ausgaben streng zu kontrollieren und die Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu erhöhen.
- 2. die Nachfrage nach Arbeitskräften zu unterstützen und dazu die Steuerund Abgabenlast, insbesondere für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, auf haushaltsneutrale Weise zu senken; die Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verbessern und dazu insbesondere in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit gezielt Maßnahmen für junge Menschen und Langzeitarbeitslose zu treffen, um deren Armutsrisiko zu senken.

- 3. die Umsetzung der geplanten Anreize, um die Energieintensität zu verringern und die Energieeffizienz der Wirtschaft insbesondere im Immobilien- und Verkehrssektor zu verbessern.
- 4. bei der Umsetzung der Reform des Bildungssystems insbesondere die Verfügbarkeit der Vorschulbildung und die Qualität und Zugänglichkeit der beruflichen Bildung zu verbessern. Dabei sollten die Bildungsergebnisse stärker an die Arbeitsmarkterfordernisse angepasst und Möglichkeiten für geringqualifizierte Arbeitnehmer zur Teilnahme am lebenslangen Lernen geschaffen werden.

Finnland

Entgegen den Prognosen konnte Finnland 2010 sein Haushaltsdefizit (-2,5%) unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 3% des BIP halten. Für das laufende Jahr wird ein weiterer Rückgang des Defizits auf -1,0% des BIP prognostiziert.

Der Rat empfiehlt Finnland für den Zeitraum 2011 bis 2012:

- die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung und Nutzung möglicher Mehreinnahmen zur Senkung des Defizits sowie das Ergreifen weiterer Maßnahmen, damit die Haushaltsposition auch weiterhin über dem mittelfristigen Ziel bleibt.
- 2. Produktivitätssteigerungen und Kostensenkungen im öffentlichen Dienst zu realisieren.
- 3. eine stärkere Ausrichtung der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf Langzeitarbeitslose und junge Menschen.
- 4. die Chancen älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt und ihre Teilnahme am lebenslangen Lernen zu erhöhen; Schritte

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

zu unternehmen, die von einem frühen Austritt aus dem Arbeitsmarkt abhalten und das Renteneintrittsalter noch stärker an die Lebenserwartung koppeln.

5. den Dienstleistungssektor noch stärker zu öffnen und den Regulierungsrahmen umzugestalten; Beschränkungen zu beseitigen, um den Eintritt in die Dienstleistungsmärkte insbesondere im Einzelhandel zu erleichtern.

Frankreich

Das französische Haushaltsdefizit hat 2010 den Maastricht-Referenzwert mit -7% des BIP mehr als das Zweifache überschritten. Für das laufende Jahr 2011 wird mit einem Defizit von -5,8 % des BIP gerechnet. Die Schuldenquote ist nach wie vor steigend und soll erst nach 2012 sinken. Da die Anpassungspfade für Defizit und Schuldenstand mit Risiken behaftet sind, müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um eine Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2013 sicherzustellen.

Der Rat empfiehlt Frankreich für den Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. den festgelegten Defizitabbaupfad bis 2013 gemäß den Vereinbarungen im Defizitverfahren einzuhalten; anschließend adäquate Fortschritte zur Erreichung der Mittelfristziele sicherzustellen und konkrete Maßnahmen für die Jahre ab 2012 zu benennen; bei überplanmäßigen Einnahmen den Schulden- und Defizitabbau zu beschleunigen; die Nachhaltigkeit des Rentensystems zu überprüfen und, falls erforderlich, weitere Maßnahmen zu ergreifen.
- erneut zu versuchen, im Verbund mit den Sozialpartnern die Arbeitsmarktsegmentierung abzubauen, insbesondere durch Überprüfung

- spezieller Kündigungsschutzregeln und Mindestlohnregelungen bei gleichzeitiger Verbesserung der Humankapitalbildung.
- 3. eine Erhöhung der Erwerbsquote durch Aktivierung Arbeitsloser und den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit Älterer; die aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsvermittlung zu verbessern, insbesondere mit Blick auf Langzeitarbeitslose.
- 4. die Effizienz des Steuersystems zu erhöhen, einschließlich einer Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit zu Umweltund Konsumsteuern; Verringerung der Anzahl und Kosten bei Steuer- und Sozialabgabenbefreiungen.
- 5. eine weitere Reduzierung ungerechtfertigter Beschränkungen in regulierten Märkten und Berufen, insbesondere im Dienstleistungssektor und im Einzelhandel.

Griechenland

Die globale Krise brachte Griechenlands Schwachstellen zutage, wie die nicht tragfähige Finanzpolitik, den unflexiblen Arbeitsmarkt, die starren Produktmärkte, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und die steigende Auslandsverschuldung. Angesichts seines umfangreichen Finanzierungsbedarfs und seiner Unfähigkeit, sich an den internationalen Kapitalmärkten zu finanzieren, ersuchte Griechenland im April 2010 erstmalig um internationalen finanziellen Beistand. Im Gegenzug dazu verpflichtete sich Griechenland, das wirtschaftliche und finanzielle Anpassungsprogramm mit dem Ziel durchzuführen, die finanzpolitischen und externen Ungleichgewichte zu korrigieren.

Der Rat empfiehlt Griechenland, die im Anpassungsprogramm festgelegten Maßnahmen in vollem Umfang umzusetzen.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Irland

Infolge der Krise, die zu einer wesentlichen Korrektur der schweren Ungleichgewichte führte, die sich in den vorangegangenen Boomjahren aufgebaut hatten, lag das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2010 bei 32,4%, und die Schuldenquote erreichte 96,2% des BIP. Daher wurde beschlossen, ein EU-IWF-Programm für finanziellen Beistand durchzuführen, das plangemäß verläuft. Die vereinbarten haushaltspolitischen Maßnahmen wurden umgesetzt, das Haushaltsziel 2010 erreicht, und die Haushaltsergebnisse im 1. Quartal 2011 entsprachen ebenfalls den Zielen des Beistandsprogramms.

Der Rat empfiehlt Irland, die im Anpassungsprogramm festgelegten Maßnahmen in vollem Umfang umzusetzen.

Italien

Der öffentliche Bruttoschuldenstand Italiens gehört mit über 119 % des BIP zu den höchsten in der EU, mit einer für 2011 prognostizierten steigenden Tendenz. Erst 2012 soll die staatliche Schuldenquote wieder sinken. Auch das gesamtstaatliche Defizit soll bis zum Jahr 2012 unter den Referenzwert von 3 % des BIP abgesenkt werden, was u. a. durch weitere Ausgabenbeschränkung und zusätzliche Einnahmen dank besserer Einhaltung der Steuervorschriften und weiterer Maßnahmen erreicht werden soll. Aufgrund der aktuellen Entwicklung auf den Anleihemärkten hat Italien aktuell ein Maßnahmenpaket aufgelegt, um den Staatshaushalt bereits 2013 auszugleichen.

Der Rat empfiehlt Italien für den Zeitraum 2011 bis 2012:

 die Umsetzung der geplanten Konsolidierung 2011/2012 gemäß den Vorgaben des Defizitverfahrens und die vollständige Verwendung eventueller Mehreinnahmen zum Defizit- und Schuldenabbau; bis Oktober 2011 konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Budgetziele 2013/2014 und des Mittelfristziels 2014 zu benennen und eine weitere Stärkung des Rahmenwerks zur Einführung von Ausgabenobergrenzen und zur Überprüfung aller Regierungsebenen.

- 2. die Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitsmarktsegmentierung zu verstärken, unter besonderer Berücksichtigung von Kündigungsschutzregelungen; eine Überprüfung des fragmentierten Transfersystems unter Beachtung budgetärer Beschränkungen; die Schwarzarbeit verstärkt zu bekämpfen und die Erwerbsquote von Frauen zu erhöhen, u. a. durch Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen und budgetneutrale Finanzanreize für Zweitverdiener.
- 3. unter Einbeziehung der Sozialpartner eine weitere Reformierung der Lohnfindungsprozesse, so dass Lohnsteigerungen besser die Produktivitätsentwicklung und die lokalen sowie firmeninternen Bedingungen widerspiegeln; die betriebliche Lohnfindung zu ermöglichen.
- 4. eine weitere Öffnung des
 Dienstleistungssektors für den
 Wettbewerb, einschließlich der freien
 Berufe, und noch 2011 die Verabschiedung
 des "Jährlichen Wettbewerbsgesetzes",
 unter Berücksichtung der Empfehlungen
 der Kartellbehörde; seine Bemühungen
 fortzusetzen, den Zugang von kleinen
 und mittleren Unternehmen zu den
 Kapitalmärkten zu verbessern sowie
 Bürokratielasten und –kosten abzubauen.
- die Rahmenbedingungen für Investitionen des Privatsektors in Forschung und Entwicklung zu verbessern, insbesondere durch Ausweitung finanzieller Anreize, verbesserte Konditionen für

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Risikokapital und Förderung innovativer Beschaffungssysteme.

6. wachstumsfördernde Ausgaben durch Verbesserung der Verwaltungskapazität und des Managements auf politischer Ebene zu beschleunigen, damit die weiterhin bestehenden regionalen Ungleichheiten verringert werden; die im nationalen strategischen Rahmenplan eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Höhe der Ressourcen und Qualität der Ausgaben einzuhalten.

Lettland

Ebenso stark wie der Wirtschaftsaufschwung vor der Krise war jedoch auch der Einbruch der lettischen Wirtschaft in ihrer Folge. Das reale BIP schrumpfte um insgesamt 25 % aufgrund des gleichzeitigen Rückgangs der heimischen Nachfrage wie auch des globalen Handels. Daraufhin wurde Lettland 2009 für drei Jahre ein mittelfristiger finanzieller Beistand gewährt. Das mittlerweile wieder gesunkene gesamtstaatliche Defizit wurde durch Konsolidierungsmaßnahmen für den Staatshaushalt sowie umfangreiche Stabilisierungsmaßnahmen für den Finanzsektor erreicht.

Der Rat empfiehlt Lettland, die im Anpassungsprogramm und in den nachfolgenden Ergänzungen — insbesondere der letzten Ergänzung vom 7. Juni 2011 festgelegten Maßnahmen in vollem Umfang umzusetzen.

Litauen

Nach der Krise trugen eine kontinuierliche Einhaltung der Currency-Board-Regelung und eine umfangreiche Haushaltskonsolidierung neben der Anpassung der Löhne und Gehälter im Privatsektor sowie Maßnahmen zur Stärkung der Stabilität des Finanzsystems zur wirtschaftlichen Stabilisierung bei. 2011 beschleunigte sich die wirtschaftliche Erholung durch die Wiederbelebung der Binnennachfrage. Die gesamtstaatliche Schuldenquote liegt trotz steigender Tendenz weit unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags.

Der Rat empfiehlt Litauen im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. bis zur Verabschiedung des Haushalts 2012 dauerhaft zusätzliche Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits zu ergreifen; die Einhaltung der Steuergesetze durchzusetzen und den wirtschaftlichen Aufschwung zum beschleunigten Defizitabbau und zur Erreichung des Mittelfristziels zu nutzen; die Einführung von Ausgabenplafonds bei den mittelfristigen Haushaltsvorgaben.
- 2. die vorgeschlagenen
 Durchführungsbestimmungen zur Reform
 des Rentensystems zu verabschieden
 und im Interesse einer stärkeren
 Erwerbsbeteiligung negative steuerliche
 Arbeitsanreize für Arbeitnehmer im
 Rentenalter abzuschaffen.
- 3. die Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen, indem das Arbeitsrecht flexibler gestaltet und eine bessere Nutzung von Zeitverträgen vorgesehen wird.
- 4. das Reformpaket für staatseigene Unternehmen bis Ende 2011 vollständig umzusetzen und dabei die Trennung regulatorischer und eigentumsrechtlicher Funktionen, klare Unternehmenszielsetzungen, Transparenz und eine Trennung kommerzieller und nichtkommerzieller Tätigkeiten sicherzustellen.
- die Energieeffizienz von Gebäuden durch eine rasche Verwendung der Mittel des Holdingfonds zu erhöhen und die Besteuerung stärker auf die Energienutzung auszurichten.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

 die Bedingungen für Unternehmensneugründungen und Baugenehmigungen sowie den Wettbewerb im Energiesektor und im Einzelhandel zu verbessern.

Luxemburg

Nachdem der gesamtstaatliche Haushalt 2010 mit -1,7% des BIP sein höchstes Defizit auswies, wird für das laufende Jahr eine Defizitquote von -1,0% des BIP prognostiziert. Auch der Schuldenstand, der schon 2010 einer der niedrigsten im Euroraum war (18,4% des BIP), hat für das laufende Jahr eine sinkende Tendenz.

Der Rat empfiehlt Luxemburg im Zeitraum 2011 bis 2012:

- die Konjunkturlage und überplanmäßige Mehreinnahmen für verstärkte fiskalische Anstrengungen zu nutzen, um das Defizit weiter zu reduzieren und bereits 2012 das Mittelfristziel zu erreichen.
- 2. eine umfassende Rentenreform, um die langfristige Nachhaltigkeit des Systems zu sichern.
- 3. eine Reform des Lohnsetzungs- und Lohnindexierungssystems, damit Lohnzuwächse besser die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit reflektieren.
- Schritte zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen, insbesondere durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Fähigkeiten junger Menschen besser an den Arbeitsmarktbedarf anpassen.

Malta

Nach einer spürbaren Wiederbelebung der Wirtschaft nach der Krise im Jahr 2010 verzichtete die Regierung Maltas angesichts der hohen Staatsverschuldung von über 60 % des BIP darauf, größere Konjunkturimpulse zu setzen. Das gesamtstaatliche Defizit lag 2010 zwar immer noch unter dem Durchschnitt des Euroraums, jedoch wurden, um die weitere Haushaltskonsolidierung zu erreichen, mit dem Haushaltsplan 2011 bereits Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits eingeführt. Auch wird die Implementierung einer Ausgabenregel erwogen. Daher wird für das gesamtstaatliche Defizit wie auch für die Schuldenquote ab 2011 eine stagnierende Tendenz erwartet.

Der Rat empfiehlt Malta im Zeitraum 2011 bis 2012:

- das Erreichen des Defizitziels von unter 3% des BIP im Jahr 2011 sicherzustellen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Defizitziel 2012 zu erreichen und die Schuldenstandsquote auf einen Abwärtspfad zu bringen; die fiskalischen Ziele in einen verbindlichen, regelbasierten mehrjährigen Haushaltsrahmen einzubinden und die Überwachung der Haushaltsausführung zu verbessern.
- die Nachhaltigkeit des Rentensystems sicherzustellen, z. B. durch Beschleunigung der schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters.
- 3. das Bildungssystem in stärkerem Maße an den Anforderungen des Arbeitsmarkts auszurichten und die Schulabbrecherquote zu senken.
- 4. in Abstimmung mit den Sozialpartnern das Lohnverhandlungs- und Lohnindexierungssystem zu reformieren, damit die Lohnentwicklung besser die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit widerspiegelt.
- 5. die Abhängigkeit von Ölimporten zu mindern durch mehr Investitionen in erneuerbare Energien.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Niederlande

Die Erholung von der Krise setzte bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 mit einer steigenden Auslandsnachfrage ein und gewann 2010 an Dynamik, was zu einem BIP-Wachstum von 1,8 % führte. Gleichwohl stiegen das gesamtstaatliche Defizit (2010: 5,4 % des BIP) sowie die staatliche Schuldenquote (2010: 62,7 % des BIP) weiter an. Die geplante Haushaltskonsolidierung der niederländischen Regierung stützt sich in großem Maße auf strukturelle Ausgabenkürzungen.

Der Rat empfiehlt den Niederlanden im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. die weitere Umsetzung der Haushaltsstrategie 2012 gemäß den Vorgaben des Defizitverfahrens, um die hohe Schuldenstandsquote auf einen Abwärtstrend zu bringen; anschließend die Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung des Mittelfristziels, unter Berücksichtigung von Ausgabenobergrenzen und der Sicherstellung einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung.
- 2. Maßnahmen zur Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters unter Berücksichtung der Lebenserwartung zu ergreifen; das tatsächliche Renteneintrittsalter zu steigern und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern; mit Blick auf die demographische Entwicklung eine Reform der Langzeitpflege.
- 3. die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, u. a. durch Abbau steuerlicher Fehlanreize für Zweitverdiener; Maßnahmen zur Unterstützung der meistgefährdeten Gruppen und zu ihrer Reintegration in den Arbeitsmarkt zu ergreifen.

4. Innovation, private Forschung und Entwicklung sowie Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, durch passgenaue Anreize im Zuge der neuen Unternehmenspolitik "Naar de top".

Österreich

Aufgrund der im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgelegten Konjunkturpakete erreichten das gesamtstaatliche Defizit (4,6 % des BIP) wie auch der öffentliche Schuldenstand (72,3 % des BIP) 2010 ihren jeweiligen Höchststand. Auch 2011 wird die Schuldenquote weiter steigen. Für das Defizit werden 3,9 % des BIP erwartet.

Der Rat empfiehlt Österreich im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. die Konjunkturerholung zum beschleunigten Defizitabbau zu nutzen und durch Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere auf der Ausgabenseite den Schuldenstand auf einen Abwärtspfad zu bringen; entsprechend den Vorgaben des laufenden Defizitverfahrens jährliche Konsolidierungsanstrengungen von durchschnittlich 0,75 % des BIP 2012 und 2013 zu gewährleisten und konkrete Maßnahmen zu benennen, wie anschließend das Mittelfristziel erreicht werden soll.
- 2. den nationalen Budgetrahmen durch bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten der Regierungsebenen zu stärken, insbesondere im Gesundheitswesen.
- das Frühverrentungssystem zurückzufahren und die Übergangsfristen für Männer und Frauen bei der Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters anzugleichen;

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

- die Zugangsvoraussetzungen zur Berufsunfähigkeitsrente streng anzuwenden.
- 4. Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung zu ergreifen, insbesondere durch eine budgetneutrale steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit, vor allem bei Geringverdienern; den nationalen Aktionsplan zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen; die Ergebnisse des Bildungssystems zu verbessern und Schulabbrüche zu verringern.
- 5. den Wettbewerb zu fördern, insbesondere im Dienstleistungssektor; die Annnahme der ausstehenden "horizontalen Rechtsvorschriften" zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu beschleunigen.

Polen

Die globale Finanzkrise führte zwar lediglich zu einer Verlangsamung der Wirtschaftsaktivität und nicht zu einer Rezession, jedoch wurden dadurch die öffentlichen Finanzen stark strapaziert. Das gesamtstaatliche Defizit erhöhte sich 2010 trotz eines bescheidenen Konsolidierungspakets und des kräftigen Wirtschaftswachstums auf -7,9 % des BIP, jedoch mit sinkender Tendenz im laufenden Jahr (-5,8 % des BIP). Die Schuldenquote liegt weiterhin knapp unter der 60-%-Schwelle des Maastricht-Vertrags und der Schuldengrenze der polnischen Verfassung.

Der Rat empfiehlt Polen im Zeitraum 2011 bis 2012:

 die im Entwurf des Haushaltsgesetzes für 2012 enthaltenen Maßnahmen umzusetzen und weitere dauerhafte Maßnahmen zu ergreifen, um das Budgetdefizit 2012 unter 3 % des BIP zu senken; unter

- Wahrung der Mittelfristziele Kürzungen wachstumsfreundlicher Ausgaben auf ein Minimum zu reduzieren.
- 2. bis 2013 eine gesetzliche Ausgabenregel einzuführen und die Koordinierung der Regierungsebenen im mittelfristigen und jährlichen Budgetprozess zu verbessern.
- 3. das gesetzliche Pensionsalter für "uniformierte Dienste" wie geplant zu erhöhen sowie die Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters weiter umzusetzen; einen Zeitplan zur Regelung der Sozialversicherungsbeiträge für Landwirte aufzustellen.
- 4. die Implementierung der Strategie für lebenslanges Lernen, Qualifizierung und Training von Älteren und Geringqualifizierten; die Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken und das Programm für Höhere Bildung zur besseren Angleichung der Bildung an die Arbeitsmarkterfordernisse umzusetzen.
- 5. die Erwerbsbeteiligung von Frauen durch stabile finanzielle Unterstützung von Vorschuleinrichtungen zu erhöhen und Vorschulbetreuung für unter Dreijährige zu verbessern.
- 6. die Anreize für Investitionen in Energiegewinnungskapazitäten zu verbessern, um den Kohlenstoffausstoß zu verringern, und die grenzüberschreitenden Elektrizitätsnetze weiter auszubauen; einen Mehrjahresplan für Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und die Umsetzung des umfassenden Konzepts für den Schienentransport zu erstellen.
- 7. die Vereinfachung von Gerichtsverfahren und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren im Baurecht.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Portugal

Die schwache gesamtwirtschaftliche Leistung und der starke Anstieg der Arbeitslosenquote spiegelten sich 2010 in einem hohen öffentlichen Defizit von über 9 % des BIP und einem Schuldenstand von 93 % des BIP wider. Diese Entwicklung verminderte das Vertrauen in die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und steigerte den Druck an den Finanzmärkten auf portugiesische Staatsanleihen. Gleichzeitig sah sich der Bankensektor, der insbesondere im Euroraum in hohem Maße von einer Außenfinanzierung abhängig ist, zunehmend von den Finanzierungsmöglichkeiten der Märkte abgeschnitten. Auf Grundlage des im Mai 2010 eingeführten europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus wurden Portugal im Jahr 2011 für drei Jahre mittelfristige Finanzhilfen zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug dazu verpflichtete sich die portugiesische Regierung, das wirtschaftliche und finanzielle Sanierungsprogramm umzusetzen, mit dem das Vertrauen in seine Staatsanleihen und in den Bankensektor wiederhergestellt sowie Wachstum und Beschäftigung gefördert werden sollen. Als Ergebnis ihrer ersten Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Portugal hat die Kommission den Schluss gezogen, dass die Ziele des Programms in diesem Jahr erreicht werden. Dazu hat die portugiesische Regierung weitere Maßnahmen ergriffen.

Der Rat empfiehlt Portugal, die im Anpassungsprogramm festgelegten Maßnahmen in vollem Umfang umzusetzen.

Rumänien

Nachdem die rumänische Regierung aufgrund des krisenbedingten starken Wachstumseinbruchs und des damit einhergehenden hohen Haushaltsdefizits im Mai 2009 internationale und EU-Zahlungsbilanzhilfe beantragt hatte, wurde ein EU-IWF-Anpassungsprogramm ausgehandelt und bereits erfolgreich umgesetzt. Für den Zeitraum 2011 bis 2013 wurde anschließend ein neues EU-IWF-Programm ausgehandelt, um die bereits eingeleitete Haushaltskonsolidierung, die fiskalpolitischen Reformen sowie die Aufrechterhaltung der Finanzstabilität fortzuführen. Das Haushaltsdefizit konnte dadurch auf - 6,4% des BIP gesenkt werden und soll im laufenden Jahr auf - 4,7% des BIP weiter sinken. Die gesamtstaatliche Schuldenquote liegt mit 33,7% des BIP weiterhin deutlich unter dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags.

Der Rat empfiehlt Rumänien, die Maßnahmen des EU-IWF-Anpassungsprogramms vollständig umzusetzen.

Schweden

Zwar wurde die schwedische Wirtschaft durch den krisenbedingten Einbruch der Auslandsnachfrage und die Finanzkrise hart getroffen, jedoch war die Rezession aufgrund der soliden Ausgangslage und der Tatsache, dass keine größeren Anpassungen im Sektor der Privathaushalte, des Bankwesens und des öffentlichen Sektors erforderlich waren, nur von kurzer Dauer. Infolge der Wiederbelebung des Welthandels erholte sich die schwedische Wirtschaft sehr rasch und umfassend. Sowohl der Finanzierungssaldo (+ 0,9 %), als auch der gesamtstaatliche Schuldenstand (36,5 %) liegen unter dem jeweiligen Referenzwert des Maastricht-Vertrags.

Der Rat empfiehlt Schweden im Zeitraum 2011 bis 2012:

- den haushaltspolitischen Kurs zu wahren und auch zukünftig das Mittelfristziel zu erfüllen.
- präventive Schritte in die Wege zu leiten, um die mit steigenden Immobilienpreisen und zunehmender Verschuldung der Privathaushalte verbundenen makroökonomischen

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Risiken anzugehen, z.B. durch Reformen des Hypothekarsystems, der Mietenregulierung, der Vermögensbesteuerung und des Baurechts.

3. junge Menschen und andere schwache Gruppen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Slowakei

Die durch die Krise drastisch geschrumpfte externe Nachfrage hat sich im Jahr 2010 wieder so stark erholt, dass dies zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Bezug auf das Produktionswachstum in der Slowakei geführt hat, im Gegensatz zur Lage der öffentlichen Finanzen (gesamtstaatliches Defizit 2010: 7,9 % des BIP; Schuldenquote 2010: 41 % des BIP) sowie auf dem Arbeitsmarkt. Die Konsolidierungsanstrengungen setzen in erster Linie auf Einsparungen bei Waren und Dienstleistungen sowie bei den Lohn- und Gehaltskosten.

Der Rat empfiehlt der Slowakei im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. den Haushalt 2011 wie geplant umzusetzen und in den Jahren 2012 und 2013 die dauerhaft geplanten Maßnahmen einzuführen, um das Defizit bis 2013 nachhaltig unter den 3-%-Referenzwert zu senken; die wachstumsfördernden Ausgaben beizubehalten und Spielräume für Einnahmeerhöhungen zu nutzen.
- den finanzpolitischen Rahmen durch Annahme bindender mehrjähriger Ausgabenobergrenzen für den Zentralhaushalt und das soziale Sicherungssystem zu stärken und einen unabhängigen Finanzrat einzuführen.
- die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, und zwar durch weitere Anpassung des umlagefinanzierten Rentensystems und

- durch Stärkung der kapitalgedeckten Rentensäule.
- 4. die Beschäftigung von Geringverdienern zu fördern, und zwar durch Reduzierung der Steuer- und Abgabenbelastung, und die Kapazitäten der Arbeitsmarktbehörden auszubauen.
- 5. die geplanten Reformen im Schul- und Ausbildungswesen zu beschleunigen und die Qualität der Hochschulbildung und ihre Anpassung an die Marktbedürfnisse zu verbessern.
- 6. das öffentliche Beschaffungswesen zu verbessern und die Transparenz im Justizwesen zu erhöhen.

Slowenien

Vor der Krise erfreute Slowenien sich eines starken Wirtschaftswachstums, bedingt durch boomende Exporte und Investitionen. Durch die Krise kam es zu einem starken Rückgang des realen BIP und einer beträchtlichen Zunahme des Bruttoschuldenstands. Für das laufende Jahr wird noch keine Verbesserung der finanz- und wirtschaftspolitischen Situation erwartet, jedoch dürften die Maßnahmen, die die slowenische Regierung erwogen hat, die Erholung beschleunigen.

Der Rat empfiehlt Slowenien im Zeitraum 2011 bis 2012:

 die Haushaltsziele für 2011 zu erreichen und das Defizitziel 2012 mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegen beziehungsweise zusätzliche Maßnahmen zu seiner Erreichung zu ergreifen; strukturelle Maßnahmen zur Ausgabeneindämmung und einen verbindlichen mittelfristigen Finanzrahmen festzulegen; die Haushaltskonsolidierung zu beschleunigen, sobald die Rahmenbedingungen besser als erwartet sind.

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

- die erforderlichen Schritte zur Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems zu unternehmen – bei Wahrung angemessener Renten -, u. a. durch Anhebung des Renteneintrittsalters.
- 3. gegebenenfalls weitere Maßnahmen im Bankensektor zu ergreifen, um die Bilanzen und Kreditbestände zu stärken und den Kreditfluss in die Realwirtschaft zu verbessern.
- 4. in Abstimmung mit den Sozialpartnern Maßnahmen zu ergreifen, um Asymmetrien bei unbefristeten und befristeten Verträge zu verringern.
- 5. ein System zur Ermittlung von Fähigkeiten und Kompetenzen mit Blick auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts zu entwickeln und die Effektivität der Arbeitsverwaltung zu verbessern.
- 6. den Rahmen für reglementierte Berufe zu straffen und die Kapazitäten der Wettbewerbsbehörde auszubauen, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern und Investitionen anzuziehen.

Spanien

Die schweren Auswirkungen der Krise auf die spanische Wirtschaft und die Absorption der makroökonomischen Ungleichgewichte, die sich während des Booms aufgebaut haben, werden noch einige Zeit andauern. Die spanische Regierung begegnet dieser Herausforderung mit einer ambitionierten Reformagenda, die eine Haushaltskonsolidierung, eine Reform der Pensionen im öffentlichen Dienst, eine Umstrukturierung der Sparkassen sowie Reformen des Arbeits- und Produktmarkts umfasst und im laufenden Jahr bereits zur Rückführung des Haushaltsdefizits auf - 6,3 % des BIP) und des Schuldenstands auf 68,1 % des BIP beitragen soll. Die beiden großen Parteien Spaniens haben sich kürzlich auf eine Schuldenbremse geeinigt und diese mit großer Mehrheit im Parlament verabschiedet.

Der Rat empfiehlt Spanien für den Zeitraum 2011 bis 2012:

- die Umsetzung der Haushaltsstrategie 2011/2012 und die Korrektur des übermäßigen Defizits 2013 auf allen Staatsebenen sicherzustellen; weitere Maßnahmen zu ergreifen, falls die Wirtschafts- und Budgetentwicklung schlechter als erwartet verläuft und umgekehrt jede Gelegenheit zum beschleunigten Defizitabbau zu nutzen; konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Budgetziele der Jahre 2013 und 2014 zu benennen und adäquaten Fortschritt zur Erreichung der Mittelfristziele sicherstellen; die Einführung einer Ausgabenregel auf allen Staatsebenen wie angekündigt.
- 2. die Annahme der vorgeschlagenen Rentenreform zur Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters und Steigerung der pensionswirksamen Arbeitsjahre.
- 3. eine eingehende Überprüfung der laufenden Restrukturierung im Finanzsektor, insbesondere bei den Sparkassen, mit dem Ziel, die Prüfung bis zum 30. September 2011 abzuschließen.
- 4. Spielräume zur Verbesserung der Effizienz des Steuersystems zu prüfen, z. B. durch Verlagerung der Besteuerung des Faktors Arbeit hin zu Konsumund Umweltsteuern, ohne vom Konsolidierungsplan abzuweichen.
- unter Einbeziehung der Sozialpartner die umfassende Reform zum Lohnfindungsverfahren und Lohnindexierungssystem weiter umzusetzen und dabei hinreichend Flexibilität auf Firmenebene zu gestatten,

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

- so dass die lokalen Arbeitsbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst werden können.
- 6. bis Ende 2011 eine Evaluierung der Arbeitsmarktreformen 2010 und 2011 und gegebenenfalls Vorlage weiterer Reformvorschläge zur Reduzierung der Arbeitsmarktsegmentierung und Jugendarbeitslosigkeit; eine genaue Überprüfung der im NRP angekündigten Maßnahmen zur Reduzierung der Schulabbrecherquote und Verbesserung des Zugangs zu Aus- und Fortbildung.
- 7. die weitere Öffnung der freien
 Berufe und Inkraftsetzung der
 geplanten Gesetze zur Anpassung
 des regulatorischen Rahmenwerks
 und Abschaffung bestehender
 Wettbewerbsbeschränkungen; die
 Umsetzung des "Gesetzes für Nachhaltige
 Wirtschaft", namentlich Maßnahmen, die
 das unternehmerische Umfeld verbessern
 und den Wettbewerb in den Produkt- und
 Dienstleistungsmärkten erhöhen; die
 Koordinierung zwischen regionalen und
 nationalen Verwaltungen zu verbessern,
 um Bürokratiekosten für Unternehmen zu
 senken.

Tschechische Republik

Die globale Finanzkrise hat sich erheblich auf das BIP-Wachstum und die Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Doch die rasche Erholung der wichtigsten Handelspartner der Tschechischen Republik führte zu einem erneuten, relativ raschen Anstieg des realen BIP-Wachstums. 2011 wird ein öffentliches Defizit von - 4,4% des BIP mit sinkender Tendenz erwartet. Die gesamtstaatliche Schuldenquote wird in diesem Jahr voraussichtlich bei 41,3% des BIP liegen.

Der Rat empfiehlt der Tschechischen Republik im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. die geplante Konsolidierung im Jahr 2011 durchzuführen und ausgleichende permanente Maßnahmen bei Einnahmeausfällen oder Ausgabenüberschreitungen zu ergreifen; das Konvergenzprogramm 2012 umzusetzen und die Budgetziele für 2013 mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen; Defizitverbesserungen von etwa 1% des BIP jahresdurchschnittlich zwischen 2010 und 2013 zu erreichen.
- die geplante Rentenreform umzusetzen, einschließlich der Entwicklung der privaten Vorsorge, Erhöhung des Renteneintrittsalters und Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer.
- 3. die Erwerbsbeteiligung durch Reduzierung der Barrieren für Eltern mit Kleinkindern und Ausbau flexibler Arbeitsregelungen zu erhöhen.
- 4. die Leistungsfähigkeit der Arbeitsverwaltung zu verbessern.
- die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und der Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, u. a. durch Umsetzung der Anti-Korruptionsstrategie.
- 6. ein transparentes System zur Qualitätsbewertung von Hochschulen zu schaffen.

Ungarn

Durch die Krise verlor Ungarn den Zugang zur Finanzierung über die Märkte. Daher setzte das Land ein Anpassungsprogramm um, dessen Schwerpunkt auf der Haushaltskonsolidierung und der Beaufsichtigung des Finanzsektors lag. Dabei wurde Ungarn durch eine Finanzhilfe der EU und des IWF unterstützt. Dennoch hat sich die Finanzlage deutlich verschlechtert, so dass die ungarische Regierung zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstumspotenzials im März 2011 ein strukturelles Reformprogramm

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

angekündigt und weitere, allerdings größtenteils einmalig wirkende Konsolidierungsmaßnahmen angenommen hat. Sowohl das gesamtstaatliche Defizit als auch die Schuldenquote halten 2010 die jeweiligen Referenzwerte des Maastricht-Vertrags nicht ein.

Der Rat empfiehlt Ungarn im Zeitraum 2011 bis 2012:

- 1. die fiskalischen Anstrengungen zur Reduzierung des Defizits zu verstärken und das Defizit bis 2012 auf unter 3 % zu senken sowie den hohen Schuldenstand zu reduzieren; die vollständige Umsetzung der angekündigten und gegebenenfalls Annahme zusätzlicher dauerhafter Maßnahmen spätestens im Haushalt 2012 sowie die Benennung von Maßnahmen zur Erreichung der Budgetziele 2013; den Abbau des strukturellen Defizits um mindestens 0,5 % des BIP jährlich, um das Mittelfristziel zu erreichen; Mehreinnahmen zur Konsolidierung zu verwenden.
- 2. die Verordnungen zur Festlegung der operativen Aspekte des neuen verfassungsrechtlichen Budgetrahmens zu verabschieden und umzusetzen, einschließlich numerischer Regeln, die auf der zentralen und lokalen Ebene umgesetzt werden, bis die Schuldenquote auf unter 50 % des BIP gefallen ist; die Stärkung der mehrjährigen Finanzplanung und Verbesserung der Transparenz der öffentlichen Finanzen; den Aufgabenbereich des Finanzrats auszuweiten.
- 3. die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen durch budgetneutrale Eindämmung der Effekte der Steuerreform auf Niedriglohnempfänger; die Erwerbsbeteiligung von Frauen durch vermehrte Bereitstellung von Kinder- und Vorschuleinrichtungen zu erhöhen.

- 4. die Kapazitäten der Arbeitsvermittlungsbehörden zu stärken sowie die Qualität, die Effektivität und den individuellen Service zu verbessern; maßgeschneiderte Programme für Geringqualifizierte und andere benachteiligte Gruppen aufzulegen.
- die Rahmenbedingungen für Unternehmen durch Deregulierung und Bürokratieabbau zu verbessern und die Effizienz bestehender KMU-Förderprogramme zu überprüfen.

Vereinigtes Königreich

Aufgrund seines bedeutenden, weltweit integrierten Finanzsektors und der starken Verschuldung der privaten Haushalte war das Vereinigte Königreich der internationalen Finanzkrise in besonderem Maße ausgesetzt. Ziel der Haushaltsstrategie ist nun die Rückführung des Defizits von 9,8 % des BIP im Haushaltsjahr 2010/2011 auf 1,7 % des BIP im Haushaltsjahr 2015/2016, was in erster Linie durch Ausgabenzurückhaltung erreicht werden soll. Die Schuldenquote dürfte bis zum Haushaltsjahr 2012 auf 87,9 % des BIP ansteigen und erst nach dem Haushaltsjahr 2013/2014 wieder langsam zurückgehen.

Der Rat empfiehlt dem Vereinigten Königreich im Zeitraum von 2011 bis 2012:

- die Konsolidierung mit dem Ziel eines Defizits von 6,2% des BIP in den Jahren 2012/2013 umzusetzen und anschließend den hohen Schuldenstand auf einen Abwärtstrend zu bringen; das ehrgeizige Ausgabensenkungsziel einzuhalten und so die langfristige Tragfähigkeit zu stärken; vorbehaltlich dieser Vorgaben den wachstumsfördernden Ausgaben Priorität einzuräumen.
- 2. ein Reformprogramm zu entwickeln, das die destabilisierende Wirkung des Hauspreiszyklus auf die öffentlichen

DIE UMSETZUNG DES ERSTEN EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Finanzen, den Finanzsektor und die Wirtschaft angeht, z.B. durch eine Reform des Hypothekenmarkts, die Regulierung des Finanzmarkts und steuerliche Maßnahmen.

- 3. durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass bis 2012 mehr Jugendliche beim Eintritt in den Arbeitsmarkt eine adäquate Qualifikation aufweisen sowie die Beschäftigungsfähigkeit der 18- bis 24 Jährigen ohne Schulabschluss zu steigern.
- 5. darauf hinzuwirken, dass
 Finanzierungsmöglichkeiten durch
 Banken und Nichtbanken für den
 Privatsektor, insbesondere KMU, besser
 verfügbar sind; den Wettbewerb im
 Bankensektor zu stärken und den Zugang
 zu Nichtbanken-Finanzierung, etwa
 Wagnis- und Risikokapital, zu verbessern.

Zypern

Nachdem die zyprische Wirtschaft nach der ersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 35 Jahren nunmehr wieder auf dem Weg der allmählichen Erholung war, wurde sie durch die Sprengstoff-Katastrophe am 11. Juli 2011 zurückgeworfen. Die ursprünglichen Prognosen für 2011 sind mit der Katastrophe hinfällig geworden. Durch im 1. Halbjahr 2011 überproportional expandierte Ausgaben und die dann eingetretene Katastrophe geht man aktuell von einem Haushaltsdefizit von - 9,1 % des BIP für dieses Jahr aus. Des Weiteren

rechnet man infolge der Katastrophe mit sinkenden Einnahmen und notwendigen Wiederaufbaukosten, was voraussichtlich zu einem Anstieg des öffentlichen Schuldenstands auf über 80 % des BIP in diesem Jahr führen wird.

Der Rat empfahl Zypern im Zeitraum 2011 bis 2012 (vor Eintritt der Sprengstoff-Katastrophe):

- Maßnahmen zu ergreifen, um eine Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2012 sicherzustellen und das strukturelle Defizit um mindestens ½% des BIP pro Jahr zu senken sowie günstigere Entwicklungen zu weiterer Konsolidierung zu nutzen.
- 2. die Bankenaufsicht zu stärken, um rechtzeitiges Erkennen von Risiken sicherzustellen.
- 3. die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen durch Reformen zur Ausgabenkontrolle in den Bereichen Rente und Gesundheit zu stärken.
- 4. das Lohnverhandlungs- und Lohnindexierungssystem zu reformieren.
- die Bildung entsprechend den Arbeitsmarktbedürfnissen sowie den Bildungszugang zu verbessern, insbesondere für Frauen, Geringqualifizierte und Ältere.
- 6. bis Oktober 2011 durch ein entsprechendes Gesetz Hindernisse bei der Bereitstellung von Dienstleistungen abzubauen.
- 7. Maßnahmen zur Steigerung des Wettbewerbs in Netzwerkindustrien zu ergreifen, u. a. durch marktbasierte Preise.

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2010

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2010

1	Betriebsprüfung	60
	Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe	
	Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte	
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Außenprüfung	64

- Die Außenprüfungen führten zu einem Mehrergebnis von 16,8 Mrd. €. 13 210 Prüfer waren im Einsatz und erzielten durchschnittlich ein Mehrergebnis von rund 1,3 Mio. € je Prüfer.
- Von den 8 571 515 in der Betriebskartei der Finanzämter erfassten Betrieben wurden 203 903 Betriebe geprüft; das entspricht einem Anteil von 2,4 %.

1 Betriebsprüfung

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern sowie die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer.

Die Betriebsprüfung (Außenprüfung) ist ein wichtiges Instrument der Finanzverwaltung zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs des Staates.
Rechtsgrundlage hierfür ist § 193 der Abgabenordnung (AO), wonach Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen zulässig sind, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten oder freiberuflich tätig sind (§ 193 Absatz 1 AO). Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann

zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Absatz 2 Nummer 2 AO).

Für Zwecke der Betriebsprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe (G),
- Mittelbetriebe (M),
- Kleinbetriebe (K) und
- Kleinstbetriebe (Kst)

eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung 2000 - BpO 2000), wobei die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht wird. Die im Jahr 2010 geltenden Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen sind aus Tabelle 1 ersichtlich. Die Einordnung in eine Größenklasse hat für den einzelnen Betrieb Auswirkungen auf die Häufigkeit der Außenprüfungen.

Ergebnisse der Steuerlichen Betriebsprüfung 2010

Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 20. Prüfungsturnus (1. Januar 2010)

BETRIEBSART ¹	BETRIEBSMERKMALE	Großbetriebe	Mittelbetriebe	Kleinbetriebe
	in€	(G)	(M)	(K)
Handelsbetriebe	Umsatzerlöse oder	6 900 000	840 000	160 000
(H)	steuerlicher Gewinn über	265 000	53 000	34 000
Fertigungsbetriebe	Umsatzerlöse oder	4 000 000	480 000	160 000
(F)	steuerlicher Gewinn über	235 000	53 000	34 000
Freie Berufe	Umsatzerlöse oder	4 300 000	790 000	160 000
(FB)	steuerlicher Gewinn über	540 000	123 000	34000
Andere Leistungsbetriebe	Umsatzerlöse oder	5 300 000	710 000	160 000
(AL)	steuerlicher Gewinn über	305 000	59 000	34000
Kreditinstitute	Aktivvermögen oder	128 000 000	33 000 000	10 000 000
(K)	steuerlicher Gewinn über	530 000	180 000	43 000
Versicherungsunternehmen	Jahresprämieneinnahmen			
Pensionskassen (V)	über	28 000 000	4 600 000	1 700 000
Unterstützungskassen (U)				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Wirtschaftswert der selbst- bewirtschafteten Fläche	210 000	100 000	44 000
(LuF)	oder steuerlicher Gewinn über	116 000	60 000	34000
sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale	Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb		
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.07.1992, IV A 5 - S 0361 - 19/92 (BStBI I S. 404)	alle		
bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände (BKÖ)	Summe der Einnahmen	über 6 000 000		
Fälle mit bedeutenden Einkünften	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nrn. 4-7 EStG	über 500 000		
(bE)	(keine Saldierung mit negativen Einkünften)			

¹ Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen. Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 20. August 2009 – IV A 4 – S 1450/08/10001–.

Ergebnisse der Steuerlichen Betriebsprüfung 2010

2 Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe

In der Betriebskartei der Finanzämter waren im Jahr 2010 insgesamt 8 571 515 Betriebe erfasst, von denen 203 903 Betriebe geprüft wurden (2,4%). Ferner waren dort 30 874 Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften (bE) beziehungsweise Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG) aufgeführt, von denen 3 251 Fälle geprüft wurden (Tabelle 2).

Weitere Außenprüfungen erfolgten bei sonstigen Steuerpflichtigen, die nicht den vorgenannten Fallgruppen zuzuordnen waren.

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen zum 1. Januar 2010

Größenklasse	gesamt	darunter geprüft		
Großeriklasse	Anzahl	Anzahl	Anteil	
Großbetriebe (G)	191 638	40 502	21,1%	
Mittelbetriebe (M)	799 135	55 315	6,9%	
Kleinbetriebe (K)	1 189 727	41 475	3,5%	
Kleinstbetriebe (Kst)	6 391 015	66 611	1,0%	
Summe	8 571 515	203 903	2,4%	
bedeutende Einkünfte (bE)	15 293	1 838	12,0%	
Verlust zuweis ungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	15 581	1 413	9,1%	

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2010

3 Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte

Während bei Großbetrieben der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum grundsätzlich anschließen soll (§ 4 Abs. 2 BpO 2000), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen, wird für die übrigen Betriebe lediglich gefordert, dass ein Prüfungszeitraum nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Abs. 3 BpO 2000). In der Praxis der Außenprüfung spiegeln sich diese Anforderungen im Prüfungsturnus wider, also dem Zeitraum, der durchschnittlich vergeht, bis ein Betrieb wieder einer Außenprüfung unterliegt. Der Prüfungsturnus differiert sehr stark für die einzelnen Größenklassen.

Rechnerisch wird ein Großbetrieb alle 4,73 Jahre geprüft, ein Kleinstbetrieb hingegen alle 95,95 Jahre. Im Durchschnitt aller Größenklassen liegen 42,04 Jahre zwischen den Außenprüfungen (Tabelle 3).

In Großbetrieben, bei denen im Jahr 2010 eine Außenprüfung abgeschlossen wurde, umfasste der Prüfungszeitraum durchschnittlich 3,3 Veranlagungsjahre, während er sich bei Kleinstbetrieben auf 2,9 Veranlagungsjahre belief (Tabelle 4).

Durch Kombination beider Größen lässt sich die Prüfungsdichte, also die Wahrscheinlichkeit, dass ein Veranlagungsjahr geprüft wird, ermitteln. Während bei Großbetrieben 70,5 % der Veranlagungsjahre geprüft werden, sind es bei Kleinstbetrieben lediglich 3,0 % (Tabelle 5).

Tabelle 3: Prüfungsturnus im Berichtszeitraum 1. Januar 2010 – 31. Dezember 2010

Größenklasse	G	M	K	Kst	G bis Kst
Prüfungsturnus in Jahren	4,73	14,45	28,69	95,95	42,04

Tabelle 4: Prüfungszeitraum im Berichtszeitraum 1. Januar 2010 – 31. Dezember 2010

Größenklasse	G	М	K	Kst
Prüfungszeitraum in Jahren	3,3	3	2,9	2,9

Tabelle 5: Prüfungsdichte im Berichtszeitraum 1. Januar 2010 – 31. Dezember 2010

Größenklasse	geprüft	nicht geprüft
Großbetriebe (G)	70,5%	29,5%
Mittelbetriebe (M)	20,7%	79,3%
Kleinbetriebe (K)	10,2%	89,8%
Kleinstbetriebe (Kst)	3,0%	97,0%

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2010

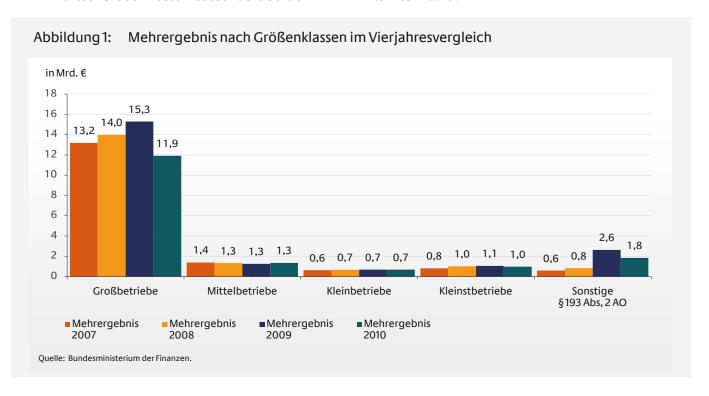
4 Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Außenprüfung

Im Jahr 2010 waren bundesweit 13 210 Prüfer in den Betriebsprüfungen der Länder im Einsatz. Sie erzielten ein Mehrergebnis von 16,8 Mrd. € (2009: 20,9 Mrd. €, 2008: 17,8 Mrd. €; 2007: 16,6 Mrd. €), dies sind durchschnittlich 1,3 Mio. € je Prüfer. Auf die Prüfung der Großbetriebe entfiel ein Mehrergebnis von 11,9 Mrd. €, dies sind im Durchschnitt circa 294 200 € je geprüftem Betrieb. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von 1,0 Mrd. € beziehungsweise circa 14 600 € je geprüftem Betrieb (vergleiche Abbildung 1).

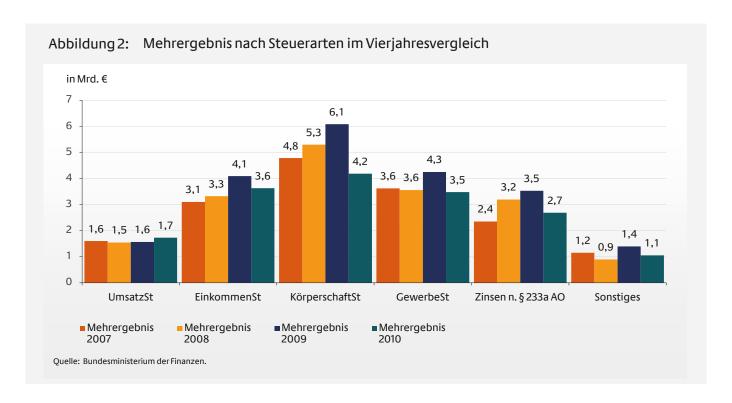
Bemerkenswert erscheint das geringere, auf die Großbetriebsprüfung entfallende Mehrergebnis von insgesamt 11,9 Mrd. € (-22,1% im Vergleich zu 2009). Rückgänge im Mehrergebnis nach Steuerarten waren in dieser Größenklasse insbesondere bei der

Körperschaftsteuer (-33,0 % beziehungsweise -1,9 Mrd. €) und der Gewerbesteuer (-21,5 % beziehungsweise 0,8 Mrd. €) zu verzeichnen, während sich das Mehrergebnis der Umsatzsteuer positiv entwickelte (+13,1% beziehungsweise 0,1 Mrd. €). Da die abgeschlossenen Großbetriebsprüfungen das Veranlagungsjahr 2007 als durchschnittlich letztes (jüngstes) Prüfungsjahr beinhalteten, besteht kein ursächlicher Zusammenhang mit der Finanzkrise der Jahre 2009 und 2010.

Neben den vorgenannten Steuerarten haben die Einkommensteuer und die Zinsen nach § 233a AO einen wesentlichen Anteil am Mehrergebnis (Abbildung 2). Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.



Ergebnisse der Steuerlichen Betriebsprüfung 2010



Mit der Unternehmensteuerreform 2008 wurde unter anderem bei der Körperschaftsteuer der anzuwendende Steuersatz von 25 % auf 15 % abgesenkt. Vor diesem Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich das Mehrergebnis analog zum gesunkenen Körperschaftsteueraufkommen in den kommenden Jahren rückläufig entwickeln wird.

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern

Pilotprojekt des BMF und der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen

1	Einleitung	66
2	System bilateraler Zielvereinbarungen im Regelungszusammenhang von § 21a FVG	67
3	Entwicklung des Verwaltungscontrollings in der Steuerverwaltung	69
4	Pilotprojekt für die Vereinbarungsjahre 2011 bis 2013	69
4.1	Zielsetzung	
	Projektablauf	
	Koordinierungsgremium	
	Rahmenkonzept	
	Rahmenkatalog	
	Zielvereinbarungsprozess	
	Wichtiger Meilenstein: Abschluss der ersten Zielvereinbarungen	
	Fazit und Ausblick	

- Die Finanzverfassung erfordert enge Kooperation auf dem Gebiet des Steuervollzugs zwischen Bund und Ländern. § 21a Finanzverwaltungsgesetz bestimmt Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern als Planungs- und Steuerungsinstrument im Rahmen eines Bund-Länder-Verwaltungscontrollings.
- Ein gemeinsames Pilotprojekt von BMF und fünf Ländern zum Aufbau eines
 Zielvereinbarungssystems bis Ende 2013 wurde initiiert.
- Eine erste Zielvereinbarung für 2011 zwischen dem BMF und den Ländern Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen wurde abgeschlossen.

1 Einleitung

Die Verbesserung des Steuervollzugs wird in der Öffentlichkeit verbreitet eingefordert und sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene seit langem intensiv diskutiert. Wesentliche Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses sind letztlich in die Gesetzgebung zu den sogenannten Föderalismusreformen eingeflossen. Dabei war ausschlaggebend, dass die Finanzverfassung zwar keine Gesamtsteuerung der Steuerverwaltung auf Bundesebene vorgibt. Die spezifische

Verteilung der Steuerkompetenzen, die Geltung der Steuergesetze im gesamten Bundesgebiet, das Gebot der gleichmäßigen Steuererhebung, das Prinzip der Auftragsverwaltung im Bereich des Vollzugs der Gemeinschaftssteuern sowie die daraus abgeleiteten Eingriffsrechte des Bundes legen aber eine enge Kooperation zwischen Bund und Ländern sowie der Länder untereinander nahe. Demzufolge verständigten sich Bund und Länder bereits im Jahr 2007 im Rahmen der Föderalismusreform I auf eine grundsätzliche Neuregelung ihrer Zusammenarbeit durch Einführung des

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

§ 21a Finanzverwaltungsgesetz (FVG). Zielvereinbarungen zwischen Bund und Ländern wurden dadurch erstmals als Steuerungsinstrument in der föderal ausgerichteten Steuerverwaltung verankert. Auf dieser rechtlichen Grundlage wurde für die Jahre 2008 und 2009 zwischen dem BMF und den obersten Finanzbehörden der Länder eine Vereinbarung über gemeinsame Vollzugsziele getroffen, die u. a. Aussagen zum Ausbau der elektronischen Kommunikation im Besteuerungsverfahren sowie zum Einsatz ITgestützter Risikomanagementsysteme enthält und das BMF maßgeblich dazu veranlasst hat, das parlamentarische Verfahren für das am 20. Dezember 2008 verabschiedete Steuerbürokratieabbaugesetz zu initiieren.

Die Diskussion um die richtige Methode war damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Denn mittels bundesweiter, für alle Länder gleichermaßen geltender Vereinbarungen konnten insbesondere länderspezifische Besonderheiten beim Steuervollzug nicht angemessen berücksichtigt werden. Im Jahr 2009 wurde § 21a FVG deshalb im Rahmen der Föderalismusreform II überarbeitet und als verpflichtendes Planungs- und Steuerungsinstrument ein System kennzahlenorientierter, zwischen Bund und Ländern bilateral festzulegender Zielvereinbarungen vorgegeben. Die modifizierte Regelung ermöglicht die Offenlegung der Interessen von Bund und Ländern auf der Grundlage verbindlicher Vereinbarungen. Insbesondere können zwischen Bund und Ländern nunmehr individuelle Ziele vereinbart werden, die dem Zielkonflikt zwischen den fachlichen Anforderungen und den begrenzten materiellen (insbesondere personellen) Ressourcen für den Steuervollzug aus der Perspektive der einzelnen Länder Rechnung tragen. Ergänzend sind ein gemeinsam abgestimmtes Kennzahlensystem sowie ein Berichtswesen zur regelmäßigen Zielüberprüfung als Instrumente eines Bund-Länder-Verwaltungscontrollings im Bereich der Steuerverwaltung gesetzlich festgeschrieben worden.

Zur Umsetzung dieses sowohl neuen als auch komplexen Verfahrens wird seit Oktober 2009 der Gesamtprozess auf Initiative des BMF stufenweise unter Mitwirkung mehrerer Länder pilotiert. Ziel des Pilotprojekts ist es, bis Ende 2013 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein funktionierender Regelkreis eines Verwaltungscontrollings auf Bund-Länder-Ebene etabliert und ab 2014 mit allen Landessteuerverwaltungen bilaterale Zielvereinbarungen abgeschlossen werden können.

2 System bilateraler Zielvereinbarungen im Regelungszusammenhang von § 21a FVG

§ 21a FVG enthält die grundsätzliche Vorstellung, durch Zusammenwirken des BMF und der obersten Finanzbehörden der Länder im Interesse gleichmäßiger Besteuerung den Vollzug der Steuergesetze zu verbessern und zu erleichtern.¹

Das BMF bestimmt gemäß § 21a Absatz 1 FVG mit Zustimmung der obersten Finanzbehörden der Länder einheitliche Verwaltungsgrundsätze, durch die die grundlegenden Anforderungen an das Verwaltungshandeln festgelegt werden. Damit formulieren sie gleichzeitig übergeordnete strategische Ziele, die für die gesamte Steuerverwaltung gelten sollen. Sie werden zusätzlich durch die gemäß § 21a Absatz 2 FVG bilateral zwischen dem Bund und den einzelnen Ländern zu vereinbarenden Vollzugsziele konkretisiert und operationalisiert.

¹ Vergleiche Begründung zum Gesetzesentwurf zu Artikel 6 Nr. 4 (§ 21a), BT-Drucksache 16-12400, Seite 27. Nach dem Gesetzestext lautet der Gesetzesauftrag: "Zur Verbesserung und Erleichterung des Vollzugs von Steuergesetzen und im Interesse des Zieles der Gleichmäßigkeit der Besteuerung..."

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Schließlich können gemäß § 21a Absatz 1 FVG Regelungen zur Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern bestimmt und allgemeine fachliche Weisungen erteilt werden. Sie werden im Folgenden nicht näher betrachtet.

Formelle Festlegungen einheitlicher Verwaltungsgrundsätze nach § 21a Absatz 1 FVG sind bisher zwischen dem Bund und den Ländern noch nicht getroffen worden. Allerdings haben Bund und Länder bereits im Jahr 2000 für die Steuerverwaltung in einem Strategiepapier² strategische Leitlinien für ein gemeinsames, gleichgerichtetes Handeln mit dem Ziel erarbeitet, den vollständigen, zeitgerechten und gleichmäßigen Gesetzesvollzug im Bundesgebiet sicherzustellen. Diese Leitlinien prägen bisher die Vollzugspraxis der Steuerverwaltung in den einzelnen Ländern, die sich an einer sogenannten strategischen Balanced Scorecard mit den Zieldimensionen

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen einheitlichen Verwaltungsgrundsätzen, bilateralen Vollzugszielen und Leistungskennzahlen Zur Verbesserung und Erleichterung des Vollzugs und im Interesse der Gleichmäßigkeit der Besteuerung bestimmt das BMF mit Zustimmung der Länder (§ 21a Abs. 1 FVG) Einheitliche Allgemeine fachliche Regelungen zur Zusammenarbeit zw. Verwaltungsgrundsätze Weisungen Bund und Land Strategische Ziele der Steuerverwaltung Vereinbarung bilateraler Vollzugsziele § 21a Abs. 21. HS FVG Rahmenkatalog maßgebender Leistungskennzahlen § 21a Abs. 22, HS FVG Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

¹ Thesenpapier zur Steigerung der Effizienz und der Effektivität der Steuerverwaltung

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Auftragserfüllung (für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags), Wirtschaftlichkeit (für den wirtschaftlichen Ressourceneinsatz) sowie der Bürger- und Mitarbeiterorientierung ausrichtet. Sie betreffen die wesentlichen Aufgaben der Finanzämter in den Bereichen Steuerfestsetzung (Bearbeitung der Steuererklärungen), Steuererhebung und Außenprüfung.

Aus strategischen Zielen leiten sich die konkreten, gemäß § 21a Absatz 2, 1. HS FVG bilateral zu vereinbarenden Vollzugsziele ab. Der Operationalisierung der Vollzugsziele und schließlich der Bewertung der Zielerreichung dienen Leistungskennzahlen, die auf der Grundlage des gemäß § 21a Absatz 2, 2. HS FVG festgelegten Rahmenkatalogs für den Bund und die Länder einheitlich definiert werden sollen.

3 Entwicklung des Verwaltungscontrollings in der Steuerverwaltung

Verwaltungscontrolling hat bereits seit geraumer Zeit in der Steuerverwaltung einen festen Stellenwert. Die Ausgestaltung obliegt den einzelnen Ländern. Darüber hinaus kooperieren die Länder bundesweit u. a.:

- Im Projekt "Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern", das 1998 von der Bertelsmann Stiftung initiiert wurde und gegenwärtig von sechs Ländern als Gemeinschaftsprojekt weitergeführt wird,
- Im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen", eines bundesweit agierenden Gremiums zum Vergleich und zur Analyse von wichtigen Kennzahlen des Steuervollzugs.

Allen länderübergreifenden und – spezifischen Ansätzen gemeinsam ist, dass diese auf gleiche oder sehr ähnliche Perspektiven der Auftragserfüllung, der Wirtschaftlichkeit sowie der Bürger- und Mitarbeiterorientierung ausgerichtet sind.
Inzwischen werden in fast allen Ländern
die drei auch in § 21a FVG bestimmten
Instrumente des Verwaltungscontrollings –
Zielvereinbarungen, Kennzahlensystem
und Berichtswesen – erfolgreich eingesetzt.
Unterschiede bestehen jedoch insbesondere
hinsichtlich der verwendeten Kennzahlen
sowie organisatorischer und zeitlicher
Verfahrensabläufe und technischer Umsetzung.

4 Pilotprojekt für die Vereinbarungsjahre 2011 bis 2013

Auf Initiative des BMF wird seit Oktober 2009 das neue Zielvereinbarungssystem nach § 21a Absatz 2 FVG in Zusammenarbeit mit den Ländern Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen und zudem seit 2011 mit den Ländern Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern pilotiert. Die Pilotierung wird in drei Phasen umgesetzt. Ziel ist, bis Ende 2013 beziehungsweise ab dem Vereinbarungsjahr 2014 das System formal und inhaltlich so weit auszubauen, dass mit allen Ländern regelmäßig bilaterale Vereinbarungen von Vollzugszielen in der Steuerverwaltung abgeschlossen werden können.

4.1 Zielsetzung

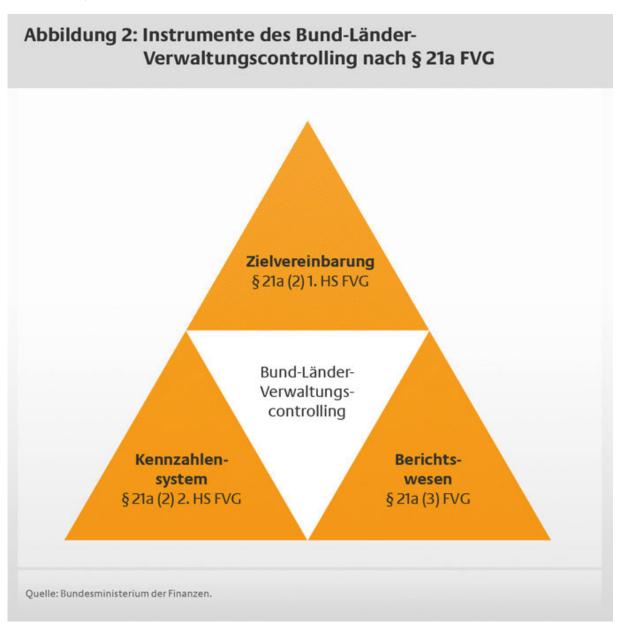
Zur Steigerung der Effektivität und Effizienz des Steuervollzugs in den einzelnen Ländern und damit letztlich im gesamten Bundesgebiet ist ein auf die besondere Situation des föderalen Steuervollzugs ausgerichtetes System der leistungs- und wirkungsorientierten Steuerung aufzubauen. Vorhandene länderübergreifende Aktivitäten wie z.B. der Ländervergleich im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Kernkennzahlen sowie die ländereigenen Steuerungssysteme sollen aufgegriffen und gegebenenfalls zielorientiert ergänzt werden. Soweit erforderlich, sind auf Ebene der einzelnen Länder die Instrumente des Verwaltungscontrollings einzuführen oder weiterzuentwickeln.

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Folgende in § 21a FVG normativ verankerten Instrumente sind als Grundlage für ein modernes Bund-Länder-Verwaltungscontrolling für den Steuervollzug aufzubauen (Abbildung 2).

Zentrales Instrument gemäß § 21a Absatz 2 Satz 1, 1. Halbsatz FVG ist die Zielvereinbarung (Kontraktmanagement). Danach "vereinbaren die obersten Finanzbehörden jedes Landes mit dem Bundesministerium der Finanzen bilaterale Vollzugsziele". Die Vereinbarungen sind für die Vertragsparteien verbindlich (§ 21a Absatz 4 FVG). Ein weiteres Instrument in Form eines Kennzahlensystems kommt im 2. Halbsatz des § 21a Absatz 2 Satz 1 FVG zum Ausdruck: Grundlage der bilateralen Vereinbarungen ist ein von Bund und Ländern "gemeinsam bestimmter Rahmenkatalog maßgebender Leistungskennzahlen".

Als drittes Instrument ist nach § 21 a Absatz 3 FVG ein Berichtswesen aufzubauen, damit die "obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder regelmäßig die Erfüllung der vereinbarten Vollzugsziele überprüfen" können. Die hierzu erforderlichen Daten sind



ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

von den obersten Finanzbehörden der Länder an das BMF zu übermitteln.

4.2 Projektablauf

Der Projektablauf orientiert sich an den genannten Zielsetzungen unter Berücksichtigung der etablierten Verwaltungscontrollingsysteme in den Pilotländern und wird in drei Phasen umgesetzt. In der bereits begonnenen Phase I wird das Verfahren gemeinsam mit den Ländern Bayern (BY), Hamburg (HH) und Nordrhein-Westfalen (NW) für das Vereinbarungsjahr 2011 erprobt. Für die daran anschließende Phase II wurden zusätzlich die Länder Baden-Württemberg (BW) und Mecklenburg-Vorpommern (MV) zwecks Erprobung für das Vereinbarungsjahr 2012 aufgenommen. Die Phase III, zur weiteren Erprobung für das Vereinbarungsjahr 2013, wird nach den derzeitigen Vorstellungen um weitere, jedoch noch nicht bestimmte Länder erweitert. Mehrere Länder haben bereits Interesse signalisiert. Die Projektergebnisse werden fortlaufend evaluiert.



ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

4.3 Koordinierungsgremium

Die Zielvereinbarungen zwischen dem BMF und den Finanzbehörden der Pilotländer werden bilateral abgeschlossen. Für die Dauer der Pilotierung wurde darüber hinaus ein Koordinierungsgremium eingerichtet. Dieses setzt sich aus Vertretern des BMF und der beteiligten Pilotländer zusammen. Aufgabe des Koordinierungsgremiums ist die Festlegung der grundsätzlichen Strukturen, des Verfahrens und der Abläufe der Pilotierung sowie die Begleitung und die Evaluation der Pilotierung. Beschlüsse und Absprachen trifft das Koordinierungsgremium einvernehmlich.

4.4 Rahmenkonzept

Ein vom BMF erarbeitetes und mit den bisher beteiligten Ländern abgestimmtes Rahmenkonzept stellt das maßgebende Arbeitsdokument für die Pilotierung dar. Das Rahmenkonzept soll nach Abschluss der Pilotierung föderal mit allen Ländern abgestimmt und als BMF-Schreiben herausgegeben werden.

Das Rahmenkonzept beschreibt die Rahmenbedingungen und die Zielsetzung des Zielvereinbarungssystems, definiert die Befugnisse beziehungsweise Rollen der Verhandlungspartner und konkretisiert die in § 21a FVG verankerten Instrumente Zielvereinbarungen (Kontraktmanagement), Kennzahlensystem und Berichtswesen. Es hat zugleich die Funktion "Allgemeiner Vertragsbedingungen" und entlastet somit den eigentlichen Zielvereinbarungsprozess.

4.5 Rahmenkatalog

Für die Umsetzung der Vereinbarungen nach § 21a Absatz 2 FVG ist vom BMF mit Zustimmung der obersten Finanzbehörden der Länder ein Rahmenkatalog maßgebender Leistungskennzahlen zu bestimmen (§ 21a Absatz 2 Satz 1, 2. Halbsatz FVG). Während der Dauer der Pilotphase obliegt die Abstimmung des Rahmenkatalogs dem Koordinierungsgremium (vergleiche Kapitel 4.3).

Eine Leistungskennzahl im Sinne des § 21a Absatz 2 FVG ist eine Messgröße, die die Zielerreichung für ein Vollzugsziel definiert (Zielkennzahl) beziehungsweise dessen Analyse (Analysekennzahl) ermöglicht. Leistungskennzahlen werden für steuerungsrelevante Geschäftsprozesse der Steuerverwaltung oder strategische Aufgaben der Steuerungsebene gebildet. Die Kennzahlen werden gemäß der Idee eines Baukastensystems angeordnet. Ausgehend von einem Katalog ebenfalls föderal (in der Pilotphase durch das Koordinierungsgremium) definierter Vollzugsziele für die anzusprechenden Aufgaben der Finanzämter wird über die Zielkennzahlen bis hin zu den Analysekennzahlen ein jeweils vermuteter oder tatsächlicher Wirkungszusammenhang abgebildet, so dass sich ein inhaltlich konsistentes Set an Kennzahlen ergibt. Das Baukastensystem dient einerseits als "Kennzahlenvorrat" der für die jeweilige bilaterale Vereinbarung wählbaren Vollzugsziele und Kennzahlen und andererseits zur Prüfung der inhaltlichen Durchgängigkeit der Vollzugsziele und ihrer Interdependenzen.

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Abbildung 4: Baukastensystem (exemplarische schematische Darstellung) Strategisches Ziel Vollzugsziel Zielkennzahl Analysekennzahl Periodengerechte Veranlagung Sicherstellung einer angemessenen Erledigungsquote Erledigungsquote Eingang

Zeitnahe Sicherstellung Festsetzung angemessene Durchlaufzeit

Sicherstellung einer Durchlaufzeit angemessenen

Erklärungseingangsquote

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4.6 Zielvereinbarungsprozess

Der Vereinbarungsprozess verläuft im Gegenstromverfahren. Das bedeutet, dass das BMF zunächst seine Zielvorstellungen als Vorschlag formuliert. Damit ist gleichzeitig der Orientierungsrahmen für die weiteren Verhandlungen abgesteckt. Auf diese Weise wird auf Landesebene auch eine Verzahnung mit den landesinternen Zielvereinbarungsprozessen ermöglicht. Die Zielvorstellungen des BMF umfassen die Auswahl der für das jeweilige Land geeignet erscheinenden Vollzugsziele, diesen zugeordneten Kennzahlen aus dem Rahmenkatalog und dem Vorschlag

entsprechender (länderspezifischer) Zielwerte, also z.B. einer aus Sicht des BMF anzustrebenden Erledigungsquote beziehungsweise Durchlaufzeit für die Bearbeitung der Steuererklärungen eines Veranlagungszeitraums oder bestimmter Leistungen der Prüfungsdienste.

Anschließend werden diese Zielvorstellungen durch die obersten Finanzbehörden der Länder vorläufig auf Umsetzbarkeit geprüft und gegebenenfalls bereits in diesem Stadium im Verhandlungswege modifiziert (= 1. Verhandlungsrunde). Die obersten Finanzbehörden der Länder führen dazu bilaterale Gespräche mit dem BMF.

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Die zwischen dem BMF und der obersten Finanzbehörde des Landes in dieser Phase abgestimmten Zielvorstellungen sind seitens des BMF auch für die 2. Verhandlungsrunde bindend.

Die obersten Finanzbehörden der Länder starten in eigener Zuständigkeit ihrerseits den landesinternen Zielvereinbarungsprozess mit den jeweils nachgeordneten Dienststellen (Mittelbehörden, Finanzämter) unter Berücksichtigung der mittlerweile bekannten und gegebenenfalls durch Einwände der Länder im Rahmen der 1. Verhandlungsrunde modifizierten Zielvorstellungen des Bundes.

Mit den aus den landesinternen Zielvereinbarungsprozessen resultierenden Ergebnissen werden die Länder in die Lage versetzt, die auf Bundesebene vorgeschlagenen Ziele durch eigene Vorschläge zu ersetzen oder zu konkretisieren. Hierzu dient die 2. Verhandlungsrunde zwischen dem BMF und den obersten Finanzbehörden der Länder, in der auch nochmals landesspezifische Gegebenheiten und personelle Ressourcen berücksichtigt werden können. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden jeweils in einem Kontrakt festgeschrieben (§ 21a Absatz 2 FVG) und sind für die Verhandlungspartner verbindlich (§ 21a Absatz 4 FVG). Der zeitliche Ablauf, der für die bereits laufenden Pilotierungsphasen verabredet wurde, ist aus Abbildung 5 ersichtlich.

Auf der Grundlage von Standardberichten wird die Zielerreichung dokumentiert. Derzeit geplant ist ein halbjährlicher Zwischenbericht sowie ein sogenannter Endbericht. Die Ergebnisse führen – bedarfsabhängig – zu Konsultationen der Vertragspartner beziehungsweise bilden die Grundlage für den folgenden Vereinbarungszyklus.

Zielvereinbarungen zum Steuervollzug zwischen Bund und Ländern

Abbildung 5: Vereinbarungszyklus

September	Sep-Nov	Sep-Nov	Dezember	Jan/Feb
BMF	BMF			BMF
Zielvorstellungen	bilaterale Gespräche			Vereinbarung § 21a (2) FVG
Oberste Finanzbehörde des Landes ¹				
		Zielvorstellungen	Zielvorschläge	
		Mittelbehörde ¹	Mittelbehörde ¹	
		Zielvorstellungen	Zielvorschläge	
		Finanzamt	Finanzamt	
		Kapazitäten Ressourcen		
	1. Verhandlungsrunde			2. Verhandlungsrunde
		00000000		
Bund-Lände	er-Prozess	Landesintern	er Prozess	
m Modell wurde auf	Darstellung abweichen	der Länderstrukturen u	und - abläufe verzichtet	
uelle: Bundesministeri	um der Finanzen.			

ZIELVEREINBARUNGEN ZUM STEUERVOLLZUG ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

5 Wichtiger Meilenstein: Abschluss der ersten Zielvereinbarungen

Ein wesentlicher Meilenstein der Pilotierung wurde mit dem Abschluss der Kontrakte über die Vollzugsziele für 2011 zwischen dem BMF und den obersten Finanzbehörden der Länder Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen erreicht. Dem vorausgegangen war ein mehrmonatiger Zielvereinbarungsprozess, in dessen Verlauf die Vollzugsziele mit den konkreten Zielwerten mit jedem Land einzeln abgestimmt wurden. Gegenstand der Vereinbarungen sind zudem, wenn auch bisher nur ansatzweise, bestimmte Leistungen des BMF zur Unterstützung der Steuerverwaltung der Länder. Dazu zählt z.B. die Begleitung von Maßnahmen zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens und zur elektronischen Kommunikation zwischen Bürgern, Unternehmen und Steuerverwaltung, mit denen auch erreicht werden soll, dass die für die Steuerfestsetzung erforderlichen Daten ohne Medienbruch dem Finanzamt möglichst zeitnah vorliegen.

6 Fazit und Ausblick

Die Pilotierung verläuft bisher erfolgreich. Die Zusammenarbeit zwischen dem BMF und den Pilotländern ist durchweg konstruktiv. Hervorzuheben ist, dass es bereits in der 1. Phase der Pilotierung gelungen ist, den Rahmen für den Zielvereinbarungsprozess organisatorisch und in Grundzügen auch inhaltlich abzustecken und einen ersten Zyklus in Gang zu setzen. Gleichwohl zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass die Entscheidung für eine mehrjährige, stufenweise Pilotierung zur Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarungen nach § 21a Absatz 2 FVG richtig war. Denn vor einem "Rollout" auf alle Länder sind noch erhebliche Anstrengungen zum Ausbau beziehungsweise zur Pflege des Rahmenkatalogs der Vollzugsziele und der hierfür notwendigen und einheitlich zu definierenden Leistungskennzahlen erforderlich. Es ist bereits erkennbar, dass es sich hierbei um eine über die Pilotphase hinausreichende Daueraufgabe handeln wird. Überdies sind Wechselwirkungen infolge der Verzahnung mit den länderspezifischen Controllingsystemen zu erwarten und – im Sinne eines kontinuierlichen Optimierungsprozesses – auch erwünscht.

Erst nach einem mehrjährigen Einsatz mit allen Ländern wird sich die Effektivität des neuen Systems fundiert beurteilen lassen.

HAUSHALTSSITUATION DES BUNDES UND DER LÄNDER

Haushaltssituation des Bundes und der Länder

1	Einleitung	77
2	Indikatoren zur Beurteilung der Haushaltssituation von Bund und Ländern	
2.1	Vorbemerkungen	78
2.2	Finanzierungssaldo	78
2.3	Kreditfinanzierungsquote	79
2.4	Schuldenstand	79
2.5	Zins-Steuer-Quote	79
2.6	Zwischenfazit	80
3	Finanzielle Zugeständnisse des Bundes an die Länder und Gemeinden	81
3.1	Steuervereinfachungsgesetz	81
3.2	Erstattung der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	81
3.3	Kindergelderhöhung 2010	81
3.4	Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige	81
3.5	Exzellenzinitiative und Hochschulpakt 2020	82
	Schlussfolgerung	

- Wichtige Indikatoren zur Beurteilung der öffentlichen Haushalte zeigen, dass sich der Bund in einer schwierigeren Haushaltssituation als die Länder befindet. Der Bund weist im Vergleich zur Ländergesamtheit seit Jahren höhere Finanzierungsdefizite auf und hat größere Lasten aus der Verschuldung der Vergangenheit zu tragen.
- Trotz seiner schlechteren Haushaltssituation hat der Bund vielfach wichtige finanzielle Zugeständnisse gegenüber den Ländern und Gemeinden gemacht und damit deren Haushalte in bedeutendem Umfang entlastet.
- Die notwendige gesamtstaatliche Konsolidierung kann keinesfalls vom Bund allein erbracht werden. Es handelt sich vielmehr um eine Aufgabe in der gemeinsamen Verantwortung aller staatlichen Ebenen.

1 Einleitung

Im föderalen Bundesstaat wird die Frage der gerechten Lastenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen regelmäßig kontrovers diskutiert. Insbesondere der Bund sieht sich dabei immer wieder Forderungen nach finanzieller Unterstützung der anderen staatlichen Ebenen gegenüber.

Als Argument wird dabei häufig vorgebracht, dass der Bund über einen größeren Gestaltungsspielraum auf der Einnahmenseite als die Länder verfüge, da ihm gemäß Artikel 105 GG die Gesetzgebungskompetenz in steuerlichen Fragen zukomme. Zudem wird betont, dass die Länder nach der Schuldenbremse des Grundgesetzes ab 2020 eine strukturelle Neuverschuldung von null einhalten müssten, während dem Bund ab 2016 eine jährliche strukturelle Neuverschuldung in Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zugebilligt worden sei.

Diese Argumente lassen jedoch die tatsächliche Haushaltssituation des Bundes und der Länder unberücksichtigt. In Abschnitt 2 werden daher einzelne Indikatoren zum Vergleich der Haushaltssituation von Bund und Ländern betrachtet. In Abschnitt 3 wird beispielhaft dargestellt, dass der Bund trotz seiner eigenen

HAUSHALTSSITUATION DES BUNDES UND DER LÄNDER

angespannten Haushaltslage den Ländern und Gemeinden finanziell in bedeutendem Umfang entgegengekommen ist.

2 Indikatoren zur Beurteilung der Haushaltssituation von Bund und Ländern

2.1 Vorbemerkungen

Im Folgenden werden vier zentrale Indikatoren zum Vergleich der Haushaltssituation des Bundes und der Ländergesamtheit dargestellt: der Finanzierungssaldo, die Kreditfinanzierungsquote, der Schuldenstand und die Zins-Steuer-Quote.

Berücksichtigt werden jeweils nur die Kernhaushalte, d. h. Extrahaushalte – wie beispielsweise auf Bundesseite der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) und der Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) sowie auf Länderseite Pensionsfonds, Versorgungsrücklagen oder ausgegliederte Hochschulen – werden nicht einbezogen. Damit unterscheiden sich die hier dargestellten

Indikatoren von den Kennziffern im Stabilitätsrat, die trotz der identischen Bezeichnung auf einer anderen Abgrenzung basieren, bei der u.a. Pensionsfonds und Versorgungsrücklagen in Einnahmen und Ausgaben mit dem Kernhaushalt konsolidiert werden. Die Kennziffern im Stabilitätsrat dienen dem Ziel, drohende Haushaltsnotlagen einzelner Gebietskörperschaften zu identifizieren und sind für vertikale Vergleiche nicht geeignet. In den folgenden Abschnitten wird im Unterschied dazu die Haushaltssituation einzelner Länder nicht thematisiert, sondern der Fokus auf den Vergleich zwischen Bundes- und aggregierter Landesebene gerichtet. Die Gemeindeebene wird hier nicht in die Betrachtung einbezogen.

2.2 Finanzierungssaldo

Wie Abbildung 1 zeigt, hat der Bund in den vergangenen Jahren regelmäßig mit einem schlechteren Finanzierungssaldo als die Ländergesamtheit abgeschlossen. Während die Ländergesamtheit 2007 sogar einen Finanzierungsüberschuss von 7,2 Mrd. € und 2008 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt erzielte, wies der Bund durchgehend



HAUSHALTSSITUATION DES BUNDES UND DER LÄNDER

Defizite auf. Im Jahr 2010 stand dem Defizit des Bundes von - 44,3 Mrd. € ein Defizit der Ländergesamtheit von - 20,8 Mrd. € gegenüber.

2.3 Kreditfinanzierungsquote

Die Kreditfinanzierungsquote gibt an, welcher Anteil der Gesamtausgaben durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert wird. Abbildung 2 zeigt, dass der Bund in den vergangenen Jahren regelmäßig eine höhere Kreditfinanzierungsquote als die Ländergesamtheit aufwies. Der Bund musste dabei in konjunkturell schlechten Jahren Quoten von über 10 % in Kauf nehmen, während die Ländergesamtheit diese Schwelle in keinem Jahr überschritt. In den Aufschwungjahren 2007 und 2008 verringerte sich der Anteil der neuen Kredite an den Ausgaben der Ländergesamtheit sogar auf 1,4%. Im Jahr 2010 erhöhte sich die Kreditfinanzierungsquote des Bundes infolge der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf 14,5%. Sie war damit doppelt so hoch wie die Kreditfinanzierungsquote der Ländergesamtheit mit 7,2%.

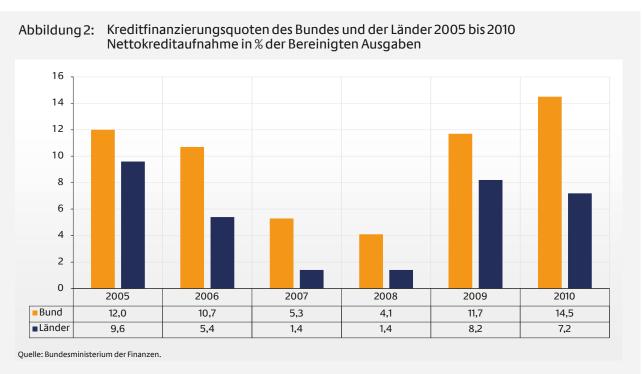
2.4 Schuldenstand

Die bisher angesammelten Schulden des Bundes (nur Kernhaushalt) beliefen sich in der Abgrenzung der Schuldenstatistik zum Ende des Jahres 2010 auf 1 023 Mrd. € und sind damit fast doppelt so hoch wie die Schulden der Ländergesamtheit mit 524 Mrd. € (vergleiche Abbildung 3).

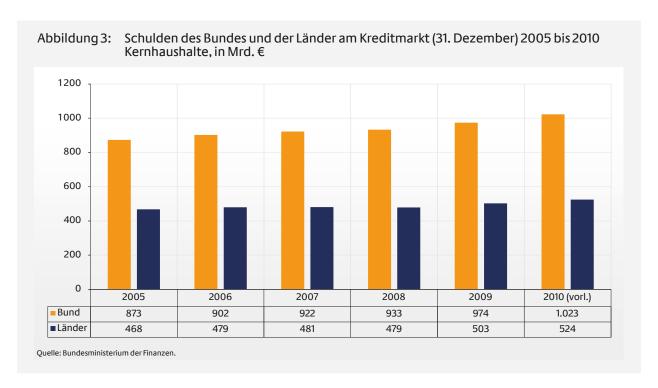
Betrachtet man die Bruttobelastungen aus der Finanzmarktkrise, ergaben sich bis Ende 2010 für den Bund zusätzliche Brutto-Schulden von circa 250 Mrd. € (einschließlich der Abwicklungsanstalt der Hypo Real Estate, FMS Wertmanagement). Die Länder müssen dagegen durch die Finanzmarktkrise bedingte zusätzliche Brutto-Schulden von nur circa 80 Mrd. € tragen (einschließlich der Abwicklungsanstalt der West LB, Erste Abwicklungsanstalt).

2.5 Zins-Steuer-Quote

Die Zins-Steuer-Quote misst den Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen und ist damit ein Indikator für die Belastung des laufenden Haushalts durch die Folgen der



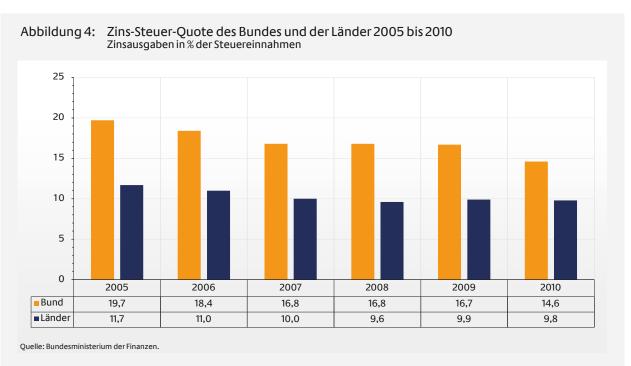
HAUSHALTSSITUATION DES BUNDES UND DER LÄNDER



Verschuldung früherer Jahre. Entsprechend dem Schuldenstand wies der Bund in den vergangenen Jahren eine deutlich höhere Zins-Steuer-Quote als die Ländergesamtheit auf (vergleiche Abbildung 4). Trotz sinkender Tendenz infolge des niedrigen Zinsniveaus der vergangenen Jahre lag die Zins-Steuer-Quote des Bundes 2010 mit 14,6 % um fast die Hälfte über dem Wert der Ländergesamtheit mit 9,8 %.

2.6 Zwischenfazit

Alle vier Indikatoren weisen darauf hin, dass sich der Bund in einer deutlich schlechteren Haushaltssituation als die Ländergesamtheit befindet. Der Bund hat im Vergleich zu den Ländern sowohl jährlich höhere Finanzierungsdefizite als auch größere Belastungen durch die Verschuldung aus



HAUSHALTSSITUATION DES BUNDES UND DER LÄNDER

der Vergangenheit zu tragen. Dies gilt unabhängig von der durchaus schwierigen Haushaltssituation einzelner Länder, die hier nicht im Einzelnen betrachtet wird. Würde zusätzlich noch die Gemeindeebene einbezogen werden, ergäben sich noch größere Ungleichgewichte zu Lasten des Bundes.

3 Finanzielle Zugeständnisse des Bundes an die Länder und Gemeinden

Trotz seiner schwierigeren Haushaltssituation ist der Bund den Ländern und Gemeinden vielfach durch finanzielle Zugeständnisse entgegengekommen, wie im Folgenden beispielhaft dargelegt wird.

3.1 Steuervereinfachungsgesetz

Mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 soll das Besteuerungsverfahren vereinfacht und modernisiert werden. Steuerzahler und Steuerverwaltung sollen von Erklärungs-, Prüfund Verwaltungsaufwand entlastet werden. Dabei führen verschiedene Maßnahmen zu Steuermindereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden. Dazu zählen vor allem die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 920 € auf 1 000 € rückwirkend zum 1. Januar 2011, der Wegfall der Einkünfte- und Bezügegrenze für volljährige Kinder beim Familienleistungsausgleich (§ 32 EStG) und die Vereinfachung der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

Der Bund hatte zugesagt, die mit dem Gesetz verbundenen Steuermindereinnahmen der Länder und Gemeinden vollständig zu kompensieren. Die Länder würden daher vom Bund im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung zusätzlich 466 Mio. € im Jahr 2012, 307 Mio. € im Jahr 2013 und jährlich 319 Mio. € ab dem Jahr 2014 erhalten. Finanzverfassungsrechtlich kann der Bund nur unmittelbar die Länder entlasten, daher erfolgt der Ausgleich der Gemeinden durch die Länder.

Erstattung der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Für eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation hat sich der Bund bereit erklärt, die Kommunen bei den von ihnen zu tragenden Sozialausgaben zu entlasten. Nach dem Ergebnis des Vermittlungsverfahrens von Bund und Ländern zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Hartz-IV-Reform) sowie der Gemeindefinanzkommission wurde dementsprechend vereinbart, die Kommunen schrittweise ab 2012 in Milliardenhöhe bei der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte zu entlasten. Ab 2014 erstattet der Bund dauerhaft 100 % der Nettoausgaben des Vorvorjahres für diese Leistungen. Die schrittweise Erhöhung der Erstattung der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bei den Kommunen bedeutet zusätzliche Mehraufwendungen des Bundes in Höhe von 1,216 Mrd. € im Jahr 2012, 2,674 Mrd. € im Jahr 2013, 4,075 Mrd. € im Jahr 2014 und 4,359 Mrd. € im Jahr 2015.

3.2 Kindergelderhöhung 2010

Zum 1. Januar 2010 wurde mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Kindergeld um 20 € je Kind erhöht. Zur Kompensation der Kindergelderhöhung erhalten die Länder einen konstanten Festbetrag von 1,326 Mrd. € im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung.

3.3 Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige

Der Bund beteiligt sich zu einem Drittel an den zusätzlichen Kosten zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige. Insgesamt stellt der Bund hierfür 4 Mrd. € in den Jahren 2009 bis 2013 zur Verfügung, ab 2014 jährlich 770 Mio. €. Einerseits erhalten die Länder im Rahmen der

HAUSHALTSSITUATION DES BUNDES UND DER LÄNDER

Umsatzsteuerverteilung einen Festbetrag zur Beteiligung an der Finanzierung der Betriebskosten. Dieser steigt von 200 Mio. € im Jahr 2010 auf 700 Mio. € im Jahr 2013. Ab dem Jahr 2014 beläuft sich der Betrag auf jährlich 770 Mio. €. Andererseits hat der Bund ein Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" zur Gewährung von Finanzhilfen für Investitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zu Tageseinrichtungen und zur Tagespflege für den Zeitraum 2008 bis 2013 im Umfang von 2,15 Mrd. € eingerichtet.

3.4 Exzellenzinitiative und Hochschulpakt 2020

Der Bund unterstützt die Forschungsförderung der Länder im Rahmen der Exzellenzinitiative, um den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken. Dabei stellt der Bund zusätzliche Mittel für Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Exzellenzcluster zur Förderung der Spitzenforschung und Gesamtstrategien für universitäre Spitzenforschung in einem Umfang von 2,1 Mrd. € bis 2015 zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt der Bund durch den Hochschulpakt 2020 die Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Für die im Juni 2009 vereinbarte zweite Programmphase bis

Ende 2015 stellt der Bund von 2010 bis 2015 insgesamt über 5 Mrd. € bereit.

4 Schlussfolgerung

Die Indikatoren zur Beurteilung der Haushaltssituation weisen auf eine erkennbare Schieflage zu Lasten des Bundes im Vergleich mit den Ländern hin. Trotz dieser angespannten Haushaltssituation hat der Bund die Länder und Gemeinden in bedeutendem Umfang finanziell entlastet.

Der Bund ist schon ab dem Haushaltsjahr 2011 strikt durch die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes gebunden. Das zulässige strukturelle Defizit verringert sich zwischen 2011 und 2016 von Jahr zu Jahr. Nur durch erhebliche Konsolidierungsleistungen wird die Zielmarke des strukturellen Defizits von 0,35 % des BIP im Jahr 2016 erreicht werden können. Eine weitere finanzielle Unterstützung des Bundes zugunsten der anderen staatlichen Ebenen ist in Anbetracht dieser Entwicklung nicht darstellbar. Die gesamtstaatliche Konsolidierung ist eine Aufgabe, die in gemeinsamer Verantwortung von allen staatlichen Ebenen erbracht werden muss.

EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Ein Frühwarnsystem für spekulative Preisblasen an den Immobilienmärkten

Kurzfassung des Forschungsprojekts "Methoden zur Analyse der Entwicklung von Vermögenspreisen mit Blick auf Erkennung von Anzeichen zur Blasenbildung" des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen¹

1	Einleitung	83
	Erstellung einer Chronologie von Preisblasen	
	Konstruktion eines Frühwarnsystems	
	Schlussfolgerungen	

- Das Platzen spekulativer Preisblasen an den Vermögensmärkten kann zu erheblichen
 Produktions- und Beschäftigungsverlusten führen. Für die rechtzeitige Diagnose spekulativer
 Entwicklungen ist ein Frühwarnsystem erforderlich, das schnell aktualisiert werden kann.
- Die Wahrscheinlichkeit für eine von spekulativen Faktoren durchsetzte Preisentwicklung steigt, wenn die Geldpolitik expansiv ausgerichtet und die Kreditvergabe erleichtert ist.
- Daneben empfiehlt es sich, auf weitere Größen wie die konjunkturelle Entwicklung und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zu achten, um profunde Einschätzungen zu erhalten.

1 Einleitung

Von spekulativen Preisbewegungen an den Vermögensmärkten können erhebliche Verluste für Produktion und Beschäftigung ausgehen. So gilt das Platzen der US-Immobilienpreisblase als einer der Auslöser der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Zudem hatte um die Jahrtausendwende das abrupte Ende des New-Economy-Booms zu einer Rezession in vielen Industriestaaten beigetragen. Dabei können erhebliche Kosten für die Volkswirtschaft auftreten, die aus der Rekapitalisierung der Finanzsysteme resultieren. Die Staatsverschuldung steigt rapide an, teils weil Steuereinnahmen ausfallen, teils weil umfangreiche Konjunkturprogramme

und Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden, um die drohenden Wachstumseinbußen zu begrenzen.

In Zeiten einer wirtschaftlichen Expansion steigen in der Regel auch die Preise der Vermögenswerte. Das Risikobewusstsein der Akteure nimmt ab, Liquiditätsrestriktionen werden weniger bindend und Kredite leichter verfügbar. Die Vermögenspreise werden in immer stärker werdendem Ausmaß von den Preiserwartungen der Marktteilnehmer getrieben. Diese Preiseinschätzungen stehen zunehmend nicht mehr im Einklang mit den Werten, die aufgrund der ökonomischen Fundamentalvariablen gerechtfertigt wären. Die Akteure verhalten sich nicht länger rational, sondern orientieren sich in ihrem

 $^{^{1}\,}Der\,vorliegende\,Beitrag\,wurde\,von\,Prof.\,Dr.\,Christian\,Dreger\,(DIW)\,und\,Dr.\,Konstantin\,Kholodilin\,(DIW)\,erarbeitet.$

EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Verhalten an Marktführern. Die Entwicklung gleicht einem Herdenverhalten und kann sich immer weiter aufblähen, weil der geeignete Zeitpunkt des Ausstiegs für den Einzelnen kaum vorhersehbar ist.² Bei einem Platzen der Blase werden Marktungleichgewichte schlagartig offenbar und können mit erheblichen realwirtschaftlichen Verwerfungen einhergehen.

Spekulativ überzeichnete Vermögenspreise können die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über einen bestimmten Zeitraum hinweg stimulieren. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Inflationsdruck, der die Aufgabe der Geldpolitik, die Stabilität des Preisniveaus zu sichern, erschwert. Darüber hinaus kommt es zu einer ineffizienten Allokation der Ressourcen, die mit Wachstumseinbußen verbunden sein kann. Das gilt insbesondere für die Konsumnachfrage von privaten Haushalten, die über ihr fundamentales Niveau steigt, aber auch für die Investitionsaktivität der Unternehmen, die durch übertriebene Bewertungen an den Aktienmärkten stimuliert wird und zum Entstehen von Überkapazitäten beitragen kann.

Präventive wirtschaftspolitische
Maßnahmen, die darauf abzielen, spekulative
Entwicklungen zu durchbrechen, können
krisenhafte Zuspitzungen unter Umständen
vermeiden.³ Für eine vorausschauende
Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sind
indes verlässliche Entscheidungsgrundlagen
erforderlich. Insbesondere muss eine
Preisblase erst als solche identifiziert werden,
was gerade in ihrer Entstehungsphase nicht
leicht ist. So kann die Preisentwicklung unter

Umständen durch fundamentale Faktoren begründet sein. So sind z. B. anziehende Immobilienpreise zu erwarten, wenn sich die Einkommen in einer Volkswirtschaft erhöhen. In diesem Fall nimmt die Nachfrage nach Wohnraum zu. Entsprechend sind höhere Aktienkurse oft ein Indiz für bessere Gewinnaussichten von börsennotierten Unternehmen, und steigende Rohstoffpreise können unter Umständen auf die steigende Nachfrage aus den Schwellenländern zurückgeführt werden. Ohne ein geeignetes Diagnoseinstrumentarium zur Identifizierung spekulativer Preisblasen ist das Risiko hoch, dass die Preisentwicklung von den Entscheidungsträgern fälschlicherweise als Blase interpretiert wird. Dadurch könnten Wohlfahrtseinbußen drohen, wenn die Wirtschaftspolitik allzu schnell auf einen restriktiven Kurs einschwenkt. Es kommt also darauf an, spekulative Übertreibungen von der fundamental determinierten Preisentwicklung abzuspalten und Indikatoren zu konstruieren, die ein möglichst frühzeitiges und verlässliches Erkennen einer Blase erlauben.

Ein Frühwarnsystem, in das neue Informationen leicht einzuspeisen sind, wird im Folgenden für den Immobilienmarkt vorgestellt. Der Immobilienbesitz nimmt für viele private Haushalte einen hohen Anteil an den Vermögensanlagen ein. Das Platzen von Preisblasen führt oft zu hohen realwirtschaftlichen Verlusten. Zudem bauen sich spekulative Entwicklungen an den Immobilienmärkten im Vergleich zu Aktienmärkten in der Regel über einen längeren Zeitraum auf, so dass ihre

gefordert, um künftig krisenhafte Zuspitzungen zu verhindern. Daneben haben einige Autoren vorgeschlagen, dass sich Zentralbanken gegen den Markttrend verhalten sollten, siehe u. a. Bordo MD., Jeanne O. (2002): Boom-busts in asset prices, economic instability and monetary policy, NBER Working Paper 8966 und Borio C. (2006): Monetary and financial stability: Here to stay? Journal of Banking and Finance 30, 3407–14.

² Siehe auch Shiller R. (2005): Irrational exuberance, Princeton University Press, New Jersey und De Grauwe P. (2008): Animal spirits and monetary policy, CESifo Working Paper 2418.

³ So haben Blanchard O., Dell'Ariccia G. und Mauro P. (2010): Rethinking macroeconomic policy, IMF Staff Position Note SPN/10/03 eine Erweiterung des makropolitischen Instrumentariums

EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Früherkennung einfacher ist.⁴ Zwar hat jede historische Blase ihre Besonderheiten. Dennoch können Regelmäßigkeiten abgeleitet werden, auf denen ein Frühwarnsystem basiert. Dazu sind die vergangenen Perioden zu klassifizieren. Preisblasen sind eher seltene Ereignisse. Eine Erforschung ihrer Determinanten macht daher die Einbeziehung unabhängiger Erfahrungen in ähnlich strukturierten Ländern erforderlich. Daher wird die Untersuchung für 12 OECD-Länder vorgenommen.⁵

2 Erstellung einer Chronologie von Preisblasen

Für die Entwicklung eines Frühwarnsystems ist eine Chronologie früherer Preisblasen unabdingbar. Sind die Perioden spekulativ überzeichneter Preise identifiziert, lassen sich kritische Faktoren ermitteln, die für die Blasenentwicklung ausschlaggebend sind. Die Chronologie ist länderspezifisch, da sich Preisblasen in unterschiedlichen Ländern und zu unterschiedlichen Perioden ereignet haben können. Dies gilt besonders für Immobilienmärkte, die in starkem Maße von lokalen Bedingungen geprägt sind. Um eine möglichst robuste Klassifizierung zu erhalten, werden sowohl Filter- als auch Fundamentalverfahren zur Blasenidentifikation eingesetzt.

Bei den Filterverfahren werden Phasen einer ungewöhnlichen Preisentwicklung durch Glättung der jeweiligen Preisreihen identifiziert. Die Beurteilung erfolgt relativ zu einem Trend, der mit den in der Literatur üblichen Verfahren, wie beispielsweise mit dem Hodrick-Prescott-

⁴ Stilisierte Fakten für Immobilienpreisblasen werden bei Helbling T., Terrones M. (2003): Real and financial effects of bursting asset price bubbles, IMF World Economic Outlook, April, 61-76 diskutiert. Filter, extrahiert wird. Ein Abweichen der realen Vermögenspreise von ihrem längerfristigen Trend kann indes nicht nur auf spekulative Komponenten zurückzuführen sein, da auch fundamentale Faktoren hinter der Entwicklung stehen können.⁶ Daher sind hinreichend große Schwellenwerte vorzugeben, damit Preisentwicklungen, die durch den Konjunkturverlauf hervorgerufen sind, nicht fälschlicherweise als Blasen identifiziert werden. In der Anwendung wird mit verschiedenen Schwellenwerten experimentiert, die das Ein-bis Zweifache der Standardabweichung der Schwankungen um den Trendverlauf ausmachen.

Neben den Filterverfahren werden strukturelle Modelle eingesetzt, die eine inhaltliche Interpretation der länderspezifischen Preisentwicklung ermöglichen. Fundamental bestimmte Preise, also solche, die mit den theoretischen Vorstellungen in Einklang zu bringen sind, lassen sich als Schätzwerte einer Regression auffassen, in der Vermögenspreise durch ökonomische Variablen erklärt werden. Dabei wird z.B. untersucht, in welchem Ausmaß die hier betrachteten Immobilienpreise auf die üblichen Bestimmungsgrößen wie Einkommen, Realzinssätze, Bevölkerung und Urbanisierungsgrad zurückgeführt werden können.⁷ So sind bei steigenden Einkommen und wachsender Bevölkerung höhere Immobilienpreise zu erwarten, da die Nachfrage nach Wohnraum anzieht.

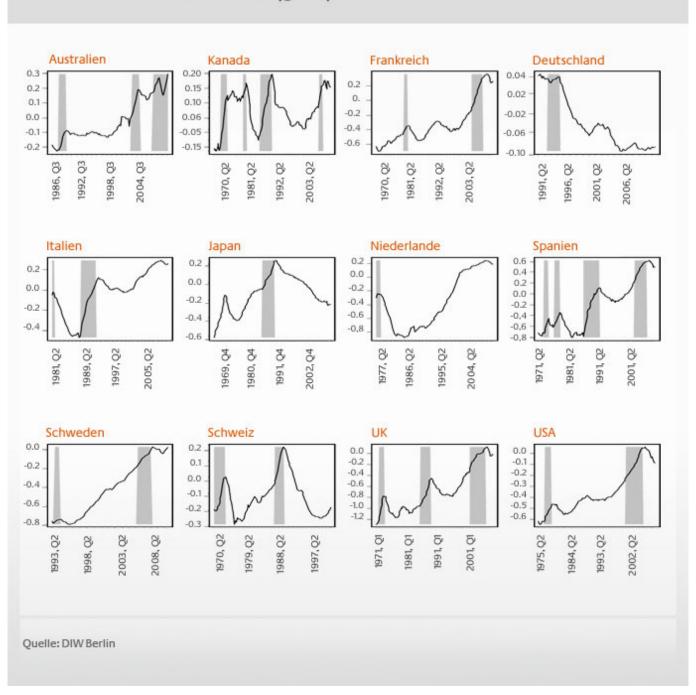
⁶ Um die Entwicklung relativ zur allgemeinen Preisentwicklung zu beurteilen, werden reale Vermögenspreise verwendet. Je nach Datenverfügbarkeit werden der Preisindex des privaten Verbrauchs oder der Deflator des Bruttoinlandsprodukts herangezogen.

⁷ Girouar N., Kennedy M., Van Den Noord P. und André C. (2006): Recent house price developments: The role of fundamentals, OECD Economics Department Working Papers 475 bieten eine Zusammenfassung der potenziellen Determinanten der realen Immobilienpreise.

⁵ Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Niederlande, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien, USA.

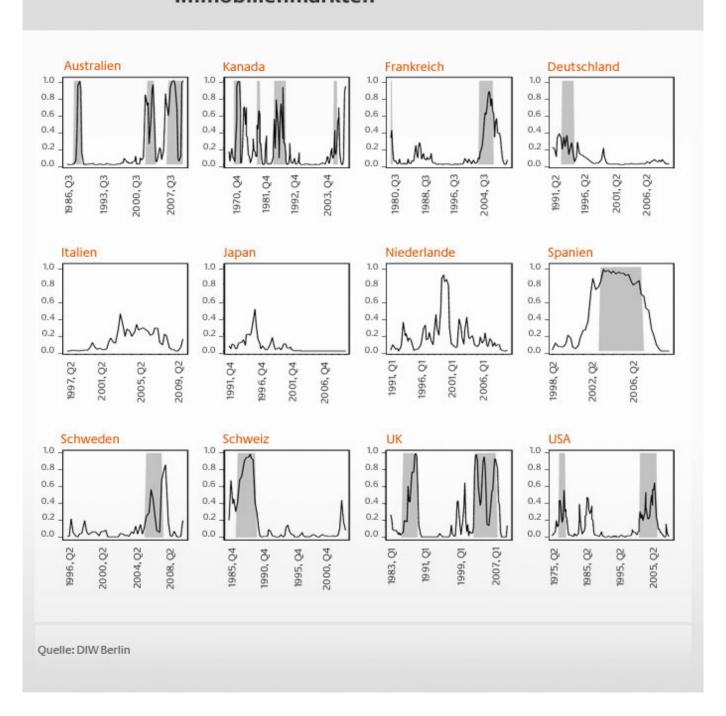
EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Abbildung 1: Reale Immobilienpreise und Zeiträume von Preisblasen (grau)



EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Abbildung 2: Logit-Modell und spekulative Blasen an den Immobilienmärkten



EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Der Realzinssatz wirkt negativ auf die Immobilienpreisentwicklung, da bei steigenden Zinssätzen andere Vermögensanlagen attraktiver werden. Ein hoher Urbanisierungsgrad zeigt an, dass die verbleibende Migration aus ländlichen Gebieten in die Städte geringer ist, so dass die Immobilienpreise schwächer zunehmen oder sogar sinken. Wenn die Residuen dieser Regression, also die Abweichungen der Vermögenspreise von dem Pfad, der durch die Fundamentalvariablen vorgezeichnet ist, in mindestens zwei aufeinanderfolgenden Perioden bestimmte Schwellenwerte übersteigen, könnte eine spekulative Preisentwicklung vorliegen. Um eine Entwicklung als Preisblase zu klassifizieren, sind zwei Voraussetzungen erforderlich. Erstens wird gefordert, dass die Residuen ein vorgegebenes Vielfaches ihrer Standardabweichung übersteigen, weil ansonsten zu kleine Differenzen als Blasen interpretiert würden. Zweitens müssen sich die durch die Regression festgelegten Zeiträume mindestens zum Teil mit den Perioden boomender Immobilienpreise überlappen, die mit Hilfe der Filter identifiziert worden sind.

Für die Chronologie wird mit verschiedenen Parametersetzungen experimentiert, um möglichst robuste Indikationen zu erhalten. So wird die Chronologie für verschiedene Parametersetzungen berechnet. Letztlich wird die Konstellation ausgewählt, bei der die Übereinstimmung zwischen den Filter- und Fundamentalverfahren möglichst hoch ist.

Empirisch zeigt sich, dass Immobilienpreisblasen in den betrachteten Ländern in unterschiedlichen Perioden aufgetreten sind (Abbildung 1).⁸ Die häufigsten Blasenbildungen

sind für Kanada, Spanien, Großbritannien und Australien zu verzeichnen. In Deutschland hat sich nur eine einzige Preisblase ergeben, die im Zeitraum von 1992, Quartal 4 bis 1994, Quartal 3 angedauert hat. Diese korrespondiert mit dem Immobilienboom im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, der zu Überinvestitionen im Wohnungsbau und gewerblichen Bau geführt hat. Nach dem Platzen der Blase sind die Bauinvestitionen über eine Dekade gesunken und haben in diesem Zeitraum das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erheblich belastet. In den Niederlanden ist keine Blase erkennbar. obwohl die Immobilienpreise auch in dem zugrunde liegenden Zeitraum angezogen haben. Der Anstieg ist in diesem Fall jedoch durch die Fundamentalvariablen gerechtfertigt, so dass keine Überhitzungen diagnostiziert werden.

3 Konstruktion eines Frühwarnsystems

Mit dem hier konstruierten Frühwarnsystem sollen spekulative Blasen an den Vermögensmärkten möglichst früh entdeckt und identifiziert werden, damit der Wirtschaftspolitik Handlungsspielräume bleiben, um angemessen auf die Entwicklung zu reagieren und unter Umständen eine weitere Aufblähung der Blasen zu verhindern. Um eine verlässliche Interpretation der Preisentwicklung zu erhalten, werden zwei Methoden betrachtet: ein Signalansatz und Probit-/Logitmodelle. Beide Verfahren basieren auf einer Panelanalyse, bei der verschiedene Länder gemeinsam betrachtet werden. Eine länderspezifische Untersuchung ist nicht

Adalid R., Detken C. (2007): Liquidity shocks and asset price boom/bust cycles, ECB Working Paper 732, Laeven L., Valencia F. (2008): Systemic banking crises: A new database, IMF Working Paper, 08/224.

⁸ Im Großen und Ganzen schließt sich diese Chronologie den Resultaten anderer Autoren an, siehe beispielsweise Bordo MD., Jeanne O. (2002): a. a. O., Helbling T., Terrones M. (2003): a. a. O.,

EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

angeraten, weil die Anzahl der Blasen pro Land relativ gering ist.⁹

Mit Hilfe eines Signalansatzes werden die früheren Blasen untersucht und Variablen identifiziert, die für ihre Prognose relevant gewesen wären. Dazu werden für die potenziellen Erklärungsgrößen, wie etwa für die Kreditnachfrage, kritische Obergrenzen ermittelt. Für jede Variable wird ein optimaler Schwellenwert festgelegt. Dies geschieht in der Weise, dass Blasen einerseits erkannt, andererseits aber möglichst wenig Fehlalarme produziert werden. Als Gütekriterium wird ein Genauigkeitsmaß verwendet, das auf zwei Elementen basiert. Die erste Komponente entspricht dem Anteil der korrekt identifizierten Blasen an der Anzahl der Blasen. Die zweite Komponente ist der Anteil der korrekt vorhergesagten Nicht-Blasen an allen Nicht-Blasen. Das sind Perioden, in denen tatsächlich keine Preisblase vorlag. Die optimale Schwelle ist erreicht, wenn die Summe der beiden Komponenten maximal ist. Das Gütekriterium ist positiv und kann den Wert 2 nicht übersteigen. Mit dem hier verwendeten Maß werden die beiden Eigenschaften verlässlich angezeigte Blasen und möglichst wenig Fehlalarme gleich gewichtet.10

⁹ Eine Panelanalyse entspricht der Vorgehensweise in der Literatur, siehe Borio und Lowe (2002): Asset prices, financial and monetary stability: Exploring the nexus, Bank for International Settlements Working Paper 114, Detken C., Smets F. (2004): Asset price booms and monetary policy, ECB Working Paper 364, Adalid R., Detken C., (2007): a. a. O., sowie Gerdesmeier, Reimers und Roffia (2009): Asset price misalignments and the role of money and credit, ECB Working Paper 1068.

¹⁰ Ein solcher Indikator liegt auch den meisten Analysen in der Literatur zugrunde, siehe etwa Davis EP., Karim D. (2008): Comparing early warning systems for banking crises, Journal of Financial Stability 4, 89-120 und Gerdesmeier, Reimers und Roffia (2009): a. a. O. Die Überschreitung der Schwellenwerte wird als Signal einer aufziehenden oder bereits laufenden Blase interpretiert. Aus mehreren Signalen, die auf verschiedenen Variablen basieren, wird ein kombinierter Indikator konstruiert. Je mehr Variablen auf ein Entstehen der Blase hindeuten, desto höher ist der Wert des Indikators. Dabei bietet es sich an, die Variablen, mit denen nach Maßgabe des Gütekriteriums eine relativ verlässliche Diagnose möglich ist, stärker zu gewichten.

Die Alternative zum Signalansatz besteht in einer Probit- oder Logitregression. In diesen Regressionen wird die Wahrscheinlichkeit für eine Preisblase durch ökonomische Bestimmungsfaktoren erklärt¹¹. Im Allgemeinen ist eine Logitanalyse die adäquatere Wahl, wenn vermehrt mit dem Auftreten von Extremwerten zu rechnen ist. Im Folgenden werden lediglich die Befunde der Logitregression ausgewiesen. Sie werden im Probitmodell bestätigt, was für die Robustheit der Ergebnisse spricht.

Die Ergebnisse des Signalansatzes (Tabelle 1) zeigen beispielsweise, dass die Geldmenge ein Signal für eine künftige Krise aussendet, wenn sie ihren Trendverlauf um 20 % übersteigt. Vor allem werden das Verhältnis zwischen Hauspreisen und Mieten sowie zwischen Hauspreisen und Einkommen hoch gewichtet. Je höher die Hauspreise gemessen an den Vergleichsvariablen sind, desto eher liegen spekulative Entwicklungen vor. Auch das Kreditwachstum spielt für die Prognose spekulativer Entwicklungen eine Rolle, es fällt in der Gewichtung aber hinter die Liquiditätsmaße zurück. Dabei ist das Kreditwachstum bedeutender als das Verhältnis der Kredite zum Bruttoinlandsprodukt (credit to income ratio). Der Zinsstruktur und der öffentlichen

¹¹ Der Unterschied zwischen den Modellen besteht in der verwendeten Verteilungsfunktion für die Bestimmung der Wahrscheinlichkeiten. Dies ist entweder die Standardnormalverteilung (Probit) oder die logistische Verteilung (Logit-Modell).

EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Tabelle 1: Komponenten des Signalansatzes für Preisblasen am Immobilienmarkt

Variable	Schwellenwert	Gewichtung	
Kurzfristiger Zinssatz	0,4	5,7	
Kurzfristiger Realzinssatz	0,4	5,6	
Zinsstruktur	3,0	3,7	
Realer effektiver Wechselkurs	1,0	6,9	
Miete	0,4	5,0	
Hauspreise-Einkommen Verhältnis	1,0	7,6	
Hauspreise-Mieten-Verhältnis	1,0	8,0	
Investitionsquote	1,0	7,9	
Kreditwachstum, nominal	0,6	7,0	
Kreditwachstum, real	1,0	7,0	
Verhältnis Kredite zu BIP	1,0	5,5	
Wachstum BIP pro Kopf	0,2	6,5	
Liquiditätsausstattung (M3)	0,2	4,6	
Wachstum der nominalen Liquidität	0,8	8,0	
Wachstum der realen Liquidität	1,2	7,1	
Budgetsaldo des Staats	1,4	3,8	

Anmerkung: Eigene Berechnungen. Bestimmung des optimalen Schwellenwertes durch Maximierung des im Text beschriebenen Gütekriteriums. Gewichtung in vom Hundert, entsprechend der individuellen Vorhersagequalität.

Quelle: DIW Berlin.

Tabelle 2: Wahrscheinlichkeit für Preisblasen am Immobilienmarkt

Regressor	Koeffizient	t-Wert	p-Wert	Gewicht
Konstante	-2,343	-7,837	0	-
Realer Wechselkurs(-2)	0,071	4,857	0	7,1
Investitionsquote	0,190	2,672	0,008	7,2
Δ(Hauspreis/Einkommen)	0,439	6,037	0	22,5
Δ(Hauspreis/Einkommen)(-1)	0,409	4,978	0	-
Δ(Hauspreis/Einkommen)(-2)	0,298	3,565	0,004	-
Hauspreis/Miete	0,040	4,975	0	7,4
ΔGeldmenge	0,202	2,672	0,008	14,1
ΔGeldmenge(-1)	0,234	3,475	0,001	-
ΔPro-Kopf-Einkommen(-1)	0,361	2,080	0,038	6,9
Kredite/BIP(-1)	1,838	2,840	0,005	13,6
Kredite/BIP ^2	-0,216	3,023	0,003	-
Kreditwachstum	0,120	1,773	0,076	7
Budgetsaldo*Steuersatz	-0,062	-3,732	0	6,7
Regulierung	-0,665	1,850	0,064	7,5
McFadden R-Quadrat	-	0,446	-	-
Akaike Kriteriun	-	0,541	-	-
Schwarz Kriterium	-	0,611	-	-

Anmerkung: Eigene Berechnungen. Gewichtung (rechte Spalte) nach Maßgabe der log odds ratio und Konkordanzkoeffizienten.

Quelle: DIW Berlin.

EIN FRÜHWARNSYSTEM FÜR SPEKULATIVE PREISBLASEN AN DEN IMMOBILIENMÄRKTEN

Defizit quote kommt mit jeweils knapp 4% eine geringere Bedeutung zu. 12

Entsprechend dem Logitmodell wird die Wahrscheinlichkeit für eine Preisblase vor allem von Größen bestimmt, die die finanziellen Bedingungen in der Volkswirtschaft abbilden (Tabelle 2). So macht ein hohes nominales Geldmengenwachstum eine von spekulativen Faktoren getriebene Entwicklung wahrscheinlicher. Dies gilt auch für das nominale Kreditwachstum und das Verhältnis der Kredite zum Bruttoinlandsprodukt. Wie im Signalansatz spielt das Verhältnis zwischen Hauspreisen und Mieten sowie die Änderung des Verhältnisses zwischen Hauspreisen und Einkommen eine entscheidende Rolle, um den historischen Befund nachzuzeichnen. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit für eine Preisblase im Konjunkturaufschwung. Dies kommt in den positiven Vorzeichen des Wachstums der Pro-Kopf-Einkommen und der Investitionsquote zum Ausdruck. Für die Diagnose von Immobilienpreisblasen ist die Entwicklung der Hauspreise relativ zu Einkommen und Mieten von wesentlicher Bedeutung, die Indikatoren erhalten im Gesamtindikator ein kumuliertes Gewicht von nahezu 30 % (= 22,5 % + 7,4 %). Die Kreditgrößen sind mit über 20% vertreten, während auf die Liquiditätsbedingungen ein Anteil von gut 14% entfällt. Die Wahrscheinlichkeiten, die sich mit der Logitanalyse ergeben, sind in Abbildung 2 ausgewiesen. Im Vergleich zum Logitmodell sind die Indikationen, die sich mithilfe des Signalansatzes ergeben, etwas ungenauer.

4 Schlussfolgerungen

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Analyse, dass den monetären und finanziellen Bedingungen eine wesentliche Rolle bei dem Entstehen und der Aufblähung von spekulativen Preisblasen an den Vermögensmärkten zukommt. Dabei ist es sinnvoll, den Verlauf von Geldmengen und Kreditaggregaten gemeinsam zu beobachten, um Anzeichen für künftige krisenhafte Entwicklungen zu erhalten. Darüber hinaus kommen noch weitere Indikatoren in Frage, wie etwa die konjunkturelle Situation oder die realen Wechselkurse. Insbesondere für kleine Länder kann eine kumulative Aufwertung der Landeswährung zum Entstehen einer Preisblase beitragen, weil so der Druck erfasst wird, der von internationalen Kapitalzuflüssen ausgeht.

Alles in allem steigt die Wahrscheinlichkeit für eine von spekulativen Faktoren durchsetzte Preisentwicklung, wenn die Geldpolitik expansiv ausgerichtet und die Kreditvergabe erleichtert ist. Allerdings sind noch weitere Variablen, wie etwa Pro-Kopf-Einkommen, Investitionsquoten oder die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zu berücksichtigen, um profunde Einschätzungen zu erhalten. Auch der Regulierungsgrad auf den Finanzmärkten ist eine Determinante. So werden die wachstumsfördernden Effekte durch die Deregulierung von Märkten mit höheren Risiken für spekulative Entwicklungen in den Vermögenspreisen erkauft. Die Konzentration der Analyse auf Liquiditäts- und Kreditvariablen reicht also nicht aus. Generell ist das Entstehen von Preisblasen ein komplexer Prozess, der sich nicht nur auf der Grundlage einiger weniger Variablen erfassen lässt.

oder Kreditvariablen wird auch in den meisten Studien der Literatur gefunden, siehe auch Borio C., Lowe P. (2004): Securing sustainable price stability: Should credit come back from the wilderness? Bank for International Settlements Working Paper 157 und Agnello L., Schuhknecht L. (2009): Booms and busts in housing markets. Determinants and implications, ECB Working Paper 1071.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	94
1	Kreditmarktmittel	94
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015.	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2010 bis 2015	96
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2012	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	119
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	. 119
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	120
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Juli 2011	. 121
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2011	. 123
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 127
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	. 127
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	130
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	131
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	. 134
8	Bruttoinlandsprodukt	. 135
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	141

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	142
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	143
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	144
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	145
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	146
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	147
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	151

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. Juni 2011	Zunahme		Stand: 31. Juli 2011
		in M	io. €	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere ¹	44 000	0	0	44 000
Anleihen ²	644 736	6 000	24000	626736
Bundesobligationen	198 000	6 000	0	204 000
Bundesschatzbriefe ³	8 497	52	77	8 473
Bundesschatzanweisungen	138 000	4 000	0	142 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	79 612	6 939	8 963	77 587
Finanzierungsschätze ⁴	569	32	39	562
Tagesanleihe	1 819	68	42	1 844
Schuldscheindarlehen	12 370	53	100	12 323
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	701	0	0	701
Kreditmarktmittel insgesamt	1 128 355			1 118 277

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. Juni 2011			31. Juli 2011
		in M	lio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	238 249			239 195
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	351 835			350 434
langfristig (mehr als 4 Jahre)	538 272			528 649
Kreditmarktmittel insgesamt	1 128 355			1 118 277

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹5- und 10-jährige ILB.

 $^{^2}$ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

³Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2010					
	in Mrd. €						
Ausfuhren	135,0	115,9	108,4				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	37,7	33,1				
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,7	2,0				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	110,4	106,3				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	50,6				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	9,2	-				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	303,7	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	+0,7	+0,1	+1,8	- 0,5	+1,6
2. Einnahmen ¹	259,3	257,0	278,4	286,3	290,9	300,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	-0,9	+8,3	+2,8	+1,6	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	229,2	247,4	256,4	265,8	275,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+1,3	+7,9	+3,6	+3,7	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-48,8	-27,6	-25,3	-19,1	-15,1
in % der Ausgaben	14,6	16,0	9,0	8,1	6,1	4,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	317,9	270,0	284,6	273,2	279,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	-3,7	-1,6	-0,0	-1,2	-1,2
6. Tilgungen (+)	239,2	273,1	244,4	259,7	255,7	265,6
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-48,4	-27,2	-24,9	-18,7	-14,7
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,1	32,3	26,4	29,7	29,5	29,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,8	+24,0	-18,4	+12,4	- 0,6	-0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2011.

 $^{^1\}mbox{Gem.\,BHO}\ \S\,13\ \mbox{Absatz}\ 4.2\ \mbox{ohne}\ \mbox{M\"unzeinnahmen.}$

 $^{^{\}rm 2}$ nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung		
			in Mic	o. €			
Ausgaben der laufenden Rechnung							
Personalausgaben	28 196	27 799	27 366	27 086	26 894	26 729	
Aktivitätsbezüge	21117	20 749	20218	19861	19614	19 387	
Ziviler Bereich	9 443	9 248	10337	10339	10357	10 349	
Militärischer Bereich	11 674	11 501	9881	9 522	9 258	9 038	
/ersorgung	7 079	7 050	7 147	7 226	7 280	7 3 4 2	
Ziviler Bereich	2 459	2 443	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583	
Militärischer Bereich	4 620	4 606	4 665	4720	4740	4758	
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	23 602	23 506	23 424	23 030	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 350	1 280	1 305	1 296	1 308	
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 429	10 655	10574	10 435	10 085	
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	11 667	11 627	11 693	11 637	
Zinsausgaben	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042	
an andere Bereiche	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042	
Sonstige	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	35 302	38 350	42 261	45 949	49 000	
an Ausland	8	0	0	0	0	C	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	190 029	188 789	188 751	191 577	
an Verwaltungen	14114	15 094	17 655	19 178	20 081	20 237	
Länder	8 579	9 3 5 4	11 880	13 342	14271	14 442	
Gemeinden	17	18	11	10	10	9	
Sondervermögen	5518	5 721	5 763	5 825	5 800	5 786	
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C	
an andere Bereiche	180 263	173 662	172 374	169 611	168 670	171 340	
Unternehmen	24212	25 056	24943	25 362	25 513	25 853	
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	28 159	26731	25 271	23 748	23 569	
an Sozialversicherung	120 831	114657	113 824	112 275	112 903	115 379	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 584	1 645	1 656	1 664	1 663	
an Ausland	4216	4 2 0 5	5 229	5 045	4840	4875	
an Sonstige	3	2	2	2	2	2	

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 499	7 487	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 242	6014	6017	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	891	943	900	873
Grunderwerb	503	576	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	14 975	15 119	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14581	14 652	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 092	4 963	4 8 6 5	4716	4 620
Länder	5 142	5 031	4887	4772	4624	4 541
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	59	74	90	90	78
Sondervermögen	0	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 489	9 689	9 738	9 757	9 787
Sonstige - Inland	6 599	6 179	6 3 3 3	6369	6 460	6 557
Ausland	3 136	3 310	3 356	3 3 6 9	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	467	501	501	496
an andere Bereiche	406	394	467	501	501	496
Sonstige - Inland	137	157	145	144	141	136
Ausland	269	237	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	10 250	4 254	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	9 444	4253	3 426	3 449	3 3 5 3
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	9 443	4 2 5 3	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	5 400	0	0	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	2 3 6 8	2 3 7 1	2 081	1 960	1744
Ausland	1 587	1 675	1 881	1344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	1	4345	4345	4345
Inland	13	1	1	1	1	1
Ausland	797	805	0	4344	4344	4344
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	32 724	26 860	30 154	29 976	29 755
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	32 330	26 393	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-1 158	- 248	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	306 000	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		in Mio. €				
0	Allgemeine Dienste	55 158	49 061	23 242	18 882	-	6 937
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 021	5 8 1 8	3 440	1 354	-	1024
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 2 1 0	4706	508	176	-	4 0 2 2
3	Verteidigung	31 542	31 264	14 546	15 718	-	1 001
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 695	3 3 3 3	2 105	995	-	232
5	Rechtsschutz	354	339	248	74	-	16
6	Finanzverwaltung	4336	3 600	2 3 9 5	565	-	641
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 501	14 256	478	891	-	12 887
13	Hochschulen	4032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 358	2 3 5 8	-	-	-	2 3 5 8
15	Sonstiges Bildungswesen	595	518	9	65	-	444
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 825	7807	458	812	-	6 5 3 7
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	691	537	1	6	-	531
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 973	154 035	228	389	-	153 418
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 138	109 138	52	-	-	109 086
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	7 973	7 973	-	3	-	7 970
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 526	2 201	-	32	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 374	33 257	48	103	-	33 105
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 683	1 187	127	250	-	809
3	Gesundheit und Sport	1 516	883	277	307	-	299
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	451	368	147	173	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	451	368	147	173	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	80	72	-	72
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	524	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 064	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1 387	801		2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	664	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	178	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	259	215	29	107	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

E dita		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunte Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	888	2 677	2 533	6 097	6 065
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	202	2	-	203	203
2	Auswärtige Angelegenheiten	115	2 508	1 881	4 504	4503
3	Verteidigung	210	67	-	278	246
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	263	99	-	362	362
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	83	1	651	735	735
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 112	-	3 245	3 245
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 888	-	2 019	2019
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	154	-	154	154
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	929	1	939	504
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	117	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	492	-	496	496
3	Gesundheit und Sport	420	213	-	633	633
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport		16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	342	6	-	348	348
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 242	4	1 246	1 246
41	Wohnungswesen		583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	-	12	12
44	Städtebauförderung	_	647	-	647	647
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	_	_	_	_	
533	Gasölverbilligung	_	_	_	_	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		_	_	_	
555	oblige bereiene aus oberianktion 33					

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 913	2 445	60	501	-	1 885
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	750	587	-	383	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	411	379	-	379	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 555	1 537	-	0	-	1 537
64	Handel	62	62	-	9	-	53
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	595	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 950	250	60	101	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 847	4 135	1 047	1 977	-	1 112
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 736	854	510	304	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	199	197	47	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 115	2 041	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 147	12 076	-	6	-	12 069
81	Wirtschaftsunternehmen	10908	6836	-	6	-	6 8 3 0
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 892	6 760	-	2	-	6 759
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 2 3 9	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 923	41 133	2 005	451	38 392	285
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	323	285	-	-	-	285
92	Schulden	38 405	38 405	-	13	38 392	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 194	2 443	2 005	438	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 000	279 388	27 366	23 602	38 392	190 029

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	675	1 691	2 468	2 468
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	586	-	586	586
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 691	1 700	1 700
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 934	1 777	-	7 712	7 712
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	16	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4 0 7 2
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 487	15 119	4 254	26 860	26 393

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,
-								
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³				47,0				
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
acganistana dei Machweisang			Is	st-Ergebnisse				Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8	306,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0	278,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,9	8,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8	- 27,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 48,4	- 27
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,1	8
Anteil a. d. Personalausgaben des	0/	15.2	140	140	15.0	14.4	142	12.0	
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,8	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3	38
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8	8
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6	12
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	57,5	
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	24,0	- 18
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6	8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									J
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	34,8	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2	247
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	1,3	7
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9	80
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	40,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	-48,4	- 27
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7	103
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	59,0	60,2	103,7	60,3	38,5	67,1	124,4	
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 026,7	2068	
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1311,0	1335 1/2	

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

³ Stand Stabilitätsrat Juli 2011; 2011 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	614,5	626,7	638,0	649,2	679,2	728,8	735,9
Einnahmen	549,0	574,2	597,6	648,5	668,9	634,8	653,1
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-91,7	-80,5
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder ³							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	182,2
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	174,5
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-7,7
			Veränderun	gen gegenübei	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,8	2,0	1,8	1,7	4,6	7,3	1,0
Einnahmen	-0,5	4,6	4,1	8,5	3,2	-5,1	2,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	4,4	3,2	0,2
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	1,1	-6,2	2,7
Gemeinden							
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2,8
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	2,6

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-10,9
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,0	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7
darunter:							
Bund	11,5	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3
Länder	11,7	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6
Gemeinden	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^{\}rm 3}$ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2010: Kassenergebnisse.

 $^{^4\,\}text{Kernhaushalte};$ bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 und 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inagaaamt		dav	on/on	
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011 ²	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7
2012 ²	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1
2013 ²	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8
2014 ²	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0
2015 ²	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vol Gesamtrec		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1981	22,8	39,1	22,9	38,3
1982	22,5	39,1	22,5	38,1
1983	22,5	38,7	22,6	37,9
1984	22,6	38,9	22,5	37,8
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1986	22,3	38,6	22,3	37,7
1987	22,5	39,0	22,5	38,0
1988	22,2	38,6	22,2	37,6
1989	22,7	38,8	22,8	37,9
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,3	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,1	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,7
1995	21,9	40,5	22,5	40,2
1996	21,8	41,0	21,8	40,0
1997	21,5	41,0	21,3	39,5
1998	22,1	41,3	21,7	39,6
1999	23,3	42,3	22,6	40,4
2000	23,5	42,1	22,8	40,3
2001	21,9	40,2	21,3	38,5
2002	21,5	39,9	20,7	38,0
2003	21,6	40,1	20,6	38,0
2004	21,1	39,2	20,2	37,2
2005	21,4	39,2	20,3	37,1
2006	22,2	39,5	21,1	38,1
2007	23,0	39,5	22,2	37,6
2008	23,1	39,7	22,7	38,1
2009	23,0	40,3	22,1	38,3
2010	22,2	39,1	21,4	37,3

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

²⁰⁰⁷ bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates								
		darunte	er						
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³						
		in Relation zum BIP in %							
1960	32,9	21,7	11,2						
1965	37,1	25,4	11,6						
1970	38,5	26,1	12,4						
1975	48,8	31,2	17,7						
1980	46,9	29,6	17,3						
1981	47,5	29,7	17,9						
1982	47,5	29,4	18,1						
1983	46,5	28,8	17,7						
1984	45,8	28,2	17,6						
1985	45,2	27,8	17,4						
1986	44,5	27,4	17,1						
1987	45,0	27,6	17,4						
1988	44,6	27,0	17,6						
1989	43,1	26,4	16,7						
1990	43,6	27,3	16,4						
1991	46,2	28,2	18,0						
1992	47,1	27,9	19,2						
1993	48,1	28,2	19,9						
1994	48,0	28,0	20,0						
1995	48,2	27,7	20,6						
1996	49,1	27,6	21,4						
1997	48,2	27,0	21,2						
1998	48,0	26,9	21,1						
1999	48,2	27,0	21,3						
2000	47,6	26,4	21,2						
2000 ⁴	45,1	23,9	21,2						
2001	47,6	26,3	21,4						
2002	47,9	26,2	21,7						
2003	48,5	26,4	22,0						
2004	47,1	25,8	21,3						
2005	46,9	26,0	20,9						
2006	45,3	25,4	19,9						
2007	43,5	24,5	19,0						
2008	44,0	25,0	19,1						
2009	48,1	27,0	21,1						
2010 ⁴	47,9	27,4	20,4						

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹
				Schulden	(Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368	2 028 21
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814	1 312 47
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283	1 036 199
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734	1 022 74
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549	13 45
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530	276 27
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	273 47
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 80
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745	595 14
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346	530 55
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009	52407
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 3 3 7	6 47
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 399	64 58
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 827	52 98
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571	11 60
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810	120 59
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039	117 64
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386	77 17
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653	40 46
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 771	2 95
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724	2 91
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555	715 74
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 644 000	1 761 000	2 080 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530	276 27
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498	1730
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540	28 55
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493	13 99
FMS Wertmanagement								216 42

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹
			,	Anteil an den S	schulden (in %)			
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	64,
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	51,
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	13,6
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1	29,3
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	5,9
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	35,3
			An	teil der Schuld	den am BIP (in	%)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4	81,9
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4	53,0
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	11,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2	24,0
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8	4,
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0	28,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,5	74,2	84,0
				Schulden in:	sgesamt (€)			
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	24810
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5	2 476,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	81 750 71

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2\,} Kredit markt schulden \, im \, weiteren \, Sinne \, zzgl. \, Kassen kredite$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	Abgrenzung de	Abgrenzung der Finanzstatistik				
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7
2000 ⁴	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0		-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,2	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9
20104	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

 $^{2007\,}bis\,2010\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis;\,Stand:\,August\,2011.$

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2008 Rechnungsergebniss, 2009 bis 2010 Kassenergebnisse.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in% des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2		
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-0,3	-1,3	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2		
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	0,1	-0,6	-2,4		
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,8	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3		
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3		
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3		
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,1	-7,3	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8		
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2		
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9		
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1		
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,4	-4,5	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0		
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3		
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3		
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,1	-3,5	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5		
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6		
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,5	-0,1	-1,8	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0		
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7		
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5		
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6		
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2		
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8		
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8		
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6		
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6		
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,7	0,0	0,9	2,0		
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1		
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,5	-4,2	1,6	-3,3		
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0		
EU	-	-	-	5,2	-0,4	-2,5	-0,9	-2,4	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8		
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,2	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8		
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6		

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitgliedstaaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

Stand: Mai 2011.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land		in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,5	83,2	82,4	81,1		
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	96,8	97,0	97,5		
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	6,6	6,1	6,9		
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,4	110,7	127,1	142,8	157,7	166,1		
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,3	60,1	68,1	71,0		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,9	67,7	78,3	81,7	84,7	86,8		
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,4	65,6	96,2	112,0	117,9		
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,9	103,6	106,3	116,1	119,0	120,3	119,8		
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	60,8	62,3	64,3		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,6	18,4	17,2	19,0		
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,6	62,0	61,5	67,6	68,0	68,0	67,9		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	62,7	63,9	64,0		
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	60,7	63,8	69,6	72,3	73,8	75,4		
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	68,3	71,6	83,0	93,0	101,7	107,4		
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	41,0	44,8	46,8		
Slowenien	-	-	-	18,7	26,4	26,7	23,1	21,9	35,2	38,0	42,8	46,0		
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	48,4	50,6	52,2		
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,1	70,0	66,2	69,9	79,3	85,4	87,7	88,5		
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,6	16,2	18,0	18,6		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,5	34,5	41,8	43,6	45,3	47,1		
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	44,7	48,2	49,4		
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	38,2	40,7	43,6		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,0	55,4	55,1		
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	12,6	13,4	23,6	30,8	33,7	34,8		
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	40,2	38,8	42,8	39,8	36,5	33,4		
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	38,5	41,3	42,9		
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	80,2	75,2	72,7		
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	54,4	69,6	80,0	84,2	87,9		
EU	-	-	-	69,7	61,8	62,8	59,0	62,3	74,4	80,2	82,3	83,3		
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	195,0	217,6	223,1	236,1	242,1		
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92,0	98,3	102,4		

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011; für USA und Japan alle Jahre. Stand: Mai 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3	
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6	
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9	
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7	
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009		
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0		
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2		
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2		
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1		
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9		
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4		
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8		
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5		
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1			
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1		
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5		
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0		
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8		
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3			
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2			
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4		
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3		
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3		
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7		
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8		
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1		
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3		
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0		

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2\,}Nicht\,vergleich bar\,mit\,Quoten\,in\,der\,Abgrenzung\,der\,Volkswirtschaftlichen\,Gesamtrechnung\,oder\,der\,deutschen\,Finanzstatistik,$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

		Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,6	45,3	44,3		
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,0	48,6	48,4	50,1	54,0	53,0	53,1	53,6		
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	40,0	39,8	40,4		
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	56,0	54,8	53,7	53,5		
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,8	56,2	56,2	55,8	55,4		
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,3	49,6	52,7	49,6	49,7	49,5		
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	67,0	45,5	43,9		
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	50,6	49,9	49,2		
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	41,2	40,3	40,1		
Malta	-	-	39,7	41,0	44,6	44,3	42,6	43,5	43,2	42,3	42,7	42,4		
Niederlande	57,3	54,9	51,9	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,3	50,2	49,4		
Österreich	53,5	51,5	56,4	52,0	50,2	49,4	48,8	49,2	52,9	53,0	52,4	52,0		
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	44,3	44,6	49,8	50,7	47,7	46,9		
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,3	44,6	42,5	44,1	49,0	49,0	49,1	48,1		
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,0	42,9	42,0		
Zypern	-	-	33,1	36,6	42,9	42,6	41,2	41,7	45,8	46,6	46,1	45,9		
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	46,0	46,9	50,8	50,4	49,1	48,5		
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,7	37,7	37,4	36,6		
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	58,0	57,5	56,8		
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,8	38,8	44,2	42,9	41,4	40,4		
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	44,0	41,2	39,0	38,3		
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,5	45,7	45,8	43,7		
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	35,5	36,3	38,3	40,6	40,8	38,8	38,1		
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,9	52,7	51,5	50,6		
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	41,0	38,8	37,4		
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,2	45,6	45,2		
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,6	48,8	50,4	45,3		
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,6	51,0	49,8	48,6		
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,3	49,1	48,3		
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,3	41,7	40,8		
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,2	41,8	42,3	44,1	44,8		

 $^{^{1}1985\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Stand: Mai 2011.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹		EU-Haushalt 2011 ²				
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2	
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1	
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4	
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0	

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differenz	in%	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	- 3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

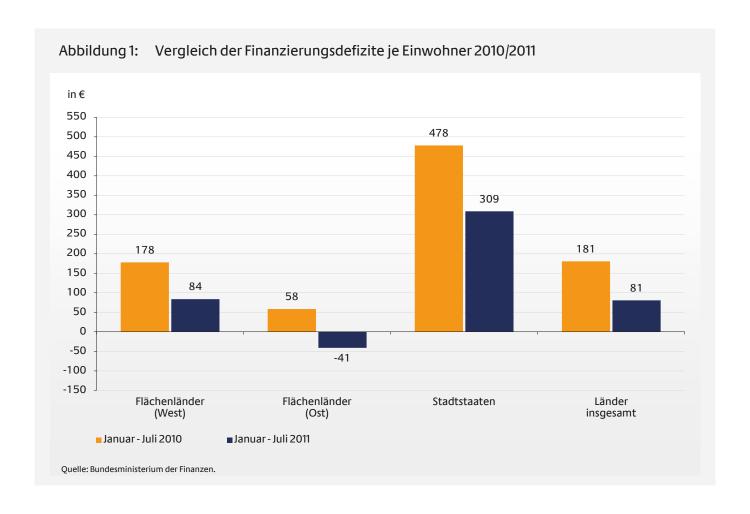
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenländ	der (West)	Flächenlän	der (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	188 549	116 091	49 619	28 959	31 812	19 845	264 200	162 059
darunter:								
Steuereinnahmen	144 221	88 892	25 619	15 484	19 557	12 164	189397	116 540
Übrige Einnahmen	44 328	27 199	24 000	13 476	12 255	7 681	74803	45 519
Bereinigte Ausgaben	204 900	121 378	51 641	28 433	37 218	21 674	287 978	168 649
darunter:								
Personalausgaben	81 562	48 581	12 385	7 187	10726	6 782	104673	62 550
Lfd. Sachaufwand	13 503	7 400	3 771	2 030	7833	4 9 2 9	25 106	14359
Zinsausgaben	13 736	9 002	3 134	1 770	4069	2 381	20939	13 152
Sachinvestitionen	4078	1 809	1 708	730	820	373	6 606	2 913
Zahlungen an Verwaltungen	55 021	32 496	15 717	10 242	917	675	65 875	40 57
Übrige Ausgaben	37 000	22 089	14926	6 476	12854	6 5 3 4	64779	35 099
Finanzierungssaldo	-16 351	-5 287	-2 021	526	-5 396	-1 829	-23 769	-6 59

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2011

		in Mio. €									
			Juli 2010			Juni 2011			Juli 2011		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	143 120	147 877	281 367	127 980	140 154	259 710	150 535	162 059	301 233	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	139 462	139 885	279 348	126 430	132 169	258 599	147 411	152 576	299 98	
111	Steuereinnahmen	123 245	106 759	230 003	116 269	101 293	217 562	135 977	116 540	252 51	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 489	26 040	27 529	1 272	24343	25 616	1 540	27 921	29 46	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 200	1 200	-	1 331	1 331	-	1 249	1 24	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 658	7 991	11 649	1 550	7 985	9 534	3 124	9 482	12 600	
121	Veräußerungserlöse	1 822	204	2 0 2 6	830	294	1 123	999	345	134	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 480	64	1 544	663	76	739	796	84	880	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	462	5 758	6 2 2 0	304	5 432	5 736	538	6 684	7 22	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	188 128	162 652	341 151	150 304	144 822	286 703	185 285	168 649	342 57	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	175 394	147 803	323 197	140 755	131 798	272 553	172 739	152 975	325 71	
211	Personalausgaben	17 075	61 011	78 087	14 682	53 706	68 387	17 01 1	62 550	79 56	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 808	17 506	22 314	4 190	15 401	19 592	4848	18 050	22 89	
212	Laufender Sachaufwand	10 436	14 175	24610	8 466	12 179	20 645	10 259	14359	2461	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4919	9 418	14336	4 160	7 953	12 113	4997	9 438	1443	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	28 858	13 247	42 105	16891	11 899	28 790	29 078	13 152	42 23	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 124	31 026	39 149	7 420	30 122	37 541	9 466	34363	43 82	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 419	- 419	-	507	507	-	599	59	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8	29 355	29 364	6	27 605	27 611	7	31 516	31 52	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	12 734	14849	27 583	9 549	13 024	22 573	12 547	15 674	28 22	
221	Sachinvestitionen	3 092	2866	5 958	2 264	2 362	4626	2 896	2913	5 80	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 623	5 422	8 045	1 929	5 141	7 070	2 725	6213	8 93	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	12 435	14 446	26 880	9 335	12 604	21 939	12 275	14992	27 26	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2011

						in Mio. €				
			Juli 2010			Juni 2011		Juli 2011		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 32 877 ²	-10 484	-43 360	-27 051 ²	-6 295	-33 345	-22 288 ²	-4 669	-26 95
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	154 704	38 381	193 085	141 376	31 520	172 896	166 256	38 727	204 98
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	117 440	44819	162 259	105 119	37 416	142 535	130 921	47 446	178 36
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	37 264	-6 438	30826	36 257	-5 896	30361	35 335	-8 719	26 61
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-17 880	5 801	-12 079	-27 581	3 5 1 6	-24064	-36 709	3 867	-32 84
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 290	15 290	-	16 164	16 164	-	18 069	18 06
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	17 881	-7 101	10 780	27 581	-4052	23 529	36 711	-3 232	33 47

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	21 022	25 608 a	5 500	11 641	3 688	13 791	30 425	7 119	2 072
1	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	20 094	24512	5 0 1 7	11 108	3 337	13 117	28 782	6 8 1 7	2 039
111	Steuereinnahmen	15 587	20 124	3 097	9 238	1 865	9 740	23 806	5 255	1 393
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 265	2 269	1 573	1 208	1 257	1 640	3 465	1 138	570
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	76	28	101	64	22
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	179	-	195	152	224	120	55
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	928	1 095 a	483	533	351	675	1 643	302	33
121	Veräußerungserlöse	0	1	15	12	4	72	6	0	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	69	-	-	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	668	849	192	513	198	536	1 191	202	22
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	22 029	23 895 b	5 443	12 795	3 860	14 600	32 783	8 323	2 152
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	19928	21 667 b	4821	11 619	3 376	13 709	29 478	7 475	2 028
211	Personalausgaben	9 3 9 0	10 650	1 367	4514	950	5 5 6 4 ²	12 097 ²	3 350	862
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 025	3 104	103	1 471	60	1 755	4120	1 015	331
212	Laufender Sachaufwand	1 000	1 682	316	1 005	245	970	1 781	575	105
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	901	1 367	265	819	217	793	1 323	488	95
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1416	822 b	420	1 139	218	1 139	2 905	668	347
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 041	6118	1 781	3 125	1 266	3 690	7 014	1 738	251
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	831	2 088	-	1 107	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4 1 7 9	3 971	1 494	1 995	1 066	3 690	6 959	1 709	237
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 101	2 228	623	1 176	485	891	3 305	848	123
221	Sachinvestitionen	406	690	40	320	158	113	132	59	8
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	949	831	256	591	161	254	1 630	307	26
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2019	2 130	622	1 132	485	891	3 153	814	114

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 007	1 713 °	57	-1 155	- 173	- 809	-2 358	-1 204	- 79
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4064	2 469 ^d	2 012	2 820	-30	2 683	11 487	6 052	383
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 755	2 660 ^d	3 561	4 600	-	2 613	14 273	6 409	677
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 691	- 191	-1 550	-1 781	- 30	70	-2 786	- 356	- 294
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten		-	520	790	-	-	1 881	73	239
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 077	4717	28	1 244	879	2 819	1 193	4	155
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 16	-	-1 211	-1 691	7	1 841	-2 267	- 72	- 223

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Juli-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 252,5 Mio. €, c -240,4 Mio. €, d 50,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 611	5 167	5 004	4 995	11 307	2 184	6 364	162 059
11	Einnahmen der laufenden Rechung	8 060	4879	4751	4 5 4 0	10710	2 128	6 124	152 57
111	Steuereinnahmen	4961	2 801	3 750	2 761	5918	1 221	5 025	11654
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 652	1 806	655	1 515	3 687	704	519	27 92
1121	darunter: Allgemeine BEZ	180	102	15	95	484	82	-	1 24
1122	Länderfinanzausgleich ¹	405	263	39	245	1312	248	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 551	288	253	455	597	56	240	9 48
121	Veräußerungserlöse	2	4	2	9	117	1	96	34
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	5	1	0	8
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 249	204	171	217	298	51	126	6 68
	Bereinigte Ausgaben ¹								
2	für das laufende Haushaltsjahr	8 422	5 474	5 391	5 235	12 707	2 526	6 452	168 64
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	7 450	4972	5 0 1 4	4728	12 061	2 325	5 762	152 97
211	Personalausgaben	2 169	1 355	2 155	1 346	4 0 4 5	820	1917	62 55
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	115	97	756	84	1 067	271	679	18 05
212	Laufender Sachaufwand	520	552	281	397	2826	418	1 685	1435
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	392	208	237	226	1 300	188	618	9 43
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	204	483	568	443	1 555	279	546	13 15
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 928	1 521	1 344	1 697	157	81	47	3436
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	10	59
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 234	1 232	1 277	1 461	4	2	6	31 51
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	971	502	377	507	647	200	690	15 67
221	Sachinvestitionen	313	88	81	131	142	30	202	291
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	277	193	177	162	68	74	259	621
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	972	502	376	507	607	199	471	1499

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2011

		in Mio. € Sachsen Sachsen-Anhalt Holst. Thüringen Berlin Bremen Hamburg Länder zusammen 1 189 - 307 - 387 - 240 - 1401 - 341 - 87 - 6590 480 2916 2217 1718 5629 991 - 1220 44670 721 2274 2448 1130 6481 2147 - 55748										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen			Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg				
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 189	- 307	- 387	- 240	-1 401	- 341	- 87	-6 590			
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung											
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	480	2 916	2 2 1 7	1 718	5 629	991	-1 220	44 670			
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	721	2 274	2 448	1 130	6 481	2 147	-	55 748			
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 241	643	- 231	588	-852	-1 156	-1 220	-11 078			
	Zum Ende des Monats bestehende											
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände											
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	979	-	-	1 690	703	79	6 953			
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 189	73	-	101	386	392	2 144	17 399			
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 150	- 456	288	-1 681	- 936	1 133	-6 436			

 $^{^{1}}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Juli-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 252,5 Mio. €, c -240,4 Mio. €, d 50,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	1,9	3,3	2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	0,3	1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	2,5	2,5	2,7	22,5
1995	37,8	0,4	50,2	3,2	7,9	1,7	1,3	2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	0,8	0,9	2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	1,7	1,9	2,3	21,0
1998	38,1	1,1	50,9	3,7	8,9	1,9	0,7	1,1	21,1
1999	38,7	1,5	51,2	3,4	8,1	1,9	0,4	0,9	21,3
2000	39,4	1,7	51,6	3,1	7,4	3,1	1,3	2,7	21,5
2001	39,5	0,3	51,7	3,2	7,5	1,5	1,2	2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	0,0	0,6	1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	0,5	0,9	17,8
2004	39,0	0,3	52,2	4,2	9,7	1,2	0,9	0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	0,7	0,8	1,2	17,3
2006	39,2	0,6	52,6	4,2	9,8	3,7	3,1	3,6	18,1
2007	39,9	1,7	52,7	3,6	8,3	3,3	1,5	1,7	18,4
2008	40,3	1,2	52,9	3,1	7,2	1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	0,5	53,1	2,9	6,8	3,7	3,2	1,4	17,5
2005/00	39,2	-0,2	51,9	3,8	8,8	0,6	0,8	1,4	18,7
2010/05	39,9	0,8	52,9	3,6	8,3	1,3	0,5	0,8	17,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	а.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2005/00	+1,7	+1,1	+0,3	+1,0	+1,5	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+0,9	-0,2	+1,0	+1,2	+1,6	+0,6

 $^{^{1} \}hbox{Einschl.\,private\,Organisationen\,ohne\,Erwerbszweck.}$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	0,4	0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	9,1	8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	7,8	6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	6,0	4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	12,7	11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	6,9	6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	16,2	18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	7,0	1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	0,9	2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	10,3	7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	8,6	9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	14,6	14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	8,8	5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	3,8	6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	16,5	16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2005/00	6,1	3,5	75,8	44,0	36,6	33,1	3,5	2,0
2010/05	4,8	5,0	137,4	146,4	45,1	39,4	5,8	6,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	ı .	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991			•	70,8	70,8		•	
1992	6,7	2,6	8,4	71,9	72,1	10,2	4,0	
1993	1,4	-0,8	2,3	72,5	72,9	4,3	0,9	
1994	4,1	8,2	2,5	71,4	72,0	1,9	-2,3	
1995	3,9	4,9	3,5	71,1	71,8	2,9	-0,9	
1996	1,5	3,1	0,8	70,7	71,5	1,2	0,4	
1997	1,5	4,2	0,3	69,9	70,8	0,0	-2,5	
1998	1,8	1,3	2,0	70,0	71,0	0,8	0,4	
1999	1,0	-2,4	2,5	71,1	72,0	1,3	1,3	
2000	2,2	-1,5	3,7	72,1	72,9	1,3	1,7	
2001	2,3	3,6	1,9	71,8	72,6	2,0	1,3	
2002	0,9	1,7	0,6	71,6	72,5	1,4	0,1	
2003	1,1	3,2	0,2	71,0	72,1	1,1	-1,3	
2004	4,9	16,0	0,3	67,9	69,2	0,5	0,9	
2005	1,6	6,4	-0,7	66,4	68,0	0,3	-1,4	
2006	5,5	13,3	1,6	63,9	65,5	0,8	-1,2	
2007	3,8	5,8	2,7	63,2	64,7	1,5	-0,4	
2008	0,9	-3,7	3,6	64,9	66,3	2,2	-0,4	
2009	-4,6	-13,5	0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5	
2010	5,1	10,5	2,5	66,5	68,0	2,2	1,6	
2005/00	2,1	6,0	0,5	70,1	71,2	1,1	-0,1	
2010/05	2,1	2,0	2,1	65,5	67,0	1,3	-0,2	

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung.

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 14.04.2011.

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12.

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar unter der Internetseite: http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/ outgaps/library. Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre

- verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen zum Stand der Frühjahrsprojektion 2011 der Bundesregierung. Die Jahre 2011 und 2012 basieren auf der Kurzfristprojektion, die Jahre 2013 bis 2015 auf der Mittelfristprojektion und Potenzialschätzung der Bundesregierung.
- 5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d.h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Außer als Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden. Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell

schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt. Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind in dem Monatsbericht Februar 2011 Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http:// www.bundesfinanzministerium. de/nn 123210/DE/BMF Startseite/ Aktuelles/Monatsbericht des BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03konjunkturkomponente-des-bundes/node.

html? nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)		J	in Mrd. € (nominal)
2010	2 548,4	2 498,8	-49,6	0,248	-12,3
2011	2 610,9	2 587,0	-23,9	0,160	-3,8
2012	2 694,6	2 677,1	-17,4	0,160	-2,8
2013	2 771,4	2 757,6	-13,9	0,160	-2,2
2014	2 848,5	2 840,4	-8,1	0,160	-1,3
2015	2 925,8	2 925,8	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial	Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIP
1982	1 355,9	+2,0	948,9	+6,7	-23,6	-1,7	-16,5	
1983	1 383,7	+2,0	995,5	+4,9	-30,4	-2,2	-21,8	
1984	1 411,6	+2,0	1 035,8	+4,0	-20,1	-1,4	-14,7	
1985	1 438,7	+1,9	1 078,1	+4,1	-14,8	-1,0	-11,1	
1986	1 468,9	+2,1	1 133,7	+5,2	-12,4	-0,8	-9,6	
1987	1 501,0	+2,2	1 173,3	+3,5	-24,0	-1,6	-18,8	
1988	1 539,1	+2,5	1 223,5	+4,3	-7,4	-0,5	-5,9	
1989	1 584,5	+2,9	1 295,8	+5,9	6,8	0,4	5,6	
1990	1 642,7	+3,7	1 389,0	+7,2	32,3	2,0	27,3	
1991	1 695,5	+3,2	1 477,9	+6,4	65,1	3,8	56,7	3,8
1992	1 746,1	+3,0	1 597,5	+8,1	53,7	3,1	49,1	3,1
1993	1 790,2	+2,5	1 699,0	+6,4	-4,9	-0,3	-4,7	-0,3
1994	1 826,9	+2,1	1 775,1	+4,5	5,8	0,3	5,6	0,3
1995	1 861,5	+1,9	1 842,6	+3,8	5,9	0,3	5,8	0,3
1996	1 894,7	+1,8	1 884,9	+2,3	-8,8	-0,5	-8,7	-0,5
1997	1 926,9	+1,7	1 922,4	+2,0	-6,9	-0,4	-6,9	-0,4
1998	1 959,1	+1,7	1 965,5	+2,2	-0,1	0,0	-0,1	0,0
1999	1 992,6	+1,7	2 006,2	+2,1	5,8	0,3	5,8	0,3
2000	2 026,9	+1,7	2 026,9	+1,0	35,6	1,8	35,6	1,8
2001	2 060,6	+1,7	2 085,4	+2,9	27,5	1,3	27,8	1,3
2002	2 091,3	+1,5	2 146,5	+2,9	-3,2	-0,2	-3,3	-0,2
2003	2 118,4	+1,3	2 200,0	+2,5	-34,9	-1,6	-36,2	-1,6
2004	2 143,3	+1,2	2 247,2	+2,1	-34,6	-1,6	-36,3	-1,6
2005	2 166,1	+1,1	2 286,0	+1,7	-41,5	-1,9	-43,8	-1,9
2006	2 190,4	+1,1	2 320,5	+1,5	5,7	0,3	6,0	0,3
2007	2 218,4	+1,3	2 393,5	+3,1	36,1	1,6	38,9	1,6
2008	2 248,0	+1,3	2 449,8	+2,4	28,8	1,3	31,4	1,3
2009	2 267,8	+0,9	2 505,9	+2,3	-98,4	-4,3	-108,8	-4,3
2010	2 292,8	+1,1	2 548,4	+1,7	-44,6	-1,9	-49,6	-1,9
2011	2 327,1	+1,5	2 610,9	+2,5	-21,3	-0,9	-23,9	-0,9
2012	2 362,8	+1,5	2 694,6	+3,2	-15,3	-0,6	-17,4	-0,6
2013	2 397,6	+1,5	2 771,4	+2,9	-12,0	-0,5	-13,9	-0,5
2014	2 431,1	+1,4	2 848,5	+2,8	-6,9	-0,3	-8,1	-0,3
2015	2 463,5	+1,3	2 925,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital	
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte	
1982	+2,0	1,3	0,1	0,6	
1983	+2,0	1,4	0,0	0,6	
1984	+2,0	1,5	-0,1	0,6	
1985	+1,9	1,6	-0,2	0,6	
1986	+2,1	1,6	-0,1	0,6	
1987	+2,2	1,7	-0,1	0,6	
1988	+2,5	1,8	0,1	0,6	
1989	+2,9	1,9	0,3	0,7	
1990	+3,7	2,0	0,8	0,8	
1991	+3,2	2,0	0,3	0,9	
1992	+3,0	1,9	0,0	1,1	
1993	+2,5	1,7	-0,1	0,9	
1994	+2,1	1,6	-0,4	0,8	
1995	+1,9	1,4	-0,3	0,8	
1996	+1,8	1,3	-0,3	0,7	
1997	+1,7	1,3	-0,3	0,7	
1998	+1,7	1,2	-0,2	0,7	
1999	+1,7	1,3	-0,2	0,7	
2000	+1,7	1,3	-0,3	0,7	
2001	+1,7	1,2	-0,2	0,6	
2002	+1,5	1,1	-0,1	0,4	
2003	+1,3	1,0	0,0	0,3	
2004	+1,2	0,9	0,0	0,3	
2005	+1,1	0,8	0,0	0,3	
2006	+1,1	0,7	0,0	0,4	
2007	+1,3	0,6	0,2	0,5	
2008	+1,3	0,5	0,3	0,6	
2009	+0,9	0,3	0,1	0,5	
2010	+1,1	0,5	0,3	0,4	
2011	+1,5	0,5	0,5	0,5	
2012	+1,5	0,6	0,4	0,5	
2013	+1,5	0,7	0,2	0,5	
2014	+1,4	0,8	0,0	0,5	
2015	+1,3	0,9	-0,1	0,6	

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1982	1 332,4	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 353,3	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 391,5	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 423,9	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 456,5	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 476,9	+1,4	1 154,5	+2,7		
1988	1 531,7	+3,7	1 217,5	+5,5		
1989	1 591,4	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 675,0	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 760,6	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 799,7	+2,2	1 646,6	+7,3		
1993	1 785,3	-0,8	1 694,4	+2,9		
1994	1 832,7	+2,7	1 780,8	+5,1		
1995	1 867,4	+1,9	1 848,5	+3,8		
1996	1 886,0	+1,0	1 876,2	+1,5		
1997	1 920,0	+1,8	1 915,6	+2,1		
1998	1 959,0	+2,0	1 965,4	+2,6		
1999	1 998,4	+2,0	2 012,0	+2,4		
2000	2 062,5	+3,2	2 062,5	+2,5		
2001	2 088,1	+1,2	2 113,2	+2,5		
2002	2 088,1	+0,0	2 143,2	+1,4		
2003	2 083,5	-0,2	2 163,8	+1,0		
2004	2 108,7	+1,2	2 210,9	+2,2		
2005	2 124,6	+0,8	2 242,2	+1,4		
2006	2 196,2	+3,4	2 326,5	+3,8		
2007	2 254,5	+2,7	2 432,4	+4,6		
2008	2 276,8	+1,0	2 481,2	+2,0		
2009	2 169,3	-4,7	2 3 9 7, 1	-3,4		
2010	2 248,1	+3,6	2 498,8	+4,2		
2011	2 305,8	+2,6	2 587,0	+3,5		
2012	2 347,5	+1,8	2 677,1	+3,5		
2013	2 385,6	+1,6	2 757,6	+3,0		
2014	2 424,2	+1,6	2 840,4	+3,0		
2015	2 463,5	+1,6	2 925,8	+3,0		

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen ang aben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ veröffentlichten \ Indexwerte \ (2000=100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsb	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı	
982	52 069	+1,3	68,6	68,6	33 655	-0,8	
983	52 587	+1,0	68,9	68,3	33 348	-0,9	
984	52 916	+0,6	69,3	68,7	33 636	+0,9	
985	53 021	+0,2	69,9	69,7	34 108	+1,4	
1986	53 093	+0,1	70,6	70,6	34 763	+1,9	
987	53 128	+0,1	71,3	71,4	35 248	+1,4	
1988	53 294	+0,3	71,9	72,2	35 750	+1,4	
1989	53 664	+0,7	72,5	72,6	36 421	+1,9	
1990	54518	+1,6	72,9	73,2	37 568	+3,2	
1991	55 023	+0,9	73,2	74,1	38 621	+2,8	
1992	55 349	+0,6	73,3	73,3	38 059	-1,5	
1993	55 613	+0,5	73,4	73,0	37 555	-1,3	
1994	55 686	+0,1	73,4	73,3	37516	-0,1	
1995	55 775	+0,2	73,5	73,2	37 601	+0,2	
1996	55 907	+0,2	73,6	73,3	37 498	-0,3	
1997	55 980	+0,1	73,9	73,7	37 463	-0,1	
1998	55 991	+0,0	74,4	74,4	37 911	+1,2	
1999	55 952	-0,1	74,9	74,8	38 424	+1,4	
2000	55 852	-0,2	75,4	75,7	39 144	+1,9	
2001	55 772	-0,1	76,0	76,2	39316	+0,4	
2002	55 719	-0,1	76,6	76,5	39 096	-0,6	
2003	55 596	-0,2	77,2	76,7	38 726	-0,9	
2004	55 359	-0,4	77,8	77,7	38 880	+0,4	
2005	55 063	-0,5	78,4	78,8	38 835	-0,1	
2006	54746	-0,6	79,0	79,1	39 075	+0,6	
2007	54 523	-0,4	79,5	79,5	39 724	+1,7	
2008	54377	-0,3	79,9	79,8	40 276	+1,4	
2009	54 080	-0,5	80,2	80,4	40 271	-0,0	
2010	53 861	-0,4	80,5	80,6	40 483	+0,5	
2011	53 832	-0,1	80,7	80,7	40 873	+1,0	
2012	53 750	-0,2	80,9	80,8	41 113	+0,6	
2013	53 603	-0,3	81,1	81,0	41 142	+0,1	
2014	53 391	-0,4	81,3	81,2	41 172	+0,1	
2015	53 128	-0,5	81,4	81,6	41 201	+0,1	
2016	52 838	-0,5	81,6	81,6	41 013	-0,5	
2017	52 521	-0,6	81,7	81,7	40 868	-0,4	
2018	52 185	-0,6	81,9	81,8	40 700	-0,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	A	Arbeitszeit je Erwerbstät	Arbeitslosigkeit			
Jahr		end		w. prognostiziert	in % der Erwerbspersonen²	NAIRU ³
1000	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr		
1982	1707	-0,9	1 706	-0,6	5,8	5,1
1983	1 692	-0,9	1 694	-0,8	7,2	5,5
1984	1 675	-1,0	1 682	-0,7	7,5	5,9
1985	1 658	-1,0	1 659	-1,4	7,7	6,2
1986	1 640	-1,1	1 640	-1,1	7,2	6,4
1987	1 623	-1,1	1 618	-1,3	7,1	6,6
1988	1 606	-1,0	1 613	-0,3	7,1	6,7
1989	1 590	-1,0	1 590	-1,4	6,5	6,8
1990	1 576	-0,9	1 567	-1,4	5,8	6,9
1991	1 565	-0,7	1 548	-1,2	5,3	6,9
1992	1 556	-0,6	1 566	+1,2	6,2	7,1
1993	1 548	-0,5	1 550	-1,0	7,5	7,2
1994	1 540	-0,5	1 547	-0,2	8,1	7,4
1995	1 531	-0,6	1 534	-0,9	7,9	7,5
1996	1 521	-0,7	1 518	-1,0	8,5	7,8
1997	1 510	-0,7	1 509	-0,6	9,2	8,0
1998	1 498	-0,8	1 503	-0,4	9,0	8,2
1999	1 486	-0,8	1 492	-0,8	8,1	8,3
2000	1 474	-0,8	1 473	-1,3	7,4	8,5
2001	1 462	-0,8	1 458	-1,0	7,5	8,6
2002	1 452	-0,7	1 445	-0,9	8,3	8,7
2003	1 444	-0,6	1 439	-0,4	9,2	8,7
2004	1 438	-0,4	1 442	+0,2	9,7	8,7
2005	1 432	-0,4	1 434	-0,5	10,5	8,6
2006	1 428	-0,3	1 430	-0,3	9,8	8,4
2007	1 424	-0,3	1 430	+0,0	8,3	8,1
2008	1 420	-0,2	1 426	-0,2	7,2	7,7
2009	1 418	-0,2	1 390	-2,5	7,4	7,3
2010	1 418	-0,0	1 419	+2,1	6,7	6,9
2011	1 418	+0,0	1 426	+0,5	5,9	6,4
2012	1 418	-0,0	1 425	-0,1	5,3	5,9
2013	1 416	-0,1	1 419	-0,4	5,2	5,4
2014	1 413	-0,2	1 414	-0,4	5,1	5,0
2015	1 408	-0,3	1 408	-0,4	5,0	4,5
2016	1 403	-0,4	1 402	-0,4	2,3	.,,0
2017	1 397	-0,4	1 395	-0,4		
2018	1391	-0,4	1 389	-0,4		

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

 $^{^{\}rm 3}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Nettoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Abschreibungsquote	
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	4 421,0	+1,8	268,8	-4,6	4,4
1983	4502,9	+1,9	276,8	+3,0	4,4
1984	4 580,1	+1,7	277,2	+0,1	4,4
1985	4 654,0	+1,6	279,1	+0,7	4,5
1986	4731,6	+1,7	288,0	+3,2	4,5
1987	4810,4	+1,7	294,0	+2,1	4,5
1988	4897,0	+1,8	308,8	+5,0	4,6
1989	4 997,6	+2,1	331,2	+7,2	4,7
1990	5 115,0	+2,4	357,7	+8,0	4,8
1991	5 240,6	+2,5	376,7	+5,3	4,9
1992	5 400,6	+3,1	394,2	+4,6	4,5
1993	5 546,9	+2,7	377,1	-4,3	4,3
1994	5 680,0	+2,4	393,3	+4,3	4,7
1995	5 8 1 0, 7	+2,3	392,5	-0,2	4,6
1996	5 931,5	+2,1	390,5	-0,5	4,6
1997	6 046,4	+1,9	394,4	+1,0	4,7
1998	6 162,6	+1,9	410,0	+4,0	4,9
1999	6 285,2	+2,0	429,5	+4,7	5,0
2000	6 413,5	+2,0	442,4	+3,0	5,0
2001	6 5 3 0, 4	+1,8	426,3	-3,6	4,8
2002	6 614,7	+1,3	400,4	-6,1	4,8
2003	6 679,8	+1,0	399,2	-0,3	5,0
2004	6741,6	+0,9	398,0	-0,3	5,0
2005	6 800,2	+0,9	401,4	+0,9	5,1
2006	6 877,1	+1,1	433,4	+8,0	5,2
2007	6 984,0	+1,6	453,7	+4,7	5,0
2008	7 106,8	+1,8	465,2	+2,5	4,9
2009	7 202,2	+1,3	418,2	-10,1	4,5
2010	7 277,7	+1,0	443,4	+6,0	5,1
2011	7 373,4	+1,3	467,6	+5,5	5,1
2012	7 485,3	+1,5	488,7	+4,5	5,1
2013	7 601,1	+1,5	498,3	+1,9	5,
2014	7 720,7	+1,6	508,0	+1,9	5,1
2015	7 844,0	+1,6	517,9	+1,9	5,

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,3562	-7,3440
1983	-7,3361	-7,3299
1984	-7,3154	-7,3150
1985	-7,2981	-7,2994
1986	-7,2862	-7,2832
1987	-7,2783	-7,2662
1988	-7,2552	-7,2478
1989	-7,2267	-7,2286
1990	-7,1944	-7,2086
1991	-7,1632	-7,1888
1992	-7,1497	-7,1702
1993	-7,1517	-7,1534
1994	-7,1320	-7,1378
1995	-7,1169	-7,1237
1996	-7,1057	-7,1105
1997	-7,0900	-7,0977
1998	-7,0820	-7,0853
1999	-7,0727	-7,0728
2000	-7,0520	-7,0601
2001	-7,0424	-7,0479
2002	-7,0374	-7,0368
2003	-7,0339	-7,0271
2004	-7,0289	-7,0186
2005	-7,0203	-7,0110
2006	-6,9931	-7,0040
2007	-6,9829	-6,9983
2008	-6,9867	-6,9938
2009	-7,0230	-6,9905
2010	-7,0076	-6,9859
2011	-6,9964	-6,9807
2012	-6,9870	-6,9744
2013	-6,9742	-6,9672
2014	-6,9615	-6,9593
2015	-6,9488	-6,9507

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2000=100	in % ggü. Vorjahr	2000=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	70,0	+4,6	72,2	+5,0	540,1	+3,1	
1983	71,9	+2,8	74,5	+3,2	552,1	+2,2	
1984	73,4	+2,0	76,4	76,4 +2,5		+3,9	
1985	74,9	+2,1	77,5	+1,5	596,7	+4,0	
1986	77,2	+3,0	76,7	-1,1	628,4	+5,3	
1987	78,2	+1,3	76,6	-0,1	656,9	+4,5	
1988	79,5	+1,7	78,1	+1,8	684,6	+4,2	
1989	81,8	+2,9	81,1	+3,9	716,2	+4,6	
1990	84,6	+3,4	83,5	+3,0	774,9	+8,2	
1991	87,2	+3,1	85,9	+2,9	845,0	+9,0	
1992	91,5	+5,0	89,5	+4,1	916,1	+8,4	
1993	94,9	+3,7	92,5	+3,4	938,2	+2,4	
1994	97,2	+2,4	94,8	+2,5	961,7	+2,5	
1995	99,0	+1,9	96,0	+1,3	997,8	+3,8	
1996	99,5	+0,5	97,0	+1,0	1 007,6	+1,0	
1997	99,8	+0,3	98,3	+1,4	1 012,0	+0,4	
1998	100,3	+0,6	98,8	+0,5	1 033,6	+2,1	
1999	100,7	+0,4	99,1	+0,3	1 060,9	+2,6	
2000	100,0	-0,7	100,0	+0,9	1 101,7	+3,8	
2001	101,2	+1,2	101,8	+1,8	1 122,2	+1,9	
2002	102,6	+1,4	103,0	+1,2	1 129,6	+0,7	
2003	103,9	+1,2	104,6	+1,5	1 133,2	+0,3	
2004	104,8	+1,0	106,0	+1,3	1 137,8	+0,4	
2005	105,5	+0,7	107,4	+1,4	1 130,8	-0,6	
2006	105,9	+0,4	108,6	+1,1	1 149,8	+1,7	
2007	107,9	+1,8	110,5	+1,8	1 180,4	+2,7	
2008	109,0	+1,0	112,4	+1,7	1 222,5	+3,6	
2009	110,5	+1,4	112,5	+0,1	1 225,8	+0,3	
2010	111,2	+0,6	114,7	+2,0	1 260,0	+2,8	
2011	112,2	+0,9	117,1	+2,1	1 297,7	+3,0	
2012	114,0	+1,6	119,2	+1,8	1 338,9	+3,2	
2013	115,6	+1,4	121,1	+1,6	1 370,4	+2,4	
2014	117,2	+1,4	123,0	+1,6	1 402,6	+2,4	
2015	118,8	+1,4	124,9	+1,6	1 435,6	+2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,9	+3,2	+0,8	+2,7	+1,0	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,9	+1,0	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+9,4	+6,9	-5,1	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	+4,3	+1,0	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5
Frankreich	+1,7	+2,6	+2,1	+3,9	+1,9	+2,4	+0,2	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,7	+6,0	+5,6	-3,5	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,7	+1,5	-1,3	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+5,1	+3,6	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+6,6	+1,4	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+4,7	+4,4	+5,3	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+3,9	+1,9	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,5	+3,7	+2,5	+3,7	+2,2	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+2,4	+0,0	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+10,5	+5,8	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4
Slowenien	-	-	+4,1	+4,4	+4,5	+6,9	+3,7	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+5,3	+0,9	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6
Euroraum	+2,3	+3,5	+2,4	+3,9	+1,7	+2,9	+0,4	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	-1,1	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5
Lettland	-	-	-0,9	+6,9	+10,6	+10,0	-4,2	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+9,8	+2,9	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+6,8	+5,1	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+6,3	+7,3	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+3,3	-0,6	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5
Tschechien	-	-	+5,9	+3,6	+6,3	+6,1	+2,5	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,9	+3,2	+0,8	+0,8	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+3,9	+2,2	+2,7	-0,1	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+3,0	+0,5	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	+2,4	-1,2	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+1,9	+0,0	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

Stand: Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+1,8	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0
Belgien	+2,3	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2
Estland	+4,4	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8
Griechenland	+3,3	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5
Spanien	+3,6	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4
Frankreich	+1,9	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7
Irland	+2,7	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7
Italien	+2,2	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9
Zypern	+2,2	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3
Luxemburg	+3,0	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3
Malta	+2,6	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2
Niederlande	+1,7	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1
Österreich	+1,7	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1
Portugal	+3,0	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0
Slowakei	+4,3	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9
Slowenien	+2,5	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1
Finnland	+1,3	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2
Euroraum	+2,2	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8
Bulgarien	+7,4	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4
Dänemark	+1,9	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8
Lettland	+6,6	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0
Litauen	+3,8	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4
Polen	+1,3	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2
Rumänien	+6,6	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0
Schweden	+1,5	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5
Ungarn	+4,0	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5
Vereinigtes Königreich	+2,3	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4
EU	+2,3	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0
Japan	+0,3	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3
USA	+3,2	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

Stand: Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Local				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	8,7	7,5	7,8	7,1	6,4	6,0
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,3	7,9	7,8
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	16,9	13,0	11,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,6	15,2	15,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,6	20,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,7	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	14,6	14,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,5	6,3	5,6
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	4,5	4,4	4,2
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,8	6,8	6,7
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,2	4,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	11,0	12,3	13,0
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,4	14,0	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,3	8,2	8,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,4	7,9	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,1	7,6	7,6	9,6	10,1	10,0	9,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	10,2	9,4	8,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	7,4	7,1	6,7
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	18,7	17,2	15,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	15,5	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,6	9,3	8,8
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,3	7,2	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,1	6,2	8,3	8,4	7,6	7,2
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	6,8	6,4
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,2	11,0	9,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	8,0	7,8
EU	9,4	7,2	10,4	8,7	9,0	7,2	7,1	9,0	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	8,7	8,1

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

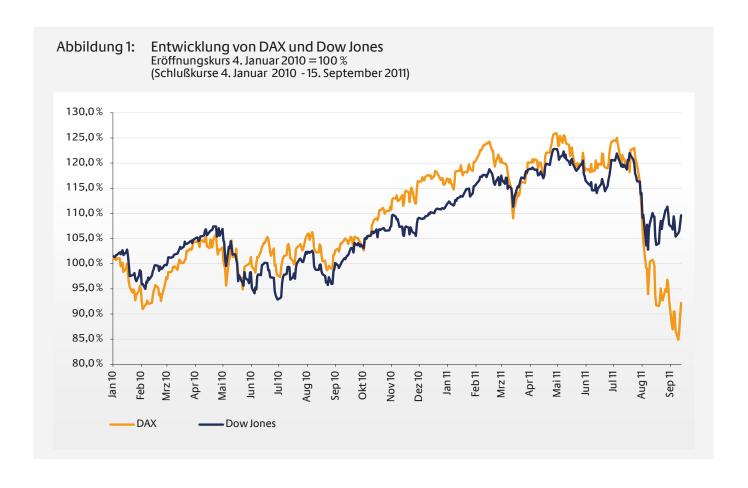
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+5,0	+4,7	+11,2	+7,2	+9,6	+8,1	2,5	3,8	4,7	3,2
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,8	+4,5	+11,7	+6,9	+9,3	+8,0	4,1	4,9	5,6	3,9
Ukraine	-14,8	+4,2	+4,5	+4,9	+15,9	+9,4	+9,2	+8,3	-1,5	-1,9	-3,6	-3,8
Asien	+7,2	+9,5	+8,4	+8,4	+3,1	+6,0	+6,0	+4,2	4,1	3,3	3,3	3,6
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,6	+9,5	-0,7	+3,3	+5,0	+2,5	6,0	5,2	5,7	6,3
Indien	+6,8	+10,4	+8,2	+7,8	+10,9	+13,2	+7,5	+6,9	-2,8	-3,2	-3,7	-3,8
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,2	+6,5	+4,8	+5,1	+7,1	+5,9	2,6	0,9	0,9	0,4
Korea	+0,2	+6,1	+4,5	+4,2	+2,8	+3,0	+4,5	+3,0	3,9	2,8	1,1	1,0
Thailand	-2,3	+7,8	+4,0	+4,5	-0,8	+3,3	+4,0	+3,4	8,3	4,6	2,7	1,9
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,7	+4,2	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,8
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+6,0	+4,6	+6,3	+10,5	+10,2	+11,5	1,8	0,9	0,1	-0,5
Brasilien	-0,6	+7,5	+4,5	+4,1	+4,9	+5,0	+6,3	+4,8	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
Chile	-1,7	+5,3	+5,9	+4,9	+1,7	+1,5	+3,6	+3,2	1,6	1,9	0,5	-1,3
Mexiko	-6,1	+5,5	+4,6	+4,0	+5,3	+4,2	+3,6	+3,1	-0,7	-0,5	-0,9	-1,1
Sonstige												
Türkei	-4,7	+8,2	+4,6	+4,5	+6,3	+8,6	+5,7	+6,0	-2,3	-6,5	-8,0	-8,2
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,5	+3,8	+7,1	+4,3	+4,9	+5,8	-4,1	-2,8	-4,4	-5,1

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2011.

	••	
T 47	Übersicht Weltfinan	" - 1
	I IDARCICHT WAITTINGD	7 m 2 ri/T (
140000	THE VVEITINAL	/

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.09.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	11 433	11 578	-1,2	9 686	12 811
Eurostoxx 50	2 156	2 793	-22,8	1 995	3 068
Dax	5 508	6914	-20,3	5 072	7 528
CAC 40	3 046	3 805	-20,0	2 855	4 157
Nikkei	8 669	10 229	-15,3	8 5 1 9	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.09.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	2,09	3,32	-	1,93	4,03
Deutschland	1,93	2,95	-0,2	1,72	3,49
Japan	1,00	1,13	-1,1	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	2,54	3,45	+0,5	2,16	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.09.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,38	1,34	+3,2	1,19	1,49
Yen/Dollar	76,75	81,52	-5,9	73,47	94,65
Yen/Euro	105,67	108,65	-2,7	105,01	134,23
Pfund/Euro	0,87	0,86	+1,4	0,81	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0	7,8	7,1	6,4	6,0
OECD	-4,7	+3,5	+3,4	+2,5	+0,2	+1,2	+2,6	+1,7	7,4	6,8	6,0	5,4
IWF	-4,7	+3,5	+2,5	+2,1	+0,2	+1,2	+2,2	+1,5	7,5	6,9	6,6	6,5
USA												
EU-KOM	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5	9,3	9,6	8,7	8,1
OECD	-2,6	+2,9	+2,6	+3,1	-0,3	+1,6	+2,6	+1,5	9,3	9,6	8,8	7,9
IWF	-2,6	+2,8	+2,8	+2,9	-0,3	+1,6	+2,2	+1,6	9,3	9,6	8,5	7,8
Japan												
EU-KOM	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-6,3	+4,0	-0,9	+2,2	-1,3	-0,7	+0,3	-0,2	5,1	5,1	4,8	4,6
IWF	-6,3	+3,9	+1,4	+2,1	-1,4	-0,7	+0,2	+0,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,2
OECD	-2,7	+1,4	+2,2	+2,1	+0,1	+1,7	+2,4	+1,6	9,1	9,3	9,0	8,7
IWF	-2,5	+1,5	+1,6	+1,8	+0,1	+1,7	+2,1	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,1
Italien												
EU-KOM	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9	7,8	8,4	8,4	8,2
OECD	-5,2	+1,2	+1,1	+1,6	+0,8	+1,6	+2,4	+1,7	7,8	8,4	8,4	8,1
IWF	-5,2	+1,3	+1,1	+1,3	+0,8	+1,6	+2,0	+2,1	7,8	8,5	8,6	8,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4	7,6	7,8	8,0	7,8
OECD	-4,9	+1,3	+1,4	+1,8	+2,2	+3,3	+4,2	+2,1	7,6	7,9	8,1	8,3
IWF	-4,9	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+3,3	+4,2	+2,0	7,5	7,8	7,8	7,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,5	+3,1	+3,0	+2,8	+0,3	+1,8	+2,9	+1,6	8,3	8,0	7,5	7,0
IWF	-2,5	+3,1	+2,8	+2,6	+0,3	+1,8	+2,2	+1,9	8,3	8,0	7,6	7,3
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8	9,6	10,1	10,0	9,7
OECD	-4,1	+1,7	+2,0	+2,0	+0,3	+1,6	+2,6	+1,6	9,4	9,9	9,7	9,3
IWF	-4,1	+1,7	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,3	+1,7	9,5	10,0	9,9	9,6
EZB	-	+1,7	+1,7	+1,8	-	+1,6	+2,3	+1,7	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	9,0	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	+1,8	+1,8	+2,1	+0,9	+2,0	+2,7	+1,9	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2	7,9	8,3	7,9	7,8
OECD	-2,7	+2,1	+2,4	+2,0	+0,0	+2,3	+3,6	+2,4	7,9	8,3	7,6	7,3
IWF	-2,7	+2,0	+1,7	+1,9	+0,0	+2,3	+2,9	+2,3	8,0	8,4	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8	13,8	16,9	13,0	11,5
OECD	-13,9	+3,1	+5,9	+4,7	+0,2	+2,7	+4,6	+3,0	13,9	16,8	14,2	13,0
IWF	-13,9	+3,1	+3,3	+3,7	-0,1	+2,9	+4,7	+2,1	13,8	16,9	14,8	12,8
Finnland												
EU-KOM	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2	8,2	8,4	7,9	7,4
OECD	-8,3	+3,1	+3,8	+2,8	+1,6	+1,7	+3,2	+1,6	8,3	8,4	7,9	7,1
IWF	-8,2	+3,1	+3,1	+2,5	+1,6	+1,7	+3,0	+2,1	8,3	8,4	8,0	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5	9,5	12,6	15,2	15,3
OECD	-2,0	-4,5	-2,9	+0,6	+1,3	+4,7	+2,9	+0,7	9,5	12,5	16,0	16,4
IWF	-2,0	-4,5	-3,0	+1,1	+1,4	+4,7	+2,5	+0,5	9,4	12,5	14,8	15,0
Irland												
EU-KOM	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7	11,9	13,7	14,6	14,0
OECD	-7,6	-1,0	+0,0	+2,3	-1,7	-1,6	+1,3	+0,4	11,7	13,5	14,7	14,6
IWF	-7,6	-1,0	+0,5	+1,9	-1,7	-1,6	+0,5	+0,5	11,8	13,6	14,5	13,3
Luxemburg												
EU-KOM	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3	5,1	4,5	4,4	4,2
OECD	-3,6	+3,5	+3,2	+3,9	+0,0	+2,8	+4,2	+2,3	5,7	6,0	5,4	4,8
IWF	-3,7	+3,4	+3,0	+3,1	+0,4	+2,3	+3,5	+1,7	5,8	6,1	5,9	5,8
Malta												
EU-KOM	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2	7,0	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,4	+3,6	+2,5	+2,2	+1,8	+2,0	+3,0	+2,6	7,0	6,5	6,5	6,4
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1	3,7	4,5	4,2	4,0
OECD	-3,9	+1,8	+2,3	+1,9	+1,0	+0,9	+2,2	+1,9	3,7	4,3	4,2	4,0
IWF	-3,9	+1,7	+1,5	+1,5	+1,0	+0,9	+2,3	+2,2	3,4	4,5	4,4	4,4
Österreich												
EU-KOM	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1	4,8	4,4	4,3	4,2
OECD	-3,9	+2,1	+2,9	+2,1	+0,4	+1,7	+3,1	+1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
IWF	-3,9	+2,0	+2,4	+2,3	+0,4	+1,7	+2,5	+2,0	4,8	4,4	4,3	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0	9,6	11,0	12,3	13,0
OECD	-2,5	+1,3	-2,1	-1,5	-0,9	+1,4	+3,3	+1,3	9,5	10,8	11,7	12,7
IWF	-2,5	+1,4	-1,5	-0,5	-0,9	+1,4	+2,4	+1,4	9,6	11,0	11,9	12,4
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9	12,0	14,4	14,0	13,3
OECD	-4,8	+4,0	+3,6	+4,4	+0,9	+0,7	+3,9	+2,9	12,1	14,4	13,8	12,8
IWF	-4,8	+4,0	+3,8	+4,2	+0,9	+0,7	+3,4	+2,7	12,1	14,4	13,3	12,1
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1	5,9	7,3	8,2	8,0
OECD	-8,1	+1,2	+1,8	+2,6	+0,9	+2,1	+2,5	+2,2	-	-	-	-
IWF	-8,1	+1,2	+2,0	+2,4	+0,9	+1,8	+2,2	+3,1	5,9	7,2	7,5	7,2
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4	18,0	20,1	20,6	20,2
OECD	-3,7	-0,1	+0,9	+1,6	-0,2	+2,0	+2,9	+0,9	18,0	20,1	20,3	19,3
IWF	-3,7	-0,1	+0,8	+1,6	-0,2	+2,0	+2,6	+1,5	18,0	20,1	19,4	18,2
Zypern												
EU-KOM	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3	5,3	6,5	6,3	5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	+1,0	+1,7	+2,2	+0,2	+2,6	+3,9	+2,8	5,3	6,8	6,5	6,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April 2011 \& Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4	6,8	10,2	9,4	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	+0,2	+3,0	+3,5	+2,5	+3,0	+4,8	+3,7	-	10,3	8,0	6,7
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8	6,0	7,4	7,1	6,7
OECD	-5,2	+2,1	+1,9	+2,1	+1,3	+2,3	+2,6	+1,7	5,9	7,2	7,2	6,4
IWF	-5,2	+2,1	+2,0	+2,0	+1,3	+2,3	+2,0	+2,0	3,6	4,2	4,5	4,4
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0	17,1	18,7	17,2	15,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,0	+1,7	-	19,0	17,2	15,5
Litauen												
EU-KOM	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4	13,7	17,8	15,5	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,7	+1,3	+4,6	+3,8	+4,4	+1,2	+3,1	+2,9	-	17,8	16,0	14,0
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2	8,2	9,6	9,3	8,8
OECD	+1,7	+3,8	+3,9	+3,8	+3,8	+2,6	+4,2	+3,1	8,2	9,6	9,4	8,5
IWF	+1,7	+3,8	+3,8	+3,6	+3,5	+2,6	+4,1	+2,9	-	9,0	9,0	8,7
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0	6,9	7,3	7,2	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,3	+1,5	+4,4	+5,6	+6,1	+6,1	+3,4	-	7,6	6,6	5,8
Schweden												
EU-KOM	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6	8,3	8,4	7,6	7,2
OECD	-5,3	+5,3	+4,5	+3,1	-0,5	+1,2	+2,9	+2,4	8,3	8,4	7,5	7,0
IWF	-5,3	+5,5	+3,8	+3,5	+2,0	+1,9	+2,0	+2,0	8,3	8,4	7,4	6,6
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5	6,7	7,3	6,8	6,4
OECD	-4,0	+2,2	+2,4	+3,5	+1,0	+1,5	+2,2	+3,1	6,7	7,3	6,6	6,3
IWF	-4,1	+2,3	+1,7	+2,9	+1,0	+1,5	+2,0	+2,0	6,7	7,3	7,1	6,9
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5	10,0	11,2	11,0	9,3
OECD	-6,5	+1,0	+2,7	+3,1	+4,2	+4,9	+4,0	+3,3	10,1	11,2	11,5	11,0
IWF	-6,7	+1,2	+2,8	+2,8	+4,2	+4,9	+4,1	+3,5	-	11,2	11,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Stand: April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2	73,5	83,2	82,4	81,1	5,0	5,1	4,7	4,6
OECD	-3,0	-3,3	-2,1	-1,2	76,4	87,0	87,3	86,9	5,6	5,6	5,5	6,0
IWF	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	73,5	80,0	80,1	79,4	5,0	5,3	5,1	4,6
USA												
EU-KOM	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6	84,7	92,0	98,3	102,4	-2,7	-3,3	-4,0	-4,0
OECD	-11,3	-10,6	-10,1	-9,1	84,3	93,6	101,1	107,0	-2,7	-3,2	-3,7	-4,0
IWF	-12,7	-10,6	-10,8	-7,5	84,6	91,6	99,5	102,9	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8	217,6	223,1	236,1	242,1	2,8	3,6	1,4	1,1
OECD	-8,7	-8,1	-8,9	-8,2	194,1	199,7	212,7	218,7	2,8	3,6	2,6	2,5
IWF	-10,3	-9,5	-10,0	-8,4	216,3	220,3	229,1	233,4	2,8	3,6	2,3	2,3
Frankreich												
EU-KOM	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3	78,3	81,7	84,7	86,8	-2,9	-3,5	-3,9	-4,2
OECD	-7,5	-7,0	-5,6	-4,6	89,2	94,1	97,3	100,0	-2,1	-2,2	-2,6	-2,6
IWF	-7,6	-7,7	-6,0	-5,0	78,1	84,3	87,6	89,7	-1,9	-2,1	-2,8	-2,7
Italien												
EU-KOM	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2	116,1	119,0	120,3	119,8	-3,0	-4,2	-3,5	-3,3
OECD	-5,3	-4,5	-3,9	-2,6	127,8	126,8	129,0	128,4	-2,1	-3,5	-4,1	-3,6
IWF	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	116,1	119,0	120,3	120,0	-2,1	-3,5	-3,4	-3,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0	69,6	80,0	84,2	87,9	-1,7	-2,5	-1,2	-0,1
OECD	-10,8	-10,3	-8,7	-7,1	72,4	82,4	88,5	93,3	-1,7	-2,5	-1,5	-0,9
IWF	-10,3	-10,4	-8,6	-6,9	68,3	77,2	83,0	86,5	-1,7	-2,5	-2,4	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,5	-5,5	-4,9	-3,5	83,4	84,2	85,9	88,0	-2,8	-3,1	-2,6	-2,3
IWF	-5,5	-5,5	-4,6	-2,8	83,4	84,0	84,2	83,1	-2,8	-3,1	-2,8	-2,6
Euroraum												
EU-KOM	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5	79,3	85,4	87,7	88,5	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1
OECD	-6,3	-6,0	-4,2	-3,0	86,9	92,7	95,6	96,5	0,0	0,2	0,3	0,8
IWF	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	79,3	85,0	87,3	88,3	-0,6	-0,6	0,0	0,0
EU-27												
EU-KOM	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8	74,4	80,2	82,3	83,3	-0,6	-0,5	-0,2	0,1
IWF	-6,8	-6,6	-4,8	-4,0	72,3	78,2	80,6	81,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011 & Statistischer Anhang, Mai 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Mai\,2011\, (die\,Staatsschulden quoten\,der\,OECD\,entsprechen\,nicht\,den\,Maastricht-Kriterien\,der\,EU).$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2	96,2	96,8	97,0	97,5	2,0	2,4	2,0	2,0
OECD	-6,0	-4,2	-3,6	-2,8	100,5	100,7	100,7	100,4	0,3	1,3	1,0	1,2
IWF	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	-	-	-	-	0,8	1,2	1,0	1,2
Estland												
EU-KOM	-1,7	0,1	-0,6	-2,4	7,2	6,6	6,1	6,9	4,5	2,8	1,8	0,1
OECD	-1,8	0,1	-0,5	-1,7	12,4	12,1	15,2	19,2	4,5	3,6	3,2	0,7
IWF	-2,1	0,2	-1,0	-0,7	7,2	6,6	6,3	6,0	4,5	3,6	3,3	3,1
Finnland												
EU-KOM	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7	43,8	48,4	50,6	52,2	2,2	3,0	2,5	2,5
OECD	-2,9	-2,8	-1,4	-0,6	52,1	57,4	62,7	66,1	2,7	2,9	3,0	3,2
IWF	-2,9	-2,8	-1,2	-1,1	-	-	-		2,3	3,1	2,8	2,6
Griechenland												
EU-KOM	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3	127,1	142,8	157,7	166,1	-14,0	-11,8	-8,3	-6,1
OECD	-15,6	-10,4	-7,5	-6,5	131,6	147,3	157,1	159,3	-11,0	-10,4	-8,6	-7,2
IWF	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	-	-	-	-	-11,0	-10,4	-8,2	-7,1
Irland												
EU-KOM	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8	65,6	96,2	112,0	117,9	-3,1	-0,7	1,2	1,8
OECD	-14,3	-32,4	-10,1	-8,2	71,6	102,4	120,4	125,6	-3,0	-0,7	3,7	5,3
IWF	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	-	-	-		-3,0	-0,7	0,2	0,6
Luxemburg												
EU-KOM	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1	14,6	18,4	17,2	19,0	6,9	7,8	7,8	7,6
OECD	-0,9	-1,7	-0,9	0,0	14,7	19,7	20,5	23,9	6,9	7,8	5,5	4,7
IWF	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	-	-	-		6,7	7,7	8,5	8,7
Malta												
EU-KOM	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0	67,6	68,0	68,0	67,9	-6,9	-4,1	-4,7	-4,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	-
IWF	-3,7	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-		-6,9	-0,6	-1,1	-2,3
Niederlande												
EU-KOM	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3	60,8	62,7	63,9	64,0	3,4	6,7	7,7	8,3
OECD	-5,5	-5,3	-3,7	-2,1	67,6	71,4	74,3	75,2	4,9	7,7	7,2	7,4
IWF	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	-	-	-	-	4,6	7,1	7,9	8,2
Österreich												
EU-KOM	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	69,6	72,3	73,8	75,4	2,6	2,6	2,6	2,8
OECD	-4,2	-4,6	-3,7	-3,2	72,6	78,6	80,0	81,6	2,9	2,6	3,1	3,8
IWF	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9		-	-		2,9	3,2	3,1	3,1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5	83,0	93,0	101,7	107,4	-10,7	-9,8	-7,5	-5,2
OECD	-10,1	-9,2	-5,9	-4,5	93,1	103,1	110,8	115,8	-10,2	-9,7	-7,8	-5,5
IWF	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	-	-	-		-10,9	-9,9	-8,7	-8,5
Slowakei												
EU-KOM	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6	35,4	41,0	44,8	46,8	-3,2	-2,9	-2,8	-2,6
OECD	-8,0	-7,9	-5,1	-4,0	39,9	44,5	48,7	51,2	-3,2	-3,5	-2,4	-1,3
IWF	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	35,4	42,0	45,1	46,2	-3,6	-3,4	-2,8	-2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0	35,2	38,0	42,8	46,0	-1,3	-1,1	-1,4	-1,9
OECD	-6,0	-5,6	-5,6	-4,1	44,2	47,5	52,9	56,5	-	-	-	-
IWF	5,5	5,2	4,8	4,3	35,4	37,2	42,3	44,9	-1,5	-1,2	-2,0	-2,1
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3	53,3	60,1	68,1	71,0	-5,5	-4,5	-4,1	-4,1
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	62,3	66,1	73,6	74,8	-5,2	-4,5	-2,9	-2,3
IWF	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	-	-	-		-5,5	-4,5	-4,8	-4,5
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9	58,0	60,8	62,3	64,3	-7,9	-8,9	-8,1	-7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	-	-	-	-	-7,5	-7,0	-8,9	-8,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

 ${\sf OECD:Wirtschaftsausblick,Mai\,2011.}$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6	14,6	16,2	18,0	18,6	-9,0	-1,5	-2,0	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-3,6	-2,6	-1,5	15,6	18,0	19,7	20,0	-10,0	-0,8	-1,5	-2,0
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2	41,8	43,6	45,3	47,1	3,6	5,3	5,2	5,1
OECD	-2,8	-2,9	-3,8	-3,0	52,4	55,5	57,1	60,0	3,6	5,5	5,8	5,6
IWF	-2,8	-4,9	-3,6	-2,6	-	-	-	-	3,8	5,0	4,8	4,8
Lettland												
EU-KOM	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8	36,7	44,7	48,2	49,4	8,6	3,6	-0,3	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-7,9	-5,3	-1,9	32,8	39,9	42,5	41,0	8,6	3,6	2,6	1,5
Litauen												
EU-KOM	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8	29,5	38,2	40,7	43,6	2,6	1,8	0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-9,2	-7,6	-6,0	-5,5	29,6	38,7	43,5	45,4	4,5	1,8	-0,9	-2,9
Polen												
EU-KOM	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6	50,9	55,0	55,4	55,1	-2,2	-3,1	-4,1	-4,1
OECD	-7,4	-7,9	-5,8	-3,7	58,4	62,4	65,6	66,3	-2,2	-3,4	-4,5	-4,8
IWF	-7,2	-7,9	-5,7	-4,2	50,9	55,7	56,6	57,3	-2,2	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien												
EU-KOM	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6	23,6	30,8	33,7	34,8	-4,2	-4,2	-4,4	-4,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,3	-6,5	-4,4	-3,0	29,6	35,2	37,8	37,7	-4,2	-4,2	-5,0	-5,2
Schweden												
EU-KOM	-0,7	0,0	0,9	2,0	42,8	39,8	36,5	33,4	6,8	6,2	6,2	5,9
OECD	-0,9	-0,3	0,3	1,4	52,0	49,1	45,4	41,1	7,0	6,3	5,5	5,5
IWF	-0,8	-0,2	0,1	0,4	-	-	-	-	7,2	6,5	6,1	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1	35,3	38,5	41,3	42,9	-1,2	-2,3	-2,5	-1,9
OECD	-5,8	-4,7	-3,8	-2,8	42,4	46,6	49,3	50,8	-3,2	-3,8	-3,0	-3,4
IWF	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	35,4	39,6	41,7	43,4	-1,1	-2,4	-1,8	-1,2
Ungarn												
EU-KOM	-4,5	-4,2	1,6	-3,3	78,4	80,2	75,2	72,7	-0,4	1,7	1,6	1,9
OECD	-4,4	-4,2	2,6	-3,3	84,7	85,6	79,8	80,8	0,5	2,1	2,7	1,8
IWF	-4,3	-4,1	3,9	-4,3	78,4	80,4	76,6	76,9	-0,5	1,6	1,5	0,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, September 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X